



Politische Berichte

In dieser Ausgabe: Kurdistan: Neue Massaker der türkischen Sicherheitskräfte * Chile am Tag der Menschenrechte 1991 * Bayern: Bürger beobachten Geheimdienste * Stahl: Kapitalisten wollen Trendwende * Was geschieht in der Sowjetunion?

Nummer 1 / 13. Jahrgang

3. Januar 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Zinskeule gegen Tarifforderung

ÖTV fordert 9,5 % mehr Lohn und Gehalt plus 550 DM mehr Urlaubsgeld

Gemessen an der Verteuerung der Lebenshaltung und den darauf basierenden Forderungserwartungen der gewerkschaftlichen Vertretungskörperschaften sind die Beschlüsse der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, 9,5 % lineare Einkommenserhöhung und einheitlich 550 DM

mehr Urlaubsgeld zu fordern, eher bescheiden. Der Beschluß des Zentralbankrats, die Leitzinsen auf ein Rekordniveau seit der Währungsreform zu erhöhen, soll klarstellen, daß das Finanzkapital die Tarifbewegung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen wird.

Gelassen hat der Öffentliche-Dienst-Experte des Handelsblatts, Hans Mundorf, die ÖTV-Forderung zur Kenntnis genommen und hofft nunmehr, daß sich das „Drama der Tarifrunde 1991“ (1) wohl nicht wiederholen würde. Das Drama bestand für ihn in durchschnittlichen Tarifsteigerungen von 6,6 % (Halbjahreswert). Im kalenderjährlichen Vergleich errechnet sich daraus eine Anhebung der Tarifeinkommen 1991 gegenüber 1990 von 6,1 %.

Dramatisch waren diese Abschlüsse nur für die Lohnabhängigen. Durch Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge um 0,75 % (nur Arbeitnehmeranteil), die Erhebung des „Solidaritätszuschlages“ von 7,5 % auf die Lohn- und Einkommenssteuer und eine durchschnittliche Preissteigerung, die inzwischen die 4 %-Marke überschritten hat, wurden für große Teile der lohnabhängigen Bevölkerung drastische Reallohnsenkungen erzwungen.

Die BRD-Konzerne konnten die Abschlüsse nutzen, ihre Position zu festigen. So kommt die Bundesbank in ihrem Dezember-Monatsbericht zu einer zurechtweisenden Konjunktüreinschätzung und vertritt die Ansicht, daß von „rezessiven Tendenzen“ nicht gesprochen werden könne und bezeichnet es als bemerkenswert, daß angesichts der noch überwiegend gedämpften Konjunkturla-

ge in den westlichen Industrieländern die deutschen Ausfuhren seit den Sommermonaten zugenommen hätten. (2)

Doch die Lohnabhängigen haben dem Goldenen Kalb der Marktwirtschaft noch nicht genug Tribut gezollt. Die Apologeten der Marktwirtschaft sind sich einig: „was an pauschalen Lohnerhöhungen 1992 über vier Prozent merklich hinausgeht, führt zur Rezession oder zur Inflation.“ (3) Die Gunst der Stunde erfordert enorme Summen, um Marktanteile und Einflußsphären im Osten zu erobern und bereitzustellen, wenn der Aufschwung weltweit an Tempo gewinnt, wie es das Kieler Institut für Weltwirtschaft in seinem neuen Bericht vorhersagt. (4) Der Zinsbeschluß des Zentralbankrats hat klargestellt, daß diese Kapitalmengen durch niedrige Lohnabschlüsse freizusetzen sind.

Erneut eröffnet der öffentliche Dienst die Tarifbewegung 1992. Die relativ niedrige Forderung läßt vermuten, daß die Strömung in den Gewerkschaften, die die imperialistische Ostexpansion des BRD-Kapitals als „Hilfe und Solidarität für den Osten“ verkennet, immer noch beherrschenden Einfluß hat. Daran zieht Hans Mundorf seine Hoffnung, daß die 9,5 %-Forderung nun die 5 vor dem Komma im Abschluß nicht mehr ausschließt und nun auch der Vorstand der IG Metall nicht mehr unter

dem Zwang steht, ebenfalls im zweifeligen Bereich antreten zu müssen.

Eine neue Qualität der anstehenden Tarifrunde soll offensichtlich auch darin bestehen, die akademischen Einkommen mit in den Sog von Realeinkommensverlusten hineinzuziehen. Manfred Rommel (Präsident des Deutschen Städtetages) hält die bisherige Besoldungshierarchie für nicht mehr zeitgemäß. Die stark beanspruchte Krankenschwester müsse mindestens soviel verdienen können wie ein junger Akademiker (5). Versteht sich, daß mit diesem Argument eine Absenkung für den jungen Akademiker verfolgt wird. Seit der Einverleibung der DDR haben die relativ hohen akademischen Einkommen in der BRD ihre Funktion als Abwerbepremie für die werktätige DDR-Intelligenz eingebüßt und können zur Disposition gestellt werden. Auch auf diesen Angriff sind die Gewerkschaften schlecht vorbereitet. Die bürgerliche Klasse will die Gewerkschaftsbewegung auch politisch nachhaltig schwächen. „In der nun folgenden Tarifrunde des öffentlichen Dienstes geht es nicht nur um Ökonomie und Wirtschaftspolitik. Es geht auch um die Frage der Macht von Gruppen und Verbänden ...“ (5)

(1) Handelsblatt (HB), 18. 12.; (2) HB, 17. 12.; (3) F.A.Z., 18. 12.; (4) HB, 19. 12.; (5) Hannoverische Allg. Ztg., 23. 12. 91 — (kar)



Sollte das Steueränderungsgesetz 1992 der Bundesregierung verabschiedet werden, so sinkt die Zahl der Vermögenssteuerpflichtigen beträchtlich: Statt bisher 714820 „natürliche Personen“ mit Kapitalvermögen und 212818 Steuerpflichtige mit Betriebsvermögen werden dann statt zusammen ca. 930000 nur noch ca. 600000 Steuerpflichtige zur Vermögenssteuer herangezogen. Das Aufkommen aus der Vermögenssteuer sinkt um mehr als 1 Mrd. DM im Jahr. — (rül)

Gasmonopole erpressen

BASF und Wintershall bedrohen Gasgesellschaft der Ex-DDR

Am 5. 12. 91 veröffentlichte die Verbundnetz Gas AG, die einzige Ferngasgesellschaft der ehemaligen DDR, einen offenen Brief an die Vorstände der BASF AG und der Wintershall AG. In diesem Brief klagen sie diese Firmen an, große Versorgungsstörungen mit Gas in Ostdeutschland herbeizuführen, wenn sie, wie angedroht, ab 1. Januar 1992 die Lieferung von russischem Gas an die VNG einstellen würden. Gleichzeitig fordern sie die Bundesregierung auf, die öffentliche Lastverteilung einzurichten — eine Art Notstandsmaßnahme zur Sicherung der Energieversorgung.

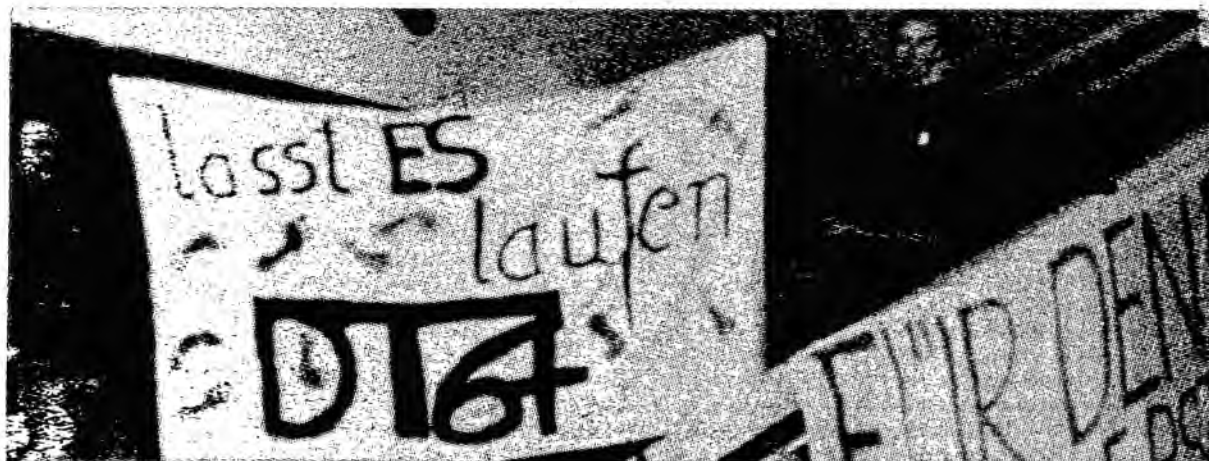
Wie konnte es zu einer solchen Situation kommen? Vor drei Jahren begann die BASF über ihre Tochter Wintershall mit dem Bau einer Gasleitung von der Nordsee nach Mannheim sowie einer Leitung von der tschechischen Grenze in die BRD. Dies war eine Kampfansage an die Ruhrgas AG (Essen), der Welt größte Ferngasgesellschaft, und an die mit ihr verbündete BEB (Hannover). Der Bau der Leitung bezweckte, die BASF als größten Industriekunden der Ruhrgas von letzterer unabhängig zu machen sowie in den durch Monopolprofite attraktiven Gas-Handels- und Transport-Markt einzusteigen. Die etablierten Gasunternehmen blieben gelassen: Gas Handelsverträge werden langfristig ausgehandelt und die Wintershall konnte an Gas aus den herkömmlichen Quellen nicht herankommen, da dieses langfristig unter Vertrag war.

Mit dem Fall der Mauer ergab sich die Gelegenheit für die westdeutschen Gas-

monopole, den ostdeutschen Gasmarkt zu vereinnahmen. Ruhrgas und BEB riskieren sich fast 45 % der Anteile des damaligen Volkseigenen Betriebes VNG unter den Nagel. Die Wintershall erhielt mit 25 % nur eine Minderheitsbeteiligung. Währenddessen wurde die BASF kammheimlich in der SU tätig: Sie schloß mit der Gazprom, der sowjetischen Gashandelsgesellschaft, langfristige Handelsverträge ab und gelangte dadurch in die Rolle eines Zwischenhändlers zwischen Gazprom und VNG. In dieser Rolle erhöhte sie Anfang 1991 den Lieferpreis an die VNG um 25 %, was ca. 385 Mio. DM pro Jahr ausmachte. Diese weigerte sich zu zahlen, da der Preis weit über üblichem Niveau liegt. 150 Mio DM schuldet nun die VNG der Wintershall. Im Gegenzug verringerte diese die Lieferungen an die VNG und droht nun, die Lieferungen ab Januar 1992 ganz einzustellen. Die VNG ihrerseits erklärt, daß sie in Konkurs gehen würde oder daß in Ostdeutschland wesentlich höhere Gaspreise als in Westdeutschland gezahlt werden müßten. Damit wird die Bevölkerung zur Geißel in der Hand zweier großer Monopole, die sich einen Kampf bis aufs Messer bei der Aufteilung des Marktes liefern. Das Ende vom Lied wird sein, daß der Gaspreis in der gesamten BRD angehoben wird.

Ende Dezember entschied das Kreisgericht Leipzig, die Wintershall dürfe ihre Lieferungen nicht zum 1. 1. 92 einstellen. Am 20. Januar wird vor Gericht weiter verhandelt. — (abc, rül)

Die Freunde von DT 64 wollen sich nicht billig abspeisen lassen



Ca. 50 Jugendliche besetzten am 27. 12. die brandenburgische Staatskanzlei, um zu erreichen, daß der Jugendsender DT 64 auf UKW weitersendet. Der ORB hatte beschlossen, ein

eigenes Jugendprogramm auf UKW auszustrahlen, DT 64 nur eine Mittelwellenfrequenz anzubieten. Inzwischen wurde die Staatskanzlei durch die Polizei geräumt. — (scc)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Teuerungsrate bleibt weiter hoch

Die Teuerungsrate in den westlichen Bundesländern bleibt weiter über 4 %. Das meldet das Statistische Bundesamt. Zur Jahresmitte hatte die Regierung noch den Anstieg der Teuerung als „vorübergehend“ und allein durch die Steueranhebungs-Beschlüsse bedingt darstellen wollen. Das geht jetzt nicht mehr. Im Annexionsgebiet liegt die Teuerung sowieso weit über der West-Rate: Hier lag die Teuerungsrate im November allein bei den Wohnungsmieten bei +26,7 % und insgesamt deutlich über 10 %.

Quelle: Handelsblatt, 20. 12. 91, Bundesbank Monatsbericht Dezember — (rül)

Ernst Zündel verurteilt

Der berüchtigte Faschist Ernst Zündel wurde am 16. Dezember vom Amtsgericht in München wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung zu einer Geldstrafe von 180 Tagessätzen zu jeweils 70 DM verurteilt. Der Schuldspruch des Münchner Amtsgerichts be-

zog sich ausschließlich auf den Inhalt der Videofilme, in denen Zündel entweder die Hauptrolle spielte oder die er selbst hergestellt hatte. Mit ihnen leugnet er die massenhafte Ermordung jüdischer Menschen in den Gaskammern des Dritten Reiches. Bei der Strafe wurde zugunsten Ernst Zündels von seiten des Münchner Amtsgerichts gewertet, daß er nicht vorbestraft ist und die Wirkung seines Kampfes „nicht sehr eindrucksvoll“ sei. — (ror)

Auslandskritik an der Zinspolitik der Bundesbank

Der Beschluß der Bundesbank, den Zinssatz für Diskont-Kredite von 7,5 auf 8 % Prozent zu erhöhen, hat in anderen EG-Staaten zu heftigen Protesten geführt. „Die ‚überstürzte‘ Bonner Anerkennung von Slowenien und Kroatien und die starke Zinserhöhung der Deutschen Bundesbank seien ein ‚fait accompli‘, mit dem Bonn alle anderen europäischen Länder auf die deutsche Linie zwingt“, schildert die „FAZ“ am 24. 12. Reaktionen in Frankreich. Um den Abfluß von Kapital in die BRD zu verhindern, mußten die Zentralbanken Belgiens, Dänemarks, Irlands, der Niederlande, Österreichs, Frankreichs und

Italiens ebenfalls ihre Zinsen anheben. Die Bourgeoisien dieser Länder befürchten durch diese neuerliche Zinsanhebung und wegen der infolge sinkenden Dollarkurses schwierigeren Exporte in die USA eine weitere Vertiefung der Rezession. — (rül)

Enorme BRD-Waffenlieferungen an türkische Kolonialregierung

Die Bundesregierung hat ihre Lieferungen von Waffen an die türkische Regierung massiv ausgeweitet. Wie jetzt bekannt wurde, lieferte die BRD allein aus NVA-Beständen in diesem Jahr an die Türkei mehr als 100000 Panzerfäuste, 256125 Maschinenpistolen Kalaschnikow, 5000 Maschinengewehre, 450 Millionen Stück Munition, 5 Luft-Boden-Raketen und 500000 Stahlhelme. Bereits diese Waffenlieferungen setzen die türkische Kolonialarmee waffentechnisch in die Lage, fürchterliche Massaker in Kurdistan anzurichten. Trotzdem drängt die türkische Regierung auf noch mehr Lieferungen: Am 18. 12. bat der türkische Außenminister Cetin in Bonn Kanzler Kohl um weitere Rüstungshilfe. Kohl sagte Unterstützung zu. Quellen: Frankfurter Rundschau, 21. 12., Kurdistan-Rundbrief 1/92 — (rül)

Botschafter Kroatiens in Bonn: deutsch-österreichischer Adel!

Der erste „Botschafter“ der von der BRD nunmehr offiziell anerkannten Republik Kroatien in Bonn ist ein Mann von Adel. Jakob Graf zu Eltz und Vukovar heißt er und ist in Wirklichkeit österreichischer Staatsbürger. Die kroatische Regierung hat versprochen, dieses Manko rasch auszubügeln und ihn einzubürgern. Die Grafen zu Eltz saßen „seit Jahrhunderten“ in Vukovar und beuteten dort kroatische Bauern aus. Die Verhandlungen über den „Wiederbesitz“ der alten Güter sind in „höchst freundschaftlicher Weise“ erfolgreich abgeschlossen, berichtet der Graf. Auch nimmt der Graf bereits seit Monaten an kroatischen Kabinettsitzungen teil und berät die Regierung in Fragen wie „Rückgabe von Landbesitz“ (siehe oben). Außerdem vertrat er die kroatische Regierung schon zweimal offiziell bei der EG in Brüssel. Derzeit residiert der Graf noch am Rhein — auf Burg Eltz, der „Sommerresidenz“, wohin sich das Geschlecht nach der Enteignung seiner Güter durch den Bund der Kommunisten Jugoslawiens nach 1945 zurückgezogen hatte.

Quelle: Tagesspiegel, 21. 12. 1991 — (rül)

Aktuell in Bonn

Zwangsarbeiter: Kein Konzern-Geld

BRD-Konzerne wollen für die Ausbeutung von polnischen Zwangsarbeitern während des Faschismus keine Wiedergutmachung mehr zahlen. Das hat die Regierung am 10. Dezember in Antwort auf eine Anfrage der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen (12/1634) mitgeteilt. Bemühungen, eine Liste von Unternehmen zu erstellen, die zwischen 1939 und 1945 polnische Zwangsarbeiter beschäftigt hätten, seien erfolglos geblieben. Weder der BDI noch der DIHT hätten helfen können. Auch gebe es keine Unterlagen darüber, in welchem Umfang deutsche Konzerne polnische Zwangsarbeiter beschäftigt hätten. Fazit der Regierung: Für Entschädigungen an polnische Zwangsarbeiter können bundesdeutsche Unternehmen nicht mehr herangezogen werden.

Töpler für Siemens-Nuklearprofile

Nachdem der hessische Umweltminister Fischer am 21. Dezember eine Schließung des Hanauer Brennelemente-Werks von Siemens verfügt hatte, weil ein Gutachten des TÜV Bayern Sicherheitsmängel bei der Wasserstoffversorgung der Anlagen festgestellt hatte, hat Bundesumweltminister Töpler diese Weisung nur zwei Tage später, am Montag, dem 23. 12., wieder aufgehoben. Unter Berufung auf seine „Bundesaufsicht“ wies er Fischer an, die sofortige Wiederaufnahme des Betriebs zu ermöglichen. Sicherheitsverbesserungen könnten auch bei laufendem Betrieb erfolgen. Das Hanauer Werk liefert 80 Prozent des Brennelementebedarfs der BRD-Atomkraftwerke.

BfA-Haushalt: knapp verabschiedet

Mit nur einer Stimme Mehrheit hat der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg den Haushalt der Anstalt für 1992 in dem von der Bundesregierung genehmigten Umfang gebilligt. Im drittgrößten besetzten Verwaltungsrat haben die Gewerkschaften, die Kapitalisten und Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden je 17 Stimmen. Vertreter der Gewerkschaften und der Kommunen kritisierten insbesondere die Verringerung der ABM-Mittel, durch die im nächsten Jahr 30000 weniger ABM-Stellen vergeben werden können, und die von der Bundesregierung verfügte „pauschale Mindeerausgabe“ von 500 Mio. DM. Die BfA hat 1992 einen Haushalt von 85,2 Milliarden DM. 4,9 Mrd. DM zahlt die Regierung als Bundeszuschuß. 1992 rechnet die BfA mit 3,2 Millionen Arbeitslosen und 1 Million Kurzarbeitern.

SPD hetzt gegen „SED-Anwälte“

In einer kleinen Anfrage im Bundestag (Ds. 12/1769) hetzt die SPD-Fraktion gegen frühere SED-Mitglieder, die jetzt als Rechtsanwälte tätig sind. Darunter seien viele Personen, die „schwerwiegend gegen die Gebote der Menschlichkeit verstoßen haben“, will die SPD wissen. Diese sollen jetzt durch Ände-

rung bestehender Gesetze ihre Zulassung verlieren. Zunächst will die SPD wissen, wieviele Anwälte zwischen dem 9. 11. 1989 und der Annexion der DDR am 3. 10. 1990 in der DDR zugelassen wurden. Dann sollen Gesetze geändert werden, um West-Juristen gegen Ost-Konkurrenten den (Anwalts)-Markt freizumachen. Scheinheilig fragt die SPD, ob nicht auch die Regierung „gesetzgeberischen Handlungsbedarf“ gegen Ost-Anwälte sehe?

Pfändungsgrenzen angehoben

Die Regierung hat einen Gesetzentwurf zur Anhebung der Pfändungsgrenzen eingebracht (12/1754). Pfändungsgrenzen beschreiben diejenigen Einkommensgrenzen, bis zu denen auch bei gerichtlich angeordneter Pfändung (z.B. wegen Überschuldung) Einkommen aus Lohnarbeit nicht gepfändet werden dürfen. Bisher galt (seit 1984) eine Pfändungsgrenze bei Alleinstehenden von netto 754 DM. Jetzt sollen netto 1219 DM nicht mehr pfändbar sein. Die Regierung verspricht sich davon eine Entlastung der Kommunen, die bisher oft Sozialhilfe zahlen mußten. Indirekt hat die Regierung damit eingeräumt, daß eine alleinstehende Person mindestens 1200 DM zum Leben braucht.

Lohnsenkung für Seeleute

Verkehrsminister Krause läßt prüfen, ob die 17000 bundesdeutschen Seeleute ganz oder teilweise von der Lohnsteuerverpflichtung befreit werden können. Das hat das Ministerium mitgeteilt (FAZ, 28. 12.). Bereits vor einiger Zeit hatte die Bundesregierung den Reedereikapitalisten erlaubt, ausländische Seeleute auch zu Hungerlöhnen, getarnt als „Heimattarife“, auszubeuten und so von den ÖTV-Seeleuten errungene Tariflöhne zu brechen. Die jetzige „Steuersenkung“ wird von den Reedern zu neuen Lohnsenkungen genutzt werden.

DGB fordert Überstundengesetz

Eine gesetzliche Begrenzung der Überstunden hat die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefor gefordert. In einer Ende Dezember veröffentlichten Presseerklärung wies sie darauf hin, daß nach den Berechnungen der Gewerkschaften 1991 1,85 Millionen Überstunden in den Betrieben verlangt und auch gearbeitet worden seien. Das seien 400 Millionen Überstunden mehr als 1988. Der Umfang der Überstunden im Westen erreiche damit ein Niveau, das einem Fünftel der Gesamtarbeitszeit der Beschäftigten in der früheren DDR entspreche. Wie die gesetzliche Beschränkung der Überstunden aussehen soll, läßt die DGB-Erklärung offen.

Was kommt demnächst?

Am 15. Januar tritt der Bundestag zu seiner ersten Sitzung nach der Weihnachtspause wieder zusammen. Am 16. Januar nimmt der Verfassungsausschuß von Bundestag und Bundesrat die Beratung über Verfassungsänderungen auf.

EG beschließt „Unionsbürgerschaft“**Revanchistisches Staatsangehörigkeitsrecht der BRD europaweit abgesichert**

Auf der 46. Tagung des Europäischen Rates am 9. und 10. Dezember in Maastricht haben die Regierungen der EG-Staaten weitreichende Beschlüsse zum weiteren Ausbau der EG zu einem imperialistischen Machtzentrum gefaßt. (siehe Politische Berichte Nr. 26/1991) Dabei wurden auch Vereinbarungen zur Schaffung einer „Europäischen Staatsbürgerschaft“ getroffen. Ab 1994 sollen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen zur Einführung einer „Unionsbürgerschaft“ einleiten.

Ab 1995 soll dann jeder dieser „Unionsbürger“, der in einem Mitgliedstaat wohnt, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen erhalten. Dieses Recht soll ihm zu den gleichen Bedingungen wie den Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats zustehen. (siehe Dokumentation).

Es sieht auf den ersten Blick nicht danach aus, aber auch in diesem Punkt hat sich die Bundesregierung im Interesse der Konzerne und zum Nachteil der ausländischen Arbeiter durchgesetzt. Es ist ihr nämlich gelungen, über die Definition der „Unionsbürgerschaft“ ihren rassistischen Staatsangehörigkeitsbegriff europaweit abzusichern. Nach Artikel A der Vereinbarung ist „Unionsbürger, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt“. Die EG-

Staatsbürgerschaft ist somit über das nationale Staatsangehörigkeitsrecht definiert und damit bleibt auch das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht, das von dem letztlich rassistischen Prinzip des *ius sanguinis* („Recht des Blutes“; Staatsangehörige sind diejenigen, deren Väter oder Mütter „Deutsche“ sind) ausgeht, unangetastet.

Vor allem wird durch diese Definition des „Unionsbürgers“ von allen EG-Staaten akzeptiert, daß sich die BRD das Recht herausnimmt, durch den Artikel 116 Grundgesetz auch Angehörige von Staaten wie Polen, der CSFR oder der ehemaligen Sowjetunion zu „Deutschen“ zu erklären und damit die Souveränität dieser Staaten in Frage zu stellen. Polen oder Tschechen können auch in einer europäischen Union zu „deutschen Volkszugehörigen“ erklärt werden, nur weil deren Vorfahren einmal deutsche Staatsangehörige waren oder wenn diese sich zum „deutschen Volkstum“ bzw. „zur deutschen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen“. Die revanchistische Volksgruppenpolitik, mittels derer sich die BRD in die Angelegenheiten der osteuropäischen Staaten einmischt und zur Destabilisierung deren Wirtschaften beiträgt, kann ebenso ungehindert fortgesetzt werden wie die millionenfache Anwerbung von „Ausländern“ als billige und willige Arbeitskräfte.

Die Koppelung des kommunalen Wahlrechts mit der Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten schließt einen großen Teil der insbesondere in der BRD beschäftigten ausländischen Arbeiter aus nicht EG-Staaten von diesem Recht aus, setzt die Spaltungspolitik gegen die ausländischen Arbeiter auf europäischer Ebene fort und schafft eine weitere Stufe in einer Hierarchie, in der die Unterschiede in den Lebensbedingungen der Lohnabhängigen mit einer rechtlichen Ungleichheit verbunden und abgesichert werden.

Ohnehin bedeutet die Beschränkung auf das kommunale Wahlrecht und die Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts eine weitere Entrechtung selbst derjenigen Arbeitnehmer, die einem EG-Mitgliedstaat angehören.

Die Schaffung des europäischen Binnenmarktes ab 1993 und die damit einhergehende weitere Konzentration und Monopolisierung des Kapitals auf bestimmte Regionen wird zwangsläufig Wanderungen von hunderten Tausenden von Arbeitskräften in Bewegung setzen oder, wie Kohl sich in seiner Regierungserklärung zum Maastrichter Gipfel ausdrückte: „Es wird ein Raum ohne Binnengrenzen für Menschen und Waren sein“. Ein großer Teil von „Unionsbürgern“ wird, um Arbeit zu haben, mehr denn je gezwungen werden, in einem EG-Land zu leben, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt und damit, statt dem allgemeinen Wahlrecht, nur noch das kommunale Wahlrecht haben.

Die Zentralisation der Wirtschaftskraft auf bestimmte Regionen, wie sie sich bei den Differenzen um insbesondere von der BRD geforderte sogenannte „föderale Strukturen“ auf dem EG-Gipfel widerspiegelt, wird durch eine weitere Zentralisation der politischen Entscheidungen begleitet werden, so daß sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Kompetenz der Kommunen immer mehr in die Bedeutungslosigkeit gedrückt wird.

Der Maastrichter Gipfel machte auch deutlich, daß für die Regierungen der EG-Staaten auch eine Erweiterung der Rechte des europäischen Parlaments nicht in Frage kommt. Die Exekutive einer Europäischen Union wird frei von jeglicher parlamentarischer Kontrolle operieren können.

Von Regierungen abgeschlossene EG-Vereinbarungen gelten ungeachtet ihrer Ratifizierung durch die nationalen Parlamente schon heute als Maßstab, an den sich auch die Opposition zu halten hat. Dies wurde z.B. ganz deutlich in der Debatte um die Verschärfung der Asylgesetze, die sich auf jeden Fall zumindest an den noch nicht ratifizierten internationalen Vereinbarungen wie dem Dubliner- oder Schengener Abkommen zu orientieren habe. — (rac)

Dokumentiert: EG-Beschlüsse zur „Unionsbürgerschaft“

Nach den Beschlüssen des EG-Gipfels in Maastricht soll eine „Unionsbürgerschaft“ eingeführt werden.

„Unionsbürger ist, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Die Unionsbürger haben die (im Unionsvertrag vorgesehenen Rechte und Pflichten.“ (Art. A)

„Jeder Unionsbürger hat das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der in diesem Vertrag und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Bedingungen und Beschränkungen frei zu bewegen und aufzuhalten.“ (Art. B, Abs. 1)

„Jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, hat (dort) ... das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats. Dieses Recht wird vorbehaltlich der Modalitäten, die der Rat vor dem 31. Dezember 1994 einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments festlegt,

ausgeübt. Diese Modalitäten können Ausnahmeregelungen vorsehen, wenn dies durch die besonderen Probleme eines Mitgliedstaates gerechtfertigt ist.“ (Art. C, 1)

Nach dem gleichen Prinzip wird hinsichtlich künftiger Wahlen zum Europaparlament verfahren, auch hier mit Möglichkeiten für Ausnahmen (Art. C, 2)

„Jeder Unionsbürger genießt im Hoheitsgebiet eines Drittlandes, in dem der Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, nicht vertreten ist, den diplomatischen und konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaates unter denselben Bedingungen, die für Staatsangehörige dieses Staates gelten. Die Mitgliedstaaten vereinbaren miteinander vor dem 31. Dezember 1993 die notwendigen Regeln und leiten die für diesen Schutz erforderlichen internationalen Verhandlungen ein.“ (Art. D)

Ergänzende Rechte können von 1994 an vom Rat einstimmig auf Vorschlag der Kommission erarbeitet werden.

Quelle: Handelsblatt vom 12. 12. 1991.

Dresdner Parteitag: Die Union schließt die Reihen**Säuberungen, Sozialabbau, Lohnsenkung und Wahlsiege — ein ehrgeiziges Programm**

Das „Dresdner Manifest“ (siehe Politische Berichte 23/91) brachte Delegiertenstimmung; ein passender Hintergrund für harte Ausfälle und auch feinere Spitzen gegen vermutete

oder tatsächliche Abweichler. Man machte grundsätzlich und konkret, intern und nach außen klar, wem man nutzen will und wer niederzuhalten oder abzustrafen ist.

Eine überaus deutliche Sprache führte zu Fragen der Lohnpolitik Tyll Necker, ehemaliger Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Auch in der CDU seien Kräfte am Werk, die am Verteilen von Geld mehr Freude hätten als am Erwirtschaften. Necker bezeichnete im Osten bestehende Tarifverträge als „verfassungswidrig“. Sie seien nämlich zwischen „selbsternannten“ Industrievertretern und „alten“ Gewerkschaftsfunktionären zustande gekommen. Wilfried Pinger von der CDU NRW forderte dann auch gleich, die bestehenden Verträge „einfach für nichtig zu erklären“. Beschlossen wurde das nicht, aber die Union bereitet mit derartigen Vorstößen gesellschaftlich den Boden für Beschäftigten außerhalb der geltenden Tarife. Und wenn ein gewisses Ausmaß solcher Beschäftigten erst einmal gegeben ist, kann es auch verrechtlicht werden. Das ist die frohe Botschaft für die Investoren.

Dem Langzeitstrategen Biedenkopf blieb es vorbehalten, die Zeitspanne zu bestimmen, in der die öffentlichen Mittel für Investitionen im Osten bevorzugt

in Anspruch genommen werden müssen, es ging dabei um immerhin fünfzehn Jahre. Ausgaben öffentlicher Mittel sollen vor allem und zunehmend in infrastrukturelle Maßnahmen, d.h. in Vorleistungen für die Industrie gesteckt werden. Sie werden im wesentlichen aus Minderungen sozialer Leistungen des BRD-Staatswesens finanziert. Wenn man schon davon ausgeht, daß im Osten Unternehmensgewinne langfristig niedriger ausfallen, hätte es nahegelegen, als Finanzierungsquelle über eine scharfe Progressivbesteuerung von Gewinnen nachzudenken, die das Profitgefälle zwischen West und Ost beeinflussen würde. Aber das will man gerade nicht, denn in dem allgemeinen Elend, das man kommen sieht, sollen außerordentliche Gewinne einzelner Firmen als richtungsgebend leuchten. Irgendwo muß es ja blühen, und wenn es im Treibhaus ist. Und außerdem bringt die Kürzung von Sozialleistungen den zusätzlichen Angebotsdruck für die Arbeitskraft. Es geht um die Leistungsbereitschaft, die beim Menschen (arbeitend) durch Senkung und beim Menschen (be-

sitzend) durch Hebung des Einkommens ausgelöst wird.

Die schwierige Frage, wie auf diesem Wege eine mehrheitsfähige Anhängerschaft zu gewinnen sei, beantwortet der Generalsekretär der Partei, Rühle. Für den Westen mit seiner ungebrochenen Säuberungspolitik, die von der Partei auf die Gesellschaft ausstrahlt und zahllose Posten freimacht, die willigen Westlern zum Aufstieg winken. Um die Widersprüche, die das im Osten schaffen muß, abzufangen, hat sich Rühle was Feines ausgedacht. Alte und jüngere Ost-Christen und/oder -Demokraten seien zu fördern, da ihnen wegen ihrer Weltanschauung die Karriere entgangen sei. Ihnen soll Nachbildung ermöglicht werden. Allgemeine Folge dieses Vorgehens ist eine grundsätzliche Disqualifikation aller bisher Ausgebildeten. Denn wenn es den Guten so übel erging, waren jene die offenbar Schlechten. Schließlich kann der Mißerfolg im Berufsleben, als der die wirtschaftliche Krise von Unionsanhängern aufgefaßt werden wird, mit dem früheren System gedanklich verwoben werden. — (maf)

Enttäuschendes Ergebnis**Arbeitsverträge an Akademie der Wissenschaften verlängert**

Aufgrund der Klagen von 465 Beschäftigten der Akademie der Wissenschaften der DDR gegen die Befristung ihrer Arbeitsverhältnisse bis zum 31. 12. 91 (vgl. PB 26/91) erging am 19. 12. eine einstweilige Anordnung. Das Ergebnis ist eher mager. Bis zur Entscheidung in der Hauptsache am 10. März 92 gilt: „Die Arbeitsverhältnisse derjenigen Beschäftigten, die am 31. Dezember 1991 nach Mutterschutzrecht vor einer Kündigung geschützt sind, bestehen fort. Die Arbeitsverhältnisse derjenigen Beschäftigten, die sich um Weiterverwendung bei einer Nachfolgeeinrichtung der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik beworben haben und denen nicht bis zum 30. November 1991 bekanntgegeben worden ist, daß sie über den 31. Dezember hinaus keine derartige Beschäftigung finden werden, enden erst am Schluß des auf eine solche Bekanntgabe folgenden Monats. Die weitergehenden Ansprüche werden zurückgewiesen.“ Das Warteschleifenurteil vom April d. J. forderte vom Gesetzgeber z.B. Rücksichtnahme gegenüber Schwerbehinderten, älteren Arbeitnehmern und Allein-erziehenden. Wer sich nicht bewerben konnte, z.B. weil sein Institut nicht weitergeführt wird, oder wer sich im Erzie-

hungsurlaub befindet, ist ab 1. 1. arbeitslos. Das BVerfG hat offenbar den Ausführungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie Glauben geschenkt, das behauptete, „daß zahlreiche Einrichtungen sich bereits in einem fortgeschrittenen Stand der Gründung befinden. Nahezu sämtliche Stellen sind ausgeschrieben ... noch im laufenden Monat (sollen) für die weit überwiegende Zahl aller neuen Stellen (Einstellungszusagen) ausgesprochen werden“. Die Klagevertreter haben das Gegenteil vertreten. Obwohl das BVerfG durchaus sieht, daß durch „die Unterbrechung ... Arbeitsergebnisse entwertet werden (können). Auch die psychische Belastung durch den Arbeitsverlust ist als Nachteil in Rechnung zu stellen“, werden die bei einer generellen Arbeitsvertragsverlängerung bis zur Entscheidung in der Hauptsache entstehenden Kosten für den Bundes- und die Landeshaushalte (monatlich 46 Mio. Mark) stärker gewichtet. „Insgesamt können die Belange der Arbeitnehmer, deren Arbeitsverträge am 31. Dezember enden sollen, nicht als so gewichtig angesehen werden, daß eine generelle Aufrechterhaltung der Beschäftigungsverhältnisse ... gerechtfertigt wäre.“ A.Z. 1 BvR 454/91 — (har)

Kurdistan: Massaker der Sicherheitskräfte

Die neue türkische Regierung unternimmt viel Anstrengungen, um in der Öffentlichkeit eine „Änderung“ ihrer Kurdistan-Politik zu behaupten. Gleichzeitig bemühen sich Kräfte um die Sozialistische Internationale, eine „neue“ kurdische Partei aufzubauen — gestützt auf kurdische Exilgruppen und Leute, die sich dem PUK-Führer Jalal Talabani verbunden fühlen. Der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (SPD), einer der Verantwortlichen für die Kurdenverfolgungen in der BRD und in der Parlamentarischen Versammlung der NATO als „Kurdenexperte“ tätig, forderte unlängst von der türkischen Regierung, eine solche „neue“ kurdische Partei zuzulassen — wohl auch in der Hoffnung, die dem kurdischen Widerstand verbundene Partei HEP zu spalten und die PKK zu isolieren.

In Wirklichkeit ist von einer Änderung oder gar Lockerung der Kurdenunterdrückung durch die Türkei nichts zu merken. Stattdessen bemühte sich kurz vor Weihnachten der neue türkische Außenminister in Bonn um weitere Waffenhilfen — nur wenige Tage, nachdem bekannt geworden war, daß die türkische Armee in diesem Jahr aus der BRD genug Waffen und Munition geliefert bekommen hat, um fürchterliche Blutbäder unter der kurdischen Bevölkerung anzurichten. (siehe Seite 1)

Zur gleichen Zeit haben die türkischen Sicherheitskräfte, die sich schon lange in den kurdischen Gebieten als zügellose Horden aufführen und von der Regierung in Ankara anscheinend nicht kontrolliert werden, ein neues Massaker

angerichtet: Am 24. Dezember schossen sie in den Städten Kulp und Lice auf zwei Demonstrationen von mehreren tausend Menschen zugunsten von gefallenen ARGK-Guerillas. Mindestens zwanzig Demonstranten wurden ermordet, etwa 400 zum Teil schwer verletzt. Aus Protest gegen dieses Massaker kam es in ganz Kurdistan, in Teilen der Türkei und in Europa zu zahlreichen Protestaktionen von Kurden.

Bei einer dieser Protestaktionen wurden am 25. 12. in Istanbul aus einer Demonstration heraus, die vom dortigen Jugendverband der ERNK organisiert worden war, Molotowcocktails gegen ein Kaufhaus geschleudert. Bei dem dadurch ausgelösten Brand kamen in den Kaufhaus mehrere Menschen ums Leben. Der PKK-Generalsekretär Öcalan hat in einem ersten Telefoninterview mit BBC erklärt, daß die Aktion nicht auf Befehle der PKK zurückgeht. Trotzdem machen verschiedene Zeitungen daraus die Aktion eines „PKK-Terrorkommandos“ — verbunden mit der Forderung nach neuen Verfolgungsmaßnahmen gegen Sympathisanten des kurdischen Befreiungskampfes in der BRD. Wir dokumentieren im folgenden eine Presseerklärung des Kurdistan-Komitees zu dem Brandanschlag in Istanbul, eine Erklärung der ERNK zu den Massakern in Kulp und Lice und Auszüge aus einem längeren Interview der Zeitung „Yeni Ülke“ mit PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan.

Quellen: Kurdistan-Komitee, Pressemitteilung vom 30.12., Kurdistan-Rundbrief 1/92 — (rül)

Aus dem BBC-Interview mit Öcalan zu dem Brand in Bakirköy/Istanbul

Bezüglich des Brandanschlags auf das Kaufhaus Cetinkaya in Bakirköy/Istanbul möchten wir durch die Bekanntgabe einiger Passagen aus dem Interview des Generalsekretärs der PKK, Abdullah Öcalan, mit dem Radiosender BBC am vergangenen Mittwoch möglichen weiteren Mißverständnissen vorbeugen, die bei der Berichterstattung in den Medien entstanden sind und sein könnten.

In dem Interview Abdullah Öcalans mit BBC betont er, daß die PKK nicht den Befehl zu dem Brandanschlag gegeben hat. Auf die Frage von BBC: „Also, sie wollen sagen, daß ihre Organisation nicht den Befehl dazu gegeben hat“ antwortet Abdullah Öcalan: „Ja...“

Weiter heißt es in dem Interview:

BBC: Herr Öcalan, nun sind diese Ereignisse ins Fernsehen gekommen, und nach unserem Verständnis entsteht in der Türkei eine große Antipathie. Sie haben mal gesagt, daß sie gucken werden, was die neue Regierung für Schritte unternehmen wird. Begrenzen sie in diesem Zusammenhang nicht die Schritte, die die neue Regierung unternehmen kann? Schaffen sie nicht dadurch eine Art politischen Druck auf die Regierung?

PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan: Wo ist die neue Regierung? Die neue Regierung hat die Aufgaben, die ihr zufallen, nicht erfüllt. Wird Demirel die Kontrolle über den Spezialkriegsapparat gewinnen? Er hat sie nicht gewonnen. Jeden Tag werden vor den Augen der Öffentlichkeit Menschen aus ihren

Häusern und Läden entführt und ermordet. Hat er einen von denen mal zur Verantwortung ziehen können? Konnte er den Mörder von einer einzigen Person entlarven? Wer hat gestern auf 9 Zivilisten in Kulp einen Hagel von Schüssen abgefeuert? Ist einer von denen verhaftet worden? Werden die Täter für auch nur eine einzige Tat zur Verantwortung gezogen? Das sind auch Zivilisten. Das sind auch Frauen, das sind auch Kinder. Nun, man sollte die Ereignisse zumindest unabhängig betrachten. Und bei uns sind die Verluste noch größer. Warum hat das Volk in Istanbul, das Volk in der Türkei kein Mitleid mit diesen? Warum hat niemand Mitleid mit diesen und ist übertraurig, wenn nur eine Person von ihnen umkommt? Soviel Gewalt wird hier praktiziert, und sie wird bewußt übersehen. Türkes schreit: „Ich lade die Türken dazu ein, für den Krieg kampfbereit zu sein.“ Sie haben den Staat in der Hand. Panzer, Bomben, Flugzeuge, sie haben alles. Was wollen sie von uns?

Wir wollen einen Identitätskampf führen. Wir wollen, daß die Identität wiedergewonnen wird. Der Krieg darum wird sich noch weiter ausweiten. Wenn dies alles so weitergeht wie bisher, dann vermute ich, daß die Ereignisse sich noch weiter zuspitzen werden.

BBC: Wollen sie sagen, daß sie, wenn sie auch nicht den Befehl zu der Aktion heute gegeben haben, es in der Zukunft tun werden?

PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan: Das Problem ist nicht eine Frage des Befehls oder Nichtbefehls. Un-

ser Volk wird sich verteidigen. Wer ist in der legitimen Situation, sich zu verteidigen? Wer sind diejenigen, die sich um die elementarsten Menschenrechte bemühen? Wer marschiert mit Waffen auf diese zu? Die Problematik ist ganz offensichtlich. Auch die Antwort ist meiner Meinung nach ziemlich klar. Sie werden sich verteidigen, sollen sie etwa keine Reaktion zeigen? Natürlich, dieses Problem ist ganz klar. Wir haben ihnen vorgeschlagen, offen für politische Verhandlungsmöglichkeiten zu sein und uns einen politischen Vertreter zu schicken. Wir haben gesagt, laßt uns diese Gewalttätigkeiten und den Terror gemeinsam beenden. Warum traut sich keiner von ihnen, uns gegenüberzutreten? Ich bin bereit, das sage ich ganz offen. Wenn sie nicht wollen, daß das ganze sich weiter zuspitzt, dann sollte ein politischer Vertreter von ihnen uns gegenüber treten. Warum kommen sie nicht? Was sollen wir noch tun?

BBC: Warum rufen sie nicht den Waffenstillstand aus?

PKK-Generalsekretär Öcalan: So! Meinen Sie! Wenn wir den Waffenstillstand ausrufen, würde das nicht bedeuten, daß wir uns wie Schafe unter des Metzgers Messer legen? Wie kann so eine Frage an uns gerichtet werden? Kann man das Problem (Zusatz des Übersetzers) einseitig lösen? Das ist eine Beleidigung für uns. Wir werden aus dem nicht unsere Identität gewinnen. Solange wir das nicht erreicht haben, wird keiner von uns am Leben bleiben. Ich sage das ganz offen. Diese schändliche Leben wird kein Kurde, kein anständiger Mensch akzeptieren. Und das türkische Volk sollte das auch nicht tolerieren.

Kurdistan-Komitee, Köln, den 30. 12. 91

Die Provokationen und Massaker-Pläne werden zum Scheitern gebracht!

Der kolonial-faschistische türkische Staat versucht, neue und hinterhältige Massaker-Pläne in Kurdistan zu verwirklichen. Während türkische Armee-Einheiten auf der einen Seite chemische Waffen gegen Guerillas anwenden, bereiten sie auf der anderen Seite Angriffe auf friedlich demonstrierende Volksmassen vor. Sie schießen mit Maschinengewehren auf das wehrlose Volk und setzen Bomben dabei ein.

Türkische Armee-Einheiten und Spezialteams schossen in einen Trauerzug, der am 24. Dezember in den Kreisstädten Lice und Kulp zu Ehren von gefallenen Guerillas stattfand. Hierbei wurden in Kulp neuesten Berichten zufolge an die 20 und in Lice 3 Zivilpersonen getötet. Es wird berichtet, daß unter den Toten in Kulp zwei Frauen sind. Ferner sind über 400 Personen aus dem Volk — meistens durch Schüsse — unterschiedlich schwer verletzt worden. Viele liegen im Koma.

Augenzeugenberichten zufolge haben die Soldaten und Spezialteams (Özel Tim) des türkischen Staates das Feuer auf das Volk eröffnet und auf die Befehle ihrer Kommandanten hin die Menschen auf der Straße gezwungen, sich auf den Boden zu legen. Danach haben sie die auf dem Boden liegenden Menschen gefoltert, ihre Wertgegenstände weggenommen und sie durch Beschimpfungen und Erniedrigungen zu provozieren versucht. Arbeitsplätze und Fahrzeuge sind zerstört, unser Volk massenweise in Haft genommen worden. Kurz, die türkischen Kolonialisten, die eine Terror-Atmosphäre schaffen, versuchen, in Kurdistan ein Massaker zu provozieren.

Der Unabhängigkeitskampf unseres Volkes unter der Führung unserer Partei, der PKK, der sich zu einem immer größer werdenden Volksaufstand und einer immer stärker werdenden Volksarmee entwickelt, versetzt die türkischen Kolonialisten in Angst und Schrecken. Der türkische Staat versucht, um solch eine große und bewußt geplante Zeitbombe zu verhindern, zu dieser ungünstigen Winterzeit das Volk zu provozieren und aufzuwiegeln, um Massaker durchzuführen, so wie zur Zeit des Seyh Sait-Aufstandes im Jahre 1925. Damit greift der türkische Staat auf seine alten Pläne in der Geschichte zurück.

Dies offenbart noch einmal das wahre Gesicht der neuen Regierung, die unter dem Vorsitz von Demirel gegründet

worden ist und dauernd von Demokratie, Frieden und Freundschaft spricht. Es ist ganz offensichtlich, daß diese Regierung unter der Maske von Demokratie ihre hinterhältigen Massaker-Pläne Schritt für Schritt zu verwirklichen versucht.

Gegenüber dieser heuchlerischen und verschwörerischen Haltung sowie den Massaker-Plänen des türkischen Staates wird unsere Partei und unser Volk natürlich nicht untätig sein und sie entsprechend beantworten. Das kurdische Volk wird, um gegen diese Praktiken der türkischen Kolonialisten zu protestieren, mit noch größeren Volksaufständen (Serhildans) und noch größeren Guerilla-Angriffen seine Macht zeigen. Unser Volk wird unter der Führung einer unbesiegbaren Kraft wie der PKK die Wiederholung von Massaker-Plänen des türkischen Staates auf keinen Fall zulassen.

Die hinter diesen Worten liegende Realität wird durch die Entwicklungen in der Praxis richtiggestellt und bewiesen. Die Massaker des türkischen Staates in Kulp und Lice hat unsere Volksbefreiungsarmee (AGRK) noch am selben Tag beantwortet und ihre Macht und Stärke unter Beweis gestellt.

Am Dienstagabend um 18.30 Uhr haben ARGK-Guerillas bei einem Angriff auf eine Gendarmerie-Station der türkischen Regierung in Sirnak-Dereler dem Feind große Verluste zugefügt. Neuesten Berichten zufolge sind 30 feindliche Soldaten getötet und viele verletzt worden.

Heute haben sich aus verschiedenen Städten Kurdistans zehntausende von Menschen in Richtung auf das Stadtzentrum von Kulp in Bewegung gesetzt. Darüberhinaus sind unter anderem in Silvan, Batman, Kozluk, Bismil und in ganz Diyarbakir sowie in vielen anderen Städten die Rolläden geschlossen worden. Die Massenproteste weiten sich auf alle Teile Kurdistans aus.

Wir rufen alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte dazu auf, den Massakern der türkischen Kolonialisten in Kurdistan nicht untätig zuzusehen und in Solidarität mit dem gerechten Widerstandskampf des kurdischen Volkes aktive Maßnahmen zu ergreifen, um die unter der Maske der Demokratie entwickelten Genozid-Pläne der Regierung Demirel-İnönü zu verhindern sowie ihr heuchlerisches und hinterhältiges Gesicht aufzudecken.

— PKK-Europavertretung, 25. 12. 1991

Öcalan: „Die Front der Demokratie ist eine Notwendigkeit“

Yeni Ülke: Als ich gekommen bin, haben DYP und SHP in Ankara gemeinsam an der Kurdenfrage gearbeitet und sind zu einem gemeinsamen Entschluß gekommen. Was denken Sie darüber?

PKK-Generalsekretär: Das gibt mir ziemlich zu denken... Aber ich muß gleich sagen, hinter der Präsentation versteckt sich ein großer Widerspruch. Das ist auf Anhieb dazu zu sagen. Angeblich erkennen sie das Problem an. Aber was die Entstehung, Entwicklung und die Konsequenzen dieses Problems anbelangt, ist, um nicht zu sagen eine mächtige Ignoranz, so doch ein Ignorieren und Verschleiern zu beobachten. Wenn sie wirklich, wie sie behaupten, diese Angelegenheit an vorderster Stelle setzen, dann ist das ein sehr großer Fehler. Das heißt, daß sie sich von Anfang an zum Mißerfolg verurteilen oder daß sich die Probleme noch mehr verschärfen.

Yeni Ülke: Kann in dem Fall, daß von der Türkei einige praktische Schritte unternommen werden, eine politische Lösung auf die Tagesordnung kommen? Wenn zum Beispiel das Dorfschützersystem aufgehoben oder überdacht wird...

PKK-Generalsekretär: Wir wollen einige gutwillige Schritte nicht ausschließen. Ich glaube, daß diejenigen, die diese Schritte unternehmen, absolut widersprüchlich und zweifelhaft sind... Özal hatte eine ähnliche Herangehensweise. Da hieß es auch: „Es gibt eine Liberalisierung, es wird eine mutige Lösung für die Angelegenheit unterbreitet“. Aber gleichzeitig wurde die andere Politik, die Verleugnungspolitik, in keinsten Weise verringert, und er wurde Opfer dieser Politik...

Yeni Ülke: Unter welchen Bedingungen kann sich Ihrer Meinung nach eine politische Lösung abzeichnen?

PKK-Generalsekretär: Es wird sich eine Öffnung der Front der Demokratie in der Türkei außerhalb von Demirel-İnönü zeigen. Wir haben in diesem Zusammenhang einen Beschluß, eine Front

der Demokratie zu entwickeln. Das wird gleichzeitig auch eine Erprobung demokratischer Schritte mit sich bringen. Das ist eine gutwillige Initiative, das ist wichtig. Aber andererseits kann es auch sein, daß es zu einer Entwicklung der Gewalt kommt. Wir haben Zweifel! Einmal, ob die Demirelregierung den Generalstab, die Konterguerilla, die Spezialkriegsorgane unter Kontrolle bekommen kann? Sie wissen, Demirel ist schon zwei Mal gestürzt worden, als er an der Regierung war. Denn beide Male konnte der Staat diese Organe nicht kontrollieren und war deshalb schwach. Die Spezialkriegsorgane, Konterguerilla und das Dorfschützersystem ist ihre ineinander verflochtene Organisation, und diese haben vor allem in den kurdischen Gebieten einen sehr großen Einfluß. Diese Kräfte sind die wirkliche Macht. Das will ich besonders unterstreichen. Werden sie auf diese Macht verzichten? Kann die Demirel-İnönü-Regierung sie von ihrer Macht stürzen? Das ist ziemlich in Frage gestellt... Wenn in der Struktur der Regierung eine ehrliche, glaubwürdige Herangehensweise entsteht, Entwicklungen, die auch der Partei einen Weg öffnen, wäre es richtig, die Probleme auf politischem Wege zu lösen.

Das zeigt natürlich auch, wie ich schon gesagt habe, daß die Notwendigkeit besteht, die Vorsicht nicht aufzugeben und uns mit unserer eigenen Kraft mit Gewalt gegen die Gewalt der Horde des Terrors zu verteidigen. In diesem Zusammenhang zu behaupten, daß wir terroristisch seien, ist eine große Ungerechtigkeit. Ohne uns zu verteidigen, könnten wir nicht überleben. Wenn wir uns einen Tag lang nicht mit der Waffe verteidigen würden, würden sie uns nicht am Leben lassen... Noch dazu, wo wir als Volk ohnehin einer Vernichtungspolitik ausgesetzt sind. Das übertreibe ich nicht. Daß unser Name aus der Geschichte ausgelöscht werden soll, stammt nicht von mir. Das ist eine Vernichtungspolitik. Zweitens wollte die PKK, wie ich gesagt habe, eine politische Initiative sein. Es gab eine Politik des 12. September, die sie und alles vernichten wollte. Wenn sie nicht mit der Absicht, uns zu vernichten, über uns

hergefallen wären, hätten wir nicht diese Initiative (Anmerk. d. Übers.: den bewaffneten Kampf) begonnen. Wenn es nun eine Öffnung für eine politische Lösung geben würde und dies auf Akzeptanz in der Struktur des Staates stößen würde, wäre das eine neue Lage.

Wenn die kurdische Identität anerkannt wird, die kurdische Geschichte, kurdische Sprache, kurdische Ausbildung und kurdische Politisierung, eine Demokratisierung anerkannt wird, wenn es Initiativen in diese Richtung gibt, werden die Probleme in eine Phase moderner Lösungsmöglichkeiten eintreten...

Yeni Ülke: Könnten Sie eine Art föderative Lösung innerhalb einer neuen Weltordnung akzeptieren?

PKK-Generalsekretär: Ohne Zweifel sehen wir das. Es ist notwendig, die Realität unserer Epoche, unserer Zeit zu beachten... Die extrem zentralistischen Herangehensweisen verlieren... Die Türkei hat vor all diesen Realitäten die Augen verschlossen... Daß wir schwach sind, sollte bei ihnen nicht so große Hoffnungen wecken... Sie sind heute schwach, sind aber dabei, stark zu werden. Was wird dann passieren? Sagen wir, ein sehr großes Durcheinander, der kurdisch-türkische Widerspruch, der zur Ursache von Auseinandersetzungen und Kämpfen wird. Genausoviele Kurden wie in Kurdistan sind in die Türkei vertrieben worden. Nationale Gefühle erwachen ganz neu. Wenn diese Gefühle erwachen, sich entwickeln, schließlich sind in Istanbul die Hälfte Kurden, genauso Izmir, Adana, Mittel-anatolien... Nehmen wir einmal an, eine Reihe von Gefühlen würden sehr massiert hochkochen. Das Resultat wäre ein schlimmer Kampf... Die Gelegenheit nutzen, um den kurdischen Faktor zu ersticken, ist eine im Widerspruch zu unserem Zeitalter und der Geschichte stehende Haltung. Im Moment hält diese Haltung auf gefährliche Weise ihren Einfluß aufrecht. Wir sind auf diese Gefahr aufmerksam geworden. Der Grund für die Existenz der PKK ist das Erkennen einer Reihe solcher Gefahren und der Wille, ihnen ein Ende zu bereiten...

stark gekürzt aus: Yeni Ülke Nr. 6, 2. Jahrgang (das vollständige Interview ist im Kurdistan-Rundbrief 1/92 dokumentiert)

Internationale Umschau



Tausende Studenten demonstrierten am 21./22. Dezember in der kampucheanischen Hauptstadt gegen die Verletzung elementarer demokratischer Rechte durch das Hun-Sen-Regime und gegen eine wuchernde Korruption. Diese ist eine Folge immer schroffer werdender Gegensätze gerade in Phnom Penh. Während gewöhnliche Werktätige kaum die Lebenshaltungskosten bestreiten können, kleine Beamte oder auch Lehrer zwei oder drei Zusatzjobs annehmen müssen, um überleben zu können, hat sich, verstärkt in den letzten Monaten, eine Schicht Reicher herausgebildet, die dem imperialistischen Kapital verbunden sind. — Hun-Sen-Soldaten töteten mindestens drei Demonstrierende. Die Regierung ließ die Universität schließen. Sie macht den offenbar wachsenden Einfluß der Roten Khmer für die Demonstrationen verantwortlich und kündigt die Unterdrückung weiterer Demonstrationen an. — (sc)

Gewerkschaften kritisieren Haushaltspolitik der CSFR

Der Gewerkschaftsdachverband hat vor dem Treffen einer Art Konzertierter Aktion mit den Unternehmern und der Regierung über den Staatshaushalt 1992 kritisiert, die CSFR verfolge eine Sozialpolitik auf dem Rücken der sozial Schwächsten. Bei der Arbeitslosenentschädigung verlangen die Gewerkschaften Zahlungen an Arbeitslose unabhängig davon, ob die Betriebe bei Entlassungen ein sogenanntes Austrittsgeld gezahlt haben oder nicht, und auch unabhängig davon, ob das Unternehmen oder der Beschäftigte gekündigt hat. Beides lehnen Regierung und Unternehmer ab. Einig sei die Gewerkschaft jedoch mit den Lohnsteuerplänen der Regierung, die Gehälter über 10000 Kronen (das Doppelte des Durchschnittslohns) stärker zu besteuern. — (alk)

Jetzt auch noch den Lokomotivenbau

Nachdem sich Siemens vor kurzem den Bereich Energietechnik des größten tschechoslowakischen Industrieunternehmens Skoda einverleibt hat, ist nun auch für den Bereich Verkehrstechnik der Skoda ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet worden, an dem Siemens mit 51 % beteiligt ist. Der konkurrierende schwedisch-schweizerische ABB-Konzern kam nicht zum Zuge. Siemens ist damit beim Lokomotivenbau zum größten europäischen Hersteller geworden, und Skoda, nachdem bereits der Automobilbereich bei VW liegt, fest in deutscher Hand. NZZ, 22. 12. 91 — (alk)

Islamisten siegen bei den Wahlen — wie weiter?

Gleich im ersten Wahlgang zu den algerischen Parlamentswahlen hat die Islamische Heilsfront (FIS) einen überraschenden Wahlsieg errungen; es wird angenommen, daß sie im zweiten Wahlgang eine Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht. Die bisher regierende Nationale Befreiungsfront FNL erreichte nur 16, die Front der Sozialistischen Kräfte immerhin 24 Direktmandate. Die FIS hat ihre soziale Basis vor allem in der städtischen Mittelklasse; in den großen Städten erzielte sie auch auf Anhieb über 50 % der Sitze. Hintergrund ihres Erfolgs und des Verschleißes der FNL ist die tiefste wirtschaftliche und soziale Krise seit der Unabhängigkeit. Algerien ist mit 26 Mrd. \$ bei den Imperialisten verschuldet. Die Landwirtschaft liegt darnieder, unzählige Bauern finden kein Auskommen mehr und fliehen in die Städte, das Land, ehemals Agrarexporteur, muß inzwischen 60 % der Lebensmittel einführen. Die Betriebe, oft moderne Industriekomplexe, sind kaum ausgelastet. Schlimm betroffen ist die Jugend. Junge Menschen, die die Schule oder Universität verlassen, finden nur selten Arbeit. Sozial entwurzelt, schließen gerade sie sich oft der FIS an, die u. a. auch antiimperialistische Losungen verbreitet, jedoch kein erkennbares Konzept zur Lösung der Krise und zum Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft verfolgt. — (sc)

Südafrikas Rassisten suchen Bündnis

Der „Kongress für ein demokratisches Südafrika“, der vom 20. bis 22. Dezember in Johannesburg stattfand, ist von der regierenden Nationalen Partei einberufen worden. Der Nationalen Partei ist damit eine gewisse Spaltung der Kräfte des Befreiungskampfes gelungen, denn sie konnte den ANC zur Teilnahme an der Konferenz bewegen. Außerdem nahmen teil alle Parteien der Weißen, die Organisationen und Parteien, die bis jetzt in den Parlamentskammern für Inder und Farbige vertreten sind sowie Vertreter von Inkatha und des Homelands Bophuthatswana. Der PAC, aber auch AZAPO und viele weniger bekannte Gruppen der Black-Consciousness-Strömung boykottierten den Kongress. Die Absicht der Siedlerregierung war, auf dem Kongress die Zustimmung für eine Reform der Apartheid zu erlangen: Die Klerik und die Nationale Partei legten einen Vorschlag für ein Wahlverfahren und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung vor, nach dem die Abstimmung über die neue Verfassung und die Wahlen weiterhin nach rassistischen Bestimmungen durchgeführt werden sollen: Alle von den Rassisten eingeführten Gruppen (Weiße, Inder, Farbige, Schwarze) sollen einzeln abstimmen und ihre jeweiligen Vertreter wählen. Eine neue Verfassung soll noch vom bestehenden Parlament verabschiedet werden. Dieses Vorhaben steht dem Beschluß der Patriotischen Front direkt entgegen, die verlangt, daß bereits für die Verfassungsgebende Versammlung allgemeine, geheime und gleiche Wahlen durchgeführt werden müssen, denn kein Organ der Rassistengesellschaft kann die Beseitigung der Apartheid betreiben. — (uld)

250 000 Ungarn zwei Stunden im Warnstreik

Erstmals traten die bislang stark zerstrittenen ungarischen Gewerkschaften gemeinsam gegen Regierung und Unternehmer an. Es geht um die sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Antall-Kabinetts für 1992. Die Verhandlungen waren ultimativ vom größten Gewerkschaftsbund MSZOSZ mit der Generalstreikdrohung erzwungen worden. In einem „Sozialpaket“ sollen Vereinbarungen über die Lohnpolitik, Inflationsbekämpfung, Steuern, soziale Sicherheit, Privatisierung und der Mechanismus des „sozialpartnerschaftlichen Interessenausgleichs“ geregelt werden. Erste Kompromisse ergaben eine Erhöhung des Kindergelds und der Renten, eine Steuerreduzierung für Familien mit Kindern sowie 75 % des Minimallohnes für Arbeitslose, die noch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. In Tariffragen wurden noch keine Ergebnisse erzielt. Großen Widerstand gibt es gegen die Gewerkschaftsförderung nach Mitsprache beim Verkauf eines Betriebs und der Verwendung von 10 % des Erlöses für Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen. Aufgrund außenwirtschaftlicher und außenpolitischer Zwänge könne er, Antall, nicht für die Durchsetzung der Verhandlungsergebnisse garantieren. Am 17. Dezember traten 250000 Ungarn in einen zweistündigen Warnstreik gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. — (frr)



Mit Protesten und Demonstrationen wehrten sich Anfang Dezember mehrere tausend Beschäftigte des belgischen Metallkonzerns ACEC gegen Rationalisierungspläne des Unternehmens (Bild). Der Konzern will etwa 1000 Lohnabhängige entlassen. ACEC beliefert insbesondere die Automobilindustrie und die Bauwirtschaft mit Zinkprodukten. Der Konzern rechnet mit einer langanhaltenden Krise in beiden Branchen. Erst 1995 erwartet die Unternehmensleitung wieder eine „Marktausdehnung“ bei Zinkprodukten. — (rül)

Minenarbeiter in Asturien streiken gegen Entlassungen

Demonstrationen und schwere Straßenkämpfe zwischen spanischen Sicherheitskräften und streikenden Minenarbeitern Asturiens und ein Generalstreik in den dortigen Minen erschüttern das politische Gefüge. Anlaß ist der jüngste Madrider Regierungsbeschluß, die größte Bergwerksfirma Hulleras del Norte (Hunosa) bis zum Jahr 2002 zu schließen. Seit Weihnachten halten 36 Gewerkschafter den Schacht Barredo für unbestimmte Zeit besetzt. 25000 Bergarbeiter folgten dem Aufruf der Gewerkschaften SOMA-UGT und Comisiones Obreras zum Streik. Die Sprecherin der spanischen Zentralregierung Rosa Conde drohte: „Das Streikrecht ist Verfassungsrecht, aber wenn die Verhandlungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft sind, gibt es keine Notwendigkeit, Streiks auszurufen.“

Die Lage ist explosiv. Die Minenarbeiter wollen nicht mit Resignation hinnehmen, was die EG vorschreibt und die spanische Regierung durchsetzen will: Bis 1993 sollen 6000 Arbeitsplätze, das ist circa ein Drittel aller Minenarbeitsplätze, verlorengehen, und das gleiche Schicksal ist für den Rest bis zum Jahr 2002 vorgesehen. Damit wäre die Bergbaubranche Asturiens ausgelöscht. Die Gewerkschaften und ihnen nahestehende politische Parteien in Asturien fordern Investitionen für den Aufbau neuer Industriezweige, aber die Zusagen von

Seiten der EG und der Madrider Regierung fehlen. Deshalb finden die Straßenkämpfe und der Streik breite Unterstützung. Zwar läßt sich nicht leugnen, daß Hunosa stark subventioniert werden muß. 1991 machte Hunosa eine Milliarden DM Verlust und die geförderte Kohle kostet dreimal so viel, wie sie auf dem Markt an Preisen erzielt. Aber die Pläne Madrids und der EG bedeuten die Deindustrialisierung, Isolierung und Verödung Asturiens im Spanien der EG.

Trotzdem hat der spanische Ministerpräsident am 27. 12. 1991 bekräftigt, den Plan „Hunosa“ nicht zu ändern. So verschärft der Konflikt in Asturien die Spannungen zwischen Regierung einerseits und Gewerkschaften und Regierungspartei andererseits. Bürgermeister von 17 Gemeinden Asturiens haben sich mit den Demonstrationen der Bergarbeiter solidarisiert. Mitglieder der Führung der spanischen Regierungspartei PSOE haben in den letzten Tagen die spanische Zentralregierung gebeten, eine Geste des guten Willens zu zeigen. Die Gewerkschaften beurteilen sehr negativ, daß die spanische Zentralregierung den Plan über Hunosa ohne Änderung aufrechterhält. Auch das Angebot eines neuen Dialogs sei unzureichend. Als eines der neuen Mittel, Druck auszuüben, schließen die Gewerkschaften nicht aus, den Streik in den Minen Asturiens unbefristet weiterzuführen. — (ros)

Zwei Jahre UNO-Regierung: Arbeitslose und Armut in Nicaragua

Fast zwei Jahre nach der unerwarteten Wahlniederlage der Sandinisten im Februar 1990 tobt in Nicaragua der Klassenkampf. Wirtschaftlich hat sich die Lage der Bevölkerung immer weiter verschlechtert. Nach jüngsten Erhebungen des mittelamerikanischen Forschungsinstitutes CRIES leben 80 % der NicaraguanerInnen in Armut. 58 % der ökonomisch aktiven Bevölkerung ist arbeitslos oder unterbeschäftigt. 45000 Jugendliche kommen jedes Jahr neu auf den Arbeitsmarkt. Die hohe Arbeitslosigkeit geht einher mit sinkender Kaufkraft. Mit anderen Worten: weniger Leute haben Arbeit und die, die Arbeit haben, verdienen immer weniger.

Es gibt mehr Produkte zu kaufen, überall entstehen neue Supermärkte, in jedem dritten Haus ist ein kleiner Laden. Aber der Konsum ist nur für vielleicht 20 % der Bevölkerung zugänglich. Die Inflation wurde gedrosselt, aber nicht durch Produktionsförderung, was eine solide Basis wäre, sondern durch Drosselung der Kaufkraft für die Mehrheit der Bevölkerung. Drastisch gesenkte Importsteuern haben die Importstruktur sehr verschlechtert. So sind Hähnchen aus den USA billiger als nicaraguansische. Cola aus Honduras, Schuhe aus

Taiwan zerstören die nationale Produktion, während in Nicaragua 80 % der Beschäftigten ausschließlich für den nationalen Konsum produzieren. Lebensmittelentlohnungen tragen mit dazu bei, daß die Grundnahrungsmittelproduktion sinkt. Gleichzeitig sollen nach Weisung der internationalen Finanzgeber die öffentlichen Ausgaben im Haushalt '92 die niedrigsten Zentralamerikas werden. Das bedeutet, daß die Einkommen der staatlichen Angestellten weiter gesenkt werden. Ganz drastisch sind die Reduzierungen im Bereich Gesundheit und Erziehung. 1989 wurde pro Kopf 64 \$ für Gesundheit ausgegeben, 1991 dagegen 18 \$.

Als am 8. November, dem 15. Todestag des Gründers der FSLN, Carlos Fonseca, sein Mausoleum in Managua schwer beschädigt wurde, entlud sich die angestaute Wut der Bevölkerung. LKWs des Bürgermeisteramts wurden verbrannt, Büros wurden geplündert, rechte Radiosender und Parteibüros wurden angegriffen und beschossen. Tausende zogen zum Grabmahl, und Freiwillige begannen sofort mit dessen Reparatur.

Quelle: Rundbrief des Infobüros Nicaragua e. V. Wuppertal — (s.)

Kommunistische Neugründung — Gründungsparteitag in Rom

Im Februar 1991 hatte der Parteitag der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) mehrheitlich die Partei aufgelöst und die Demokratische Partei der Linken (PDS) gegründet. Ein Teil der Minderheit kündigte daraufhin die Bildung einer neuen kommunistischen Partei an und formierte zu diesem Zweck die „Bewegung zur kommunistischen Neugründung“. Verschiedene linke politische Richtungen schlossen sich an: Neben traditionellen Strömungen im PCI auch Kräfte der Partei der Proletarischen Einheit (PDUP), die sich in den 80er Jahren dem PCI angeschlossen hatte. Im Juni löste sich Democrazia Proletaria (DP), eine aus der 68er-Bewegung entstandene Partei, formell auf und schloß sich an. Hinzu kamen Mitglieder verschiedener anderer Organisationen links vom PCI.

Vom 12. bis zum 15. Dezember 1991 fand nun in Rom der Gründungskongress der neuen Partei statt. 1153 Delegierte vertraten die nach Parteiangaben etwa 150000 Mitglieder. Sie gründeten die „Partei der kommunistischen Neugründung“ und verabschiedeten ein Statut und ein „politisches Dokument“. Die Partei gibt die Wochenzeitung *Liberazione* (Befreiung) heraus.

Die Parteitagdiskussion verlief durchaus kontrovers. Unterschiedliche

Vorstellungen gibt es z. B. zu Fragen wie: In welchem Verhältnis steht die neue Partei zum früheren PCI und auf welchen Grundlagen arbeiten die verschiedenen Kräfte in der neuen Partei zusammen? In der Debatte über den Parteianamen kamen diese unterschiedlichen Vorstellungen zum Ausdruck: Der Name „Partei der kommunistischen Neugründung“ drückt aus, daß eine Neuformierung nötig und nicht ein bruchloses Anknüpfen an die PCI-Tradition möglich ist. Für diesen Namen bzw. für dieses Konzept stimmten 593 Delegierte. Für den alternativen Namen „Kommunistische Partei“, mit der unmittelbar an die PCI-Tradition angeknüpft und diese fortgeführt werden sollte, stimmten 336.

Nicht ausreichend geklärt erscheint die Strategie der neuen Partei. Was heißt die Parteitagslösung „Aus der Opposition für den Wechsel“ und gegen welche Kräfte soll das im Bündnis mit welchen anderen Kräften durchgesetzt werden? Wie ist das Verhältnis zum PDS?

Die Wahl des „Nationalen Komitees“ wurde noch nicht durchgeführt. Sie soll auf einer zweiten Konferenz am 18./19. 1. 1992 erfolgen. Dort sollen 20 % der Komiteemitglieder gewählt werden; 80 % sollen von den regionalen Verbänden gewählt werden. — (rok)

Dr. Nassar, muß man inzwischen von der Intifada in der Vergangenheitsform sprechen?

Dr. Nassar: Also man kann sehen, daß die Intifada schwächer wird. Die Praktiken der Militärregierung über vier Jahre waren so massiv, die vielen Verhaftungen, die vielen Verletzten ... Wir haben über 100.000 Verhaftungen gehabt in vier Jahren, umgerechnet auf die Bundesrepublik wären das 4 Millionen im Vergleich zur Bevölkerungszahl. Wir haben über 100.000 Verletzte, das ist auch sehr viel, ebenfalls umgerechnet: vier Millionen Verletzte. Wir haben über 1.000 Tote, das ist für unsere Bevölkerung sehr viel. Von den 100.000 Verletzten sind wiederum ungefähr sieben- bis zehntausend schwer verletzt.

Dazu kommt, daß die wirtschaftliche Lage sich vor allem nach dem Golfkrieg massiv verschlechtert hat. Wir hatten während des Golfkrieges 45 Tage ununterbrochen Ausgangssperre. Alles kam zum Stillstand. Die Leute konnten nichts machen, und ich weiß nicht, ob die Leute außerhalb unseres Landes wissen, was eine Ausgangssperre ist. Die meisten können sich darunter nichts vorstellen.

Eine Ausgangssperre ist ein totaler Befehl, innerhalb des Hauses zu bleiben. Man kann nicht einmal auf den Balkon gehn, geschweige denn in den Garten oder zur Arbeit. Busse fahren nicht, Taxen fahren nicht. Nichts geht. Eine totale Lähmung jeglicher gesellschaftlichen Verbindung. Und damit erlahmte praktisch die gesamte Westbank und Gaza für die genannten 45 Tage.

Dazu kam, daß nach dem Golfkrieg die Angehörigen der Palästinenser in den besetzten Gebieten, die in den Golfstaaten gearbeitet haben, ihre Angehörigen nicht mehr mit Geld versorgen konnten, denn diese Tantiemen aus den Golfstaaten — ungefähr 30 % der Einnahmen auf der Westbank — fielen aus. Dazu kam, daß viele Leute zurückgekommen sind in die Westbank.

In den auf die Ausgangssperre folgenden Monaten wurde den Palästinensern verboten, nach Israel zur Arbeit zu gehen. Sie wurden also größtenteils entlassen und durch sowjetische Juden ersetzt. Das macht wiederum auch ungefähr 30 % der Einnahmen aus. Man sieht also: 30 % aus dem Golf ausgefallen, 30 % aus der Arbeit in Israel auch ausgefallen und die eigene Wirtschaft während der sechs Monate erlahmt: so ist die Wirtschaftslage nahe dem Bankrott.

Diese Situation ebenso wie die vorhin genannten vier Jahre schwerer Repressalien haben doch sichtbare Spuren bei der Intifada hinterlassen. Momentan sieht es nicht unbedingt gut aus für den Gang der Intifada.

Das bedeutet ja nicht, daß die Menschen resigniert haben oder daß die Menschen aufgegeben haben. Es ist eine Talfahrt. Das muß man klar sagen. Zur Zeit gibt es die Talfahrt, u. a. vielleicht, weil man bestimmte diplomatische Geschehnisse im Ausland abwartet.

Genauso muß man auch abwarten, wie lange diese Talfahrt geht. Irgendwann geht es dann auch wieder bergauf.

Beit Sahour wurde durch den Boykott der Steuern gegenüber der Besatzungsmacht bekannt. Was passiert mit den erhobenen Steuern?

Dr. Nassar: Unter normalen Bedingungen darf die Besatzungsmacht keine neuen Steuern erheben. So sehen es die Haager Deklarationen und die Genfer Konventionen vor, die Israel auch unterzeichnet hat. Doch unter bestimmten Umständen darf die Besatzungsmacht Steuern erheben, aber nur unter bestimmten Bedingungen, nämlich die Einnahmen müssen in die besetzten Gebiete zurückgehen. Die Ausgaben dürfen nicht darunter liegen. Und drittens: Jedes Jahr muß eine Bilanz herausgegeben werden, über die Steuereinnahmen und die Ausgaben. Israel hat alle drei Bedingungen verletzt, und es reicht, wenn eine außer acht gelassen wird, um die Grundlage der Steuererhebung für null und nichtig zu erklären.

Ferner werden uns Steuern auferlegt, die unlogisch sind. Zum Beispiel die Steinsteuer. Während der Intifada wurde uns die Steinsteuer auferlegt, damit wir die Reparaturen der Autos und der Fensterscheiben bezahlen, die bei den Israelis während der Intifada kaputt gingen.

Dann bezahlen wir seit 1982 die zwei Prozent „Frieden-für-Galiläa“-Aktionsteuer. Wir müssen also sogar den Krieg im Libanon mitfinanzieren. Und außerdem bezahlen wir effektiv mehr

Momentane Talfahrt heißt nicht, daß die Menschen aufgeben

Interview mit Dr. Nassar aus Beit-Sahour, Westjordanland (Teil II)

Steuern als die Israelis, obwohl wir ein niedrigeres Einkommen haben. Das hört sich etwas wirr an, aber ich kann es erklären:

Die Steuerbefreiung beginnt bei einem Palästinenser bei 350 Schäkel Monatsgehalt, beim Israeli bei 1.800. Hat ein Palästinenser in den besetzten Gebieten ein monatliches Gehalt von 3.000 Schäkel, so bezahlt er 900 Schäkel Steuer. Hat ein Israeli ein 3.000-Schäkel-Gehalt, so würde er 300 Schäkel Steuer bezahlen, also muß der Palästinenser dreimal soviel bezahlen.

Wo das Geld hingeht, das die Israelis von uns nehmen, das ist mehr als ein Rätsel, denn es liegen gar keine Veröffentlichungen darüber vor. Was die Infrastruktur betrifft: Straßenbau, Krankenhäuser, Kindergärten, Kanalisation, Schulen, Universitäten — da müssen wir erst einmal danach fragen und sehen: Wo sind die Einrichtungen, die die Militärregierung da verfügbar macht mit unserem Geld? Sie sind ja nicht vorhanden! Selbst die staatlichen Krankenhäuser, wie das Bethlehem Krankenhaus, das ein bißchen sich entwickelt hat im letzten Jahr: Dieses Geld kam nicht von der israelischen Militärregierung, also nicht von unseren Steuergeldern, sondern als Spende von Schweden und Italien. Bethlehem hat z.B. Ambulanzen bekommen — ich glaube vor sechs Jahren —, das war eine Stiftung von Italien.

Aber weiter: Die Straßen sehen jämmerlich aus, eine Kanalisation haben wir nicht. Das Kanalisationsprogramm, das jetzt in dem Bethlehem Gebiet durchgezogen wird, wird nicht von der israelischen Regierung finanziert. Es wird finanziert von Deutschland, Frankreich und Italien.

Die Schulen — abgesehen davon, daß sie während der Intifada als Kollektivstrafe größtenteils geschlossen waren, die Universitäten sind es noch —, also die staatlichen Schulen, das sind 92 % aller Schulen, haben eine Talfahrt durchgemacht, die ihresgleichen sucht in der Geschichte der arabischen Welt.

Ich habe Abitur an einer Privatschule 1970 gemacht — also kurz nach der Besatzung 1967. Zu dieser Zeit waren noch die staatlichen Schulen die besseren Schulen. Da ging jeder gute Schüler in die Staatsschule. Die besten Abiturienten stammten in der Regel aus den staatlichen Schulen. Zur Zeit sind die staatlichen Schulen in einem miserablen Zustand. Die guten Lehrer sind entlassen worden. Gute Lehrer werden nicht eingestellt. Die Gehälter sind miserabel. Die Schuleinrichtungen lassen an allem vermissen — oder können Sie sich eine Schule bis zum Abitur ohne Schreibmaschine oder Kopiergerät vorstellen? Es fehlt an allem. Und das ist systematisch gemacht worden, um unseren Lebensstandard ständig nach unten zu ziehen. Denn wenn die Palästinenser auf etwas stolz waren, dann auf ihr Bildungsniveau. Das was in den Schulen sich abgespielt hat, ist schon ein gewaltiger Eingriff in das Recht auf das Lernen. Das ist gezielt und gewollt und eine Politik.

Welche Erwartungen gibt es gegenüber der Madrider Konferenz?

Dr. Nassar: Zur Zeit steht ja das Nachfolgetreffen in Washington an. Die Erwartungen waren am Anfang sehr hoch, als die Madrider Konferenz lief. Jeder war wahrscheinlich so neun oder zehn Stunden vor dem Fernseher und hat zugeschaut und zugehört. Die Praktiken allerdings, die im letzten Jahr abliefen von der israelischen Militärverwaltung und von der israelischen Regierung, lassen die Menschen in den besetzten Gebieten nicht viel hoffen. Sie sehen den praktischen täglichen Umgang.

Im letzten Jahr allein sind zehn Prozent mehr Land konfisziert worden als vor einigen Jahren, und damit steigt die Zahl des konfiszierten Landes auf der Westbank auf 65 %. Im übrigen soll hier erwähnt werden, daß die Palästinenser auf der Westbank jetzt nur noch in siedlungähnlichen Städten und Dörfern leben. Sie dürfen sich nicht mehr ausdehnen. Sie leben nur noch im Stadtgebiet. Man darf nicht mehr außerhalb des Stadtgebiets bauen, obwohl das

Land einem selbst gehört. Das Bauverbot außerhalb der Stadtgrenze macht es den Militärs leichter, das Land später einmal zu konfiszieren. Erwartet wird, daß in den kommenden Monaten und Jahren die restlichen 17 % weiterhin konfisziert werden.

Wenn man das sieht und dann hört, was an Nachrichten kommt, dann haben die Menschen in den besetzten Gebieten nicht viel Hoffnung. Ein Großteil der Bevölkerung sieht der Konferenz zumindest mit Skepsis entgegen.

Die israelische Regierung geht auf die Konferenz und setzt die Beschlagnahme von Land fort?

Dr. Nassar: Nicht nur das. Die Siedlungen in den besetzten Gebieten werden weiter gebaut, bestehende Siedlungen werden erweitert. Ihr Programm ist klar, wir sehen es klar — andere Men-

schen sehen es noch nicht.

Ein Ziel Ihrer jetzt begonnenen Informationsreise durch die BRD ist, Freunde und Unterstützung für das Medical-Center zu gewinnen. Welche Unterstützung erwarten Sie und wie kann sie ermöglicht werden?

Dr. Nassar: Unsere Klinik kann gegenwärtig nicht auf eigenen Beinen stehen. Die allgemeine sozio-ökonomische Situation ist so schlecht, daß wir es allein nicht schaffen. Deshalb sind wir auf die Hilfe unserer Freunde angewiesen und der Menschen, die wir als Freunde noch dazugewinnen können, weil sie überzeugt sind von der Wichtigkeit unserer Arbeit, von der Notwendigkeit, daß diese Arbeit bestehen bleibt und sich entwickelt. Deshalb habe ich vor vier Monaten eine ähnliche Reise gemacht. Da haben wir den Grundstein gelegt für die Idee, einen Freundeskreis der Klinik

als gemeinnützige Vereinigung einzurichten zur Unterstützung der Klinik.

Dabei geht es nicht nur um die Unterstützung allein: Wenn die Klinik Freunde gewonnen hat, dann ist es für uns die beste Garantie, daß die Klinik weiterhin bestehen bleibt, daß diese Freunde sie beschützen werden, daß die Klinik geschützt wird durch ihre Kontakte auf internationaler Ebene. Uns geht es also sowohl um Unterstützung auf moralischer Ebene als auch um Unterstützung durch Spenden. Das müssen nicht unbedingt große sein, sondern so, daß es niemand hier weh tut. Aber für unsere Verhältnisse kann das doch eine große Wirkung haben.

Dieser Freundeskreis wird demnächst hoffentlich offiziell bekannt gegeben, und jeder kann dann beitreten, der helfen möchte. Man kann sich entweder direkt an die Klinik wenden oder an diesen Freundeskreis.

Der erste Teil des Interviews, zur gesundheitlichen Lage der Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten, war in Nummer 26/91 der Politischen Berichte abgedruckt. — (jc)

Förderkreis Beit Sahour-Medical-Center in Gründung. Wer sich für dieses Projekt interessiert bzw. sich an der Unterstützung beteiligen will, kann sich wenden an: Frau Regita Andresen, Steinkirchberg 16, 3072 Marklohe.

Chile am Tag der Menschenrechte 1991

Nach fast zwei Jahren „Demokratie“ gibt es immer noch Folter und politische Gefangene. Diese führen ihren dritten Hungerstreik innerhalb von sechs Monaten durch: ein Bericht aus Santiago de Chile.

Auf der Alameda versucht eine Gruppe von ca. 150 Menschen einen Demonstrationszug zu formieren. Carabineros, die uniformierte Polizei, drängen sie ab. Ein Wasserwerfer fährt heran, spritzt Demonstranten und Passanten naß. Es wird mit Steinen gegen den *Guano* geworfen, ein Molotowcocktail trifft ihn. Carabineros verfolgen mehrere Menschen, mindestens sechs werden festgenommen, die Verhafteten werden verprügelt. Am Abend wird in einer Población (Volksviertel) eine brennende Barrikade errichtet und ca. 30 Leute demonstrieren.

Was ist los im Chile der Demokratie? Die Mobilisierungen — in den letzten Monaten hat es weitaus größere und kämpferische Aktionen gegeben als an diesem Tag — richten sich gegen die Straffreiheit für die Militärs und Folterer und fordern die Freilassung der politischen Gefangenen. Bei unseren Besuchen in den Knästen, in denen zumindest die „Gefangenen der Diktatur“ zusammengelegt sind, erfahren wir genaueres. Nach harten Kämpfen haben es die Militanten, die vor dem Amtsantritt des demokratisch gewählten Präsidenten Aylwin am 11. März 1990 eingeknastet wurden, geschafft, in jeweils einem Knast für die Männer und einem für die Frauen zusammengelegt zu werden. Hier sind die Lebensbedingungen zwar leichter, die Gefangenen können sich im gesamten Knast bewegen, sogar Besuch auf den Zellen empfangen, aber doch sind noch über 60 Militante des Kampfes gegen die Diktatur im Knast. Und die mehr als 250, die in der letzten Zeit rausgekommen sind, haben dies zumeist dem Cumplido-Gesetz zu verdanken, das vorsieht, die Fälle der politischen Gefangenen nicht mehr vor Militärgerichten, sondern eigens bestellten zivilen Richtern zu verhandeln und danach, bei damit schnellerer Bearbeitung der „Fälle“, die Möglichkeit der Begnadigung der Verurteilten anzubieten — welche allerdings von den Gefangenen selbst beantragt werden muß. Diejenigen, die sich jetzt noch im Knast befinden, haben noch Prozesse offen. Für viele bietet sich die Möglichkeit des sogenannten Selbst-Exils, eine „Entscheidungsfreiheit“ zwischen Knast und Exil. All diese juristischen Vorgehensweisen bedeuten aber, daß die politischen Gefangenen „wie jeder Kriminelle“ (so die Gefangenen) behandelt werden und die Legitimität des Widerstandes gegen Pinochet nicht anerkannt wird. Während also in den wichtigsten staatlichen Institutionen wie Justiz, Militär, Polizei und Zentralbank die gleichen Leute mit den alten Vorgesetzten und gleichen ideologisch-politischen

Richtlinien arbeiten, während in Bezug auf die Verbrechen und Verbrecher der Militärdiktatur von Straffreiheit und „Versöhnung“ gesprochen wird, während der alte Geheimdienst CNI ins Militär überführt und neue Anti-Terrorkommandos bei der Polizei gebildet werden und weiterhin gefoltert wird und die Militärausgaben um 30 Prozent erhöht werden und ... Währenddessen verbleiben die, die gegen die Diktatur gekämpft haben, im Status von Kriminellen. Um diese Situation zu denunzieren, wurde der Hungerstreik im November von sechs Männern in der *cárcel pública* durchgeführt. Letztendlich, so sagen sie, sind die Würfel für die Bedingungen für die Freilassung allerdings schon gefallen, und so werden sie sich auf Gnadengesuche einlassen müssen, um draußen weiter politisch aktiv sein zu können. Das Exil lehnen einige allerdings ab, so z.B. Cecilia Radrigán, Militante der MIR, und seit mehr als zehn Jahren im Knast: Ihr Kampf sei gerecht gewesen, und sie wollten in der Heimat bleiben. (Ein ausführliches Interview wird demnächst im Angehörigen-Info veröffentlicht werden).

Die Aktion des Hungerstreiks der Männer im November, bei dem auch Gefangene der Demokratie teilnahmen, hat Auswirkungen auf die Mobilisierung der Volksbewegung gehabt. Mit der *transición*, der sog. Überleitung in die Demokratie und den vorhergegangenen Wahlen, hat die Volksbewegung stark abgenommen, Parteien wie die MIR und die sozialistische Partei sind mehrfach gespalten. In dieser Situation schuf der Hungerstreik eine Bewegung der Basis, die in der großen Demonstration vom 12. 11. 91 als dem Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen und der Volksversammlung vom 8. 11. Höhepunkte fand. An der Volksversammlung nahmen 81 soziale und politische Organisationen teil, von Menschenrechtsorganisationen über Nachbarschaftsverwaltungen, Gewerkschaften und Arbeiterföderationen, Studentenorganisationen und Jugendgruppen aus den Poblaciones, Künstlern bis hin zu politischen Parteien. Momentan ist ein Prozeß der Reflexion, der Bestimmung der Ziele und Reorganisation in der sozialen Basis angesagt.

Eine andere Initiative ist der vom 6.—8. 11. abgehaltene Kongreß von fast der gesamten Linken, die nicht im Regierungsbündnis Concertación integriert ist. Dort wurde das MIDA gegründet, die Bewegung der Demokratischen Linken Allende. Dies bedeutet jedoch zunächst nur die Zusammenführung der bereits genannten Zersplittertheit, womit diese nicht aufzuheben ist. Viele der

seit Jahren oder Jahrzehnten Aktiven sind der Meinung, daß dies vielmehr die Zeit der Arbeit in Basisinitiativen ist, um deren Kraft und Einfluß zu stärken.

Ein weiterer Bereich, in dem gearbeitet wird, ist der bewaffnete Kampf. Eine Gruppierung der FPMR, die ebenfalls viele Spaltungen innerlich hat, sowie die Lautaro-Jugendbewegung sind hier aktiv. Einige der Militanten wurden entdeckt, verhaftet und gefoltert. Sie sind heute das, was früher die Kämpfer gegen die Diktatur waren: „Terroristen“. Demzufolge werden sie nicht als politische Gefangene anerkannt, wenngleich sie Sonderbedingungen unterworfen sind — wie in der BRD. Über 70 „Gefangene der Demokratie“ gibt es bereits, von denen die meisten Männer in einem Trakt der *Penitenciaría* in Santiago zusammengelegt sind. Die Frauen sind allerdings auf viele Knäste verstreut, manche sogar in Männerknästen, wo sie sexuellen Angriffen ausgesetzt sind.

Deshalb sind acht Frauen am 9. 12. 91 in einen Hungerstreik getreten. Sie fordern die Zusammenlegung aller politischen gefangenen Frauen und die Freilassung von Marcela Rodríguez. Marcela ist bei ihrer Festnahme vor einem Jahr von mehreren Kugeln getroffen worden, wovon eine noch in ihrer Wirbelsäule steckt. Sie ist deshalb von der Hüfte ab gelähmt und kann lediglich sprechen und die Hände bewegen. Sie ist in der Klinik des Männerknastes in einem Zimmer ohne Sonne und Luft isoliert. Die medizinische Versorgung geht gerade so weit, sie am Leben zu erhalten, um jemanden zu haben, den man verurteilen kann. Ihre Freilassung ist überlebensnotwendig, damit sie sich medizinisch behandeln lassen kann. Erfolgt nicht bald eine positive Antwort der Regierung, so die Hungerstreikerklärung, wird sie sich auch dem Hungerstreik anschließen. Dies wäre für sie lebensgefährlich. Wegen einer schweren Infektion schwebte sie bereits zweimal in Lebensgefahr.

Die Gefangenen der Diktatur erkennen sie alle als politische Gefangene an und unterstützen den Kampf um die Zusammenlegung. Und so ruft Cecilia, seit über zehn Jahren im Knast, am Ende des Interviews nochmals die internationale Öffentlichkeit auf: „Sowohl für sie (die neuen Gefangenen) als auch für uns, die wir uns heute noch im Knast befinden, ist es wichtig, ihre Petitionen zu unterstützen, die der Zusammenlegung, der würdigen Behandlung und Anerkennung als politische Gefangene. Und in unserem Fall weiterhin Druck zu machen und unsere Freiheit zu fordern.“ — (J., Mapuche-Informationszentrum Freiburg)

Sie müssen endlich Wiedergutmachung leisten!

Mehr als 50 hannoversche Betriebe beuteten im Faschismus Zwangsarbeiter aus

Über 50 Betriebe in Hannover haben im Faschismus Zwangsarbeiter ausgebeutet. Außerdem gab es sieben Konzentrationslager, die als „Außenkommandos“ dem Konzentrationslager Neuengamme unterstellt und einem Industriebetrieb angegliedert waren. Seit 1943 bestand in Stöcken ein Konzentrationslager auf dem Betriebsgelände der Firma Akkumulatorenfabrik (AFA, heute Varta), wo Batterien für U-Boote und Torpedos produziert wurden. 1944 wurden weitere KZs errichtet: In Ahlem, wo Häftlinge für die Produktion der Continental Gummi-Werke und der Maschinenfabrik Niedersachsen Hannover (MNH) frühere Asphaltgruben ausbauten und in Limmer zur Gasmaschenproduktion bei Continental eingesetzt wurden; in Langenhagen wurden weibliche Häftlinge in der Flugzeugreparatur bei den Brinker Eisenwerken ausgebeutet, und in Misburg leisteten die Häftlinge nach den Luftangriffen

Aufräumungs- und Reparaturarbeiten bei der Erdölraffinerie Deurag-Nerag. 1945 wurde in Hannover-Linden ein KZ in einem Teil der Baracken des Zwangsarbeitslagers auf dem Mühlenberg eingerichtet. Es waren KZ-Häftlinge, die bei der Firma Hanomag in der Geschützproduktion eingesetzt wurden. Hinter dieser nüchternen Aufzählung verbergen sich Schicksale von tausenden von Zwangsarbeitern, die ohne Entlohnung unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten mußten, schwer erkrankten, starben, erschossen und erhängt wurden. Erinnert sei auch an Zusammenschluß und Widerstandsaktionen der KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter. Diejenigen, die überlebten, leiden noch heute unter den physischen, psychischen und finanziellen Folgen. Die hannoverschen Unternehmen übernehmen keine Verantwortung dafür und haben tausende von Zwangsarbeitern nicht entschädigt.

Wie halbherzig die Wiedergutmachungsgesetzgebung von Anfang an war, belegt die lange Geschichte der Novellierungen. Eine ihrer wesentlichen Grundsatzentscheidungen war, die Beweislast für den erhobenen Anspruch dem Geschädigten zuzuschreiben und ihn zum Antragsteller zu machen. In der bisherigen Wiedergutmachungspraxis wird für einen Tag im Konzentrationslager 5 DM Entschädigung zugestanden. Dies gilt aber nur unter der Voraussetzung, daß der Geschädigte den konkreten Ort und die Zeitdauer nachweisen kann. Mit dem Entwurf des 2. Gesetzes zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes von 1964 werden Lager, Strafeinrichtungen und Haftstätten ausgrenzt, in denen aus ganz Europa zur Zwangsarbeit in das faschistische Deutschland verschleppte Zivilpersonen festgehalten wurden. Zwei Gruppen möglicher Anspruchsberechtigter werden aus der Diskussion gehalten: ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und ehemalige Häftlinge von den Lagern im Bereich des Reichsjustizministeriums (bis auf die Strafgefangenen im Emsland).

Continental

Nach offiziellen Angaben beschäftigte die Continental AG bereits 1943 über 4500 ausländische Zwangsarbeiter und über 900 Kriegsgefangene. Aus der Firmenkorrespondenz geht hervor, daß sich Generaldirektor Dr. Fritz Könecke über den NS-Gauleiter Lauterbach im Juli 1942 direkt an den „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, Fritz Sauckel wandte, um Zwangsarbeiter für das Werk Korbach zu erhalten — mit sofortigem Erfolg.

Bei Kriegsende wurden dem Internationalen Roten Kreuz lediglich vier firmeneigene „Zivilarbeitslager“ mit einer Belegstärke von rund 3200 Personen gemeldet: In Vahrenwald das Lager Büttnerstraße, in dem 2000 ausländische Zwangsarbeiter, darunter Franzosen, Niederländer und Sowjetbürger untergebracht waren, sowie ein Lager in den Fabrikgebäuden in der Vahrenwalder Straße mit etwa 800 ausländischen Zwangsarbeitern. In List unterhielt die Continental Gummiwerke AG das Lager „Rosengarten“, Biester Straße, in Limmer das Lager „Am Lindener Hafen 38“. Im Lager „Büttnerfeld“ waren u.a. französische Zwangsarbeiter, im Lager Halkettstr. aus der Sowjetunion zwangsverschleppte Frauen, im der faschistischen Arbeitsfront unterstellten „DAF-Gemeinschaftslager“, Großer Kolonnenweg, mit 2000 Personen, waren französische, polnische, sowjetische Zwangsarbeiterinnen untergebracht. Im Lager „Conti-Limmer“ waren u.a. niederländische, im Conti-Lager Stöckener Straße französische Zwangsarbeiter untergebracht. Über die Zahl der ausländischen Kriegsgefangenen bzw. italienischen Militärinternierten, die in den Continental-Gummiwerken eingesetzt wurden, gibt es keinen Überblick. Nachweislich waren Kriegsgefangenenarbeitskommandos aus dem Stalag XI B Fallingb., die in Kaltenweide stationiert waren, bei Continental im Zwangsarbeitseinsatz, in der Schule Alemannstraße waren u.a. italienische Militärinternierte untergebracht, die ebenfalls bei Continental arbeiten mußten.

1971 erklärten die Continental Gummiwerke gegenüber der Entschädigungskammer des Landgerichts Köln, nachdem sie auf den Verlust aller Unterlagen aus der Kriegszeit hingewiesen hatten, daß ihr Barackenlager beim

Werk Stöcken von der Gestapo zur Einrichtung eines KZ beschlagnahmt worden sei. Die Schilderung widerspricht der üblichen einvernehmlichen Übereinkunft zwischen SS und Unternehmen, die der Einrichtung von KZ-Außenlagern.

Es kann nur als Zynismus bezeichnet werden, daß die offizielle Firmengeschichte der Continental den Titel trägt: „Continental 1871—1971: Ein Jahrhundert Fortschritt und Leistung“ und es dort heißt: „Es erfüllt die Werksleitung mit besonderer Befriedigung, daß sich aus dieser zwangsweisen Beschäftigung von Ausländern für die Continental keinerlei Verfahren ergeben haben“. Wie sehr der Firma Continental daran gelegen ist, nicht in Verbindung mit der Ausbeutung von tausenden von

Zwangsarbeitern gebracht zu werden, bezeugt die Auseinandersetzung um die Errichtung eines Gedenksteins an der Stelle des ehemaligen KZ Limmer auf dem Gelände der Continental. Auf der Inschrift sollten die Continental Werke erwähnt werden. Die CDU im Bezirksrat lehnte dies ab und Continental drohte gerichtliche Schritte an. Erst vor ca. fünf Jahren wurde der Gedenkstein errichtet. Die Inschrift lenkt von den tatsächlich heute noch Verantwortlichen ab: „... Viele hundert Frauen — vor allem französischer, sowjetischer und polnischer Nationalität wurden hier unter unmenschlichen Bedingungen in Baracken gefangengehalten und von den damals Verantwortlichen zur Kriegproduktion im benachbarten Continental-Gummiwerk und in den Brinker Ei-

senwerken gezwungen ... Continental hat keinen Zwangsarbeiter je entschädigt.“

Varta

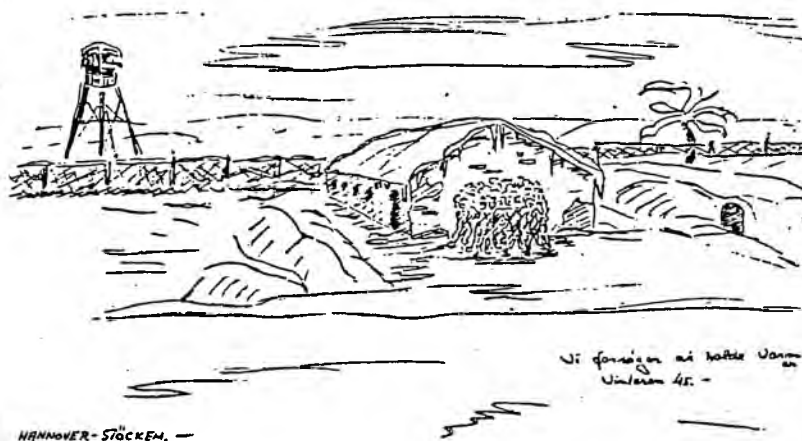
Die AFA hat 1966 einem ehemaligen polnischen Häftling aus dem KZ Stöcken-Akku auf die Forderung nach Entlohnung für geleistete Arbeit folgendes geantwortet: „Soweit einem alten Mitarbeiter unseres Hauses noch einnehmlich, ist für diese Arbeit auch ein bestimmter Betrag pro Person an das Lager in Neuengamme bezahlt worden.“

VW

Anfang September dieses Jahres hat der VW-Konzern erklärt, daß er ehemalige Zwangsarbeiter, die im Faschismus in Wolfsburg im Volkswagen-Konzern arbeiteten, nicht entschädigt. Ein Wolfs-

burger Initiativkreis hat mehr als zwei Jahre lang mit dem VW-Vorstand über die Entschädigungen verhandelt. Zehntausende von Zwangsarbeitern sind unter schlimmsten Bedingungen in den Automobilwerken ausgebeutet worden. Der Initiativkreis hat deshalb VW vorgeschlagen, mit rund 30 Millionen DM eine Stiftung zu gründen, die allen Betroffenen als Geste der Versöhnung eine pauschale Entschädigung zahlen solle. VW hat dies in einem Brief an die Initiativgruppe mit der Begründung abgelehnt, erstens nicht rechtlich verpflichtet zu sein und zweitens keine Möglichkeit zur genauen Feststellung der einzelnen Ansprüche zu haben.

Quellen: Obenaus, Konzentrationslager in Hannover, 1985; Heimatgeschichtl. Wegweiser, VVN 1986; Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP), 1990 — (anr)



Außenlager Hannover-Stöcken: Häftlinge, die an Tagen, an denen nicht gearbeitet zu werden brauchte, von den Kapos aus Schikane vor die Baracke getrieben wurden. Text: „Wir versuchen, uns gegenseitig warm zu halten. Winter 45“. (Zeichnung des dänischen Häftlings E. Tanne aus dem Jahr 1966. Aus: H. Obenaus, „Konzentrationslager in Hannover“)

Und die Täter?

Während die Opfer des Faschismus auch heute noch um eine Entschädigung bzw. um eine moralische Anerkennung des erlittenen Unrechts und um einen finanziell halbwegs abgesicherten Lebensabend kämpfen müssen, hatten und haben es die Täter, die Mörder und Nutznießer des Faschismus leichter.

Namen wie Prof. Dr. Theodor Oberländer oder Dr. Hans Maria Globke belegen, daß ehemalige Nazis bis in höchste Staatsämter gelangen konnten.

Die Karriere in der faschistischen Wehrmacht wurde dabei auf die Rente ebenso angerechnet, wie zum Beispiel die Dienstjahre des obersten NS-Blutrichters Freisler, der als Präsident des NS-Volksgeschichtshofs für die Ermordung hunderter Nazigegner verantwortlich war. „Die Aufgabe des Volksgeschichtshofes ist es nicht, Recht zu sprechen“, so die Auffassung der NS-Juristen, „sondern, die Gegner des Nationalsozialismus zu vernichten“.

Freislers Witwe erhält heute unbeanstandet hohe Versorgungsbezüge, da der 1945 bei einem Luftangriff umgekommene Freisler nach Ansicht der bayerischen Landesregierung „nach dem 8. Mai 1945 entweder als Rechtsanwalt oder als Beamter des höheren Dienstes tätig geworden“ wäre.

Damit würde Freisler keine Ausnahme darstellen. Auf allen Ebenen der Justiz wurden die Nazi-Juristen wieder in Amt und Würden gesetzt. Sein Kollege Heinz Oelze, erster Staatsanwalt am Volksgeschichtshof, konnte z.B. nach 1945 als Sozialgerichtsrat am Sozialgericht Hannover wirken und weiter für den Erwerb einer erklecklichen Pension arbeiten.

Da störte es auch nicht, daß der Landgerichtsdirektor Kurt Bellmann für mindestens 117 politische Todesurteile verantwortlich war. Unter anderem war er als vorsitzender Richter beteiligt an dem Todesurteil für den katholischen Priester Karl Kratina, weil dieser eine Totenmesse für einen vom Volksgeschichtshof verurteilten und hingerichteten Tschechen gelesen, gegen Gewalt und Gottlosigkeit gepredigt und über schwere Mißhandlungen an Juden in Theresienstadt berichtet hatte. In der Tschechoslowakei als Kriegsverbrecher zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, wurde Bellmann nach seiner 1955 erfolgten Entlassung in die Bundesrepublik (als „Nichtamnestierter“) wieder in seiner Position als Landgerichtsdirektor in Hannover eingesetzt.

Oder der Landgerichtsrat am Sondergericht Weimar, Gerhard Blankenburg. Er verurteilte 1944 den Büroboten Georg Hopfe zum Tode, weil er bei Aufräumarbeiten nach einem Fliegerangriff aus einer Wohnung eine angebrochene Flasche Parfüm und ein halbes Pfund Wurst entwendet hatte. Nach 1945 wurde er Landgerichtsrat in Hannover.

Eine politisch bedeutendere Karriere machte Alexander von Döhlen, der in den 60er Jahren Ministerialdirigent im niedersächsischen Justizministerium war. Seiner Karriere tat es keinen Abbruch, daß er in der Zeit des Faschismus als Landgerichtsrat am Sondergericht Oldenburg tätig und an mehreren Todesurteilen wegen geringfügiger Diebstähle beteiligt war. In dem Fall Käte Popken wandte er sogar ein Gesetz rückwirkend an, um sie wegen Abtreibung, Unzucht und Kuppelei zum Tode verurteilen zu können.

Insgesamt konnten nach 1945 mindestens 35 Juristen, deren Namen und Funktionen in der Nazi-Zeit bekannt sind, allein in Hannover wieder ihre Tätigkeit im Justizbereich aufnehmen. Dabei handelt es sich noch nicht einmal um eine Ausnahme oder einen Zufall.

Systematisch wurden Alt-Nazis in die Justiz und darüberhinaus in den öffentlichen Dienst insgesamt wieder eingegliedert. Bereits 1951 erließ der Bundestag ein Gesetz zum Artikel 131 des Grundgesetzes, das die bis dahin schon unzureichende Entnazifizierung im öffentlichen Dienst wieder rückgängig machte. Fast alle ehemaligen Beamten, die durch ihre Tätigkeit für den NS-Staat belastet waren, mußten (in ihrem früheren Dienststrang) wieder eingestellt werden. Das Gesetz schrieb sogar Quoten sogenannter 131er vor, die vor der Einstellung anderer/jüngerer Bewerber erreicht sein mußten. Viele Dienststellen wurden infolgedessen von alten Nazis bzw. deren Mitläufern geleitet und geprägt, was sich für das Demokratieverständnis der Bundesrepublik auswirken sollte.

Kein Wunder also, wenn auch Gestapo-Leute und SS-Führer in Polizei- und Verfassungsschutzämtern einrückten und ihre „Erfahrungen“ einbrachten. In Hannover war der SS-Obersturmbannführer und Kommandeur eines SS-Polizeiregiments, Fritz Grandke, beispielsweise bis 1965 Leiter der niedersächsischen Bereitschaftspolizei. Der SS-Hauptsturmführer Hermann Ahlhorn, seit 1933 NSDAP-Mitglied, versah sei-

nen Dienst als Polizeikommissar. Für die Ausbildung junger Polizeibeamter war Oswald Espey als Leiter der Landespolizeischule Niedersachsen zuständig. Seine „Qualifikation“ erwarb er vor 1945 als Gerichtsoffizier des SS-Polizeigerichts in Düsseldorf, beim Reichssicherheitshauptamt und als Gendarmeriekommandeur in Riga und Danzig.

Selbst der Einsatz bei der von den Nazis propagierten „Endlösung der Judenfrage“ in Warschau und Lodz waren kein Hindernis für eine Polizeikarriere: Der ehemalige SS-Sturmabführer und in der polnischen Kriegsverbrecherliste aufgeführte Dr. Walter Zirpins wurde nach 2-jähriger Internierung schnell zum Leiter der Kriminalpolizeistelle Hannover, bzw. später Leiter des Landeskriminalamtes Niedersachsen im Range eines Oberregierungsrates.

Der „Schutz“ der Verfassung wurde u.a. Walter Odewald anvertraut. Er war als Oberregierungsrat im niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz tätig und verdiente seine ersten Meriten als SS-Sturmabführer im Führungsstab des SD in Paris und Prag.

Bei derartigen „Kontinuitäten“ mag es fast profan anmuten, zu erwähnen, daß die Mitgliedschaft in der SA kein Hemmnis für die „steile, außergewöhnliche Karriere“ des späteren hannoverschen Oberstadtdirektors Rudolf Koldey war. Lediglich „an 120 Silben Stenographie wäre der erste Verwaltungschef im Rathaus in seinen Anfängen beinahe kläglich gescheitert.“ (HAZ)

Auch die direkten Profiteure der Zwangsarbeit, die Führungseliten der Wirtschaft, nahmen wieder ihre Positionen ein. Da störte es nicht, daß der ehemalige Kommissar des Reichswirtschaftsministeriums für die Aussig-Falkenau-Werke in der CSR, Hans Kugler, im Nürnberger IG-Farben-Prozess angeklagt und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Als Vorstandsmitglied war er der in Seelze ansässigen Riedel de Haen AG ebenso willkommen wie als Mitglied des Hauptausschusses des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. in Frankfurt/Main. Die Wehrwirtschaftsführer Georg Gräbner, Heinrich Wisselmann, Otto Realeaux und Otto Merker nahmen in Hannover wieder ihre Positionen als Geschäftsführer, Aufsichtsratsmitglieder bzw. Aufsichtsratsvorsitzende bei der Vereinigung der Holzhandelsverbände, der Rhein Stahl Hanomag AG, der Kali-Chemie Engelhard-Katalysatoren GmbH und der Marsfeld-AG für Bergbau- und Hüttenbetrieb ein. Realeaux und Merker wurden gar mit dem Bundesverdienst-

kreuz ausgezeichnet. Besondere Auszeichnungen erfuhr in Hannover auch der Schokoladenfabrikant Dr. Bernhard Sprengel. Ihm wurde als Drittem die Ehrenbürgerschaft der Stadt verliehen, nachdem er der Stadt Hannover eine zugebenermaßen bedeutsame Kunstsammlung übereignet hatte. Später wurde auch das eigens dafür erbaute Museum nach ihm benannt, da es „ihm vergönnt gewesen sei, Gutes, Wichtiges, vielleicht Bleibendes zu tun.“ (HAZ) Ausdrücklich wurde seine Tätigkeit nach 1945 gewürdigt. Seine Tätigkeit als Mitglied der faschistischen Reichswirtschaftskammer war ebenso wenig eine Bemerkung wert wie die Tatsache, daß das Sprengelwerk zum ersten national-sozialistischen Musterbetrieb Hannovers gekürt worden war.

Mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet wurde einer der Männer, die direkt an der Ausbeutung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in den Continental-Werken Hannover beteiligt waren: Dr. Fritz Könecke, seit 1934 Mitglied und von 1938 bis 1945 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Continental Gummiwerke. Der Lageplan für die Einrichtung eines Konzentrations-/Arbeitslagers für das Werk Nordhafen wurde von der Bauabteilung der Conti entwickelt und trägt die Unterschrift Könecks. Unter seiner Führung beteiligte sich die Continental an der Aufteilung der von der faschistischen Wehrmacht geraubten „Beutegüter aus dem Osten“ und der „Wehrhaftmachung“ des Heeres (nicht ganz uneigennützig: Hauptabnehmer für Kautschuk war die Wehrmacht).

Symptomatisch für die Kontinuität der Eliten in Verwaltung, Wirtschaft und Justiz ist die Reaktion der Continental-Werke auf eine Initiative Jan Philipp Reemtsmas, der Betriebe, die von der Ausbeutung der Zwangsarbeiter/innen profitierten, um eine Unterstützung für den Aufbau einer Gedenkstätte für das KZ Neuengamme bat. Nach anfänglichem Leugnen der Beteiligung der Continental am Aufbau des Konzentrationslagers bzw. der Ausbeutung der Zwangsarbeiter/innen heißt es in einem zweiten Schreiben, daß die Häftlinge „im Jahre 1944 direkt aus den Lagern Auschwitz bzw. Ravensbrück gekommen sein sollen. Der Bezug zum Lager Neuengamme kann also allenfalls verwaltungstechnischer Art gewesen sein.“ Kaltschnäuzig schließt der Brief: „Aus diesem Grunde halte ich daher eine Beteiligung unseres Unternehmens an einer Gedenkstätte am Standort Hamburg-Neuengamme für wenig sinnvoll.“ — (klh)

Abschiebungen drohen

Roma protestieren gegen Grenzübertrettsbescheinigungen

Köln. In Nordrhein-Westfalen haben über 100 Romafamilien, das sind mehr als 1000 Menschen, Grenzübertrettsbescheinigungen erhalten. Sie müssen im Januar die BRD verlassen, sonst droht die Abschiebung nach Jugoslawien.

Aus Protest gegen diese Maßnahmen der Landesregierung besetzten etwa 120 Roma am 10. Dezember das Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland in Düsseldorf. Die Landeskirche sagte zunächst zu, nichts gegen die Besetzung zu unternehmen und keine Polizei einzusetzen, denn sie unterstützt die Forderung der Roma nach Bleiberecht und nach moralischer und materieller Anerkennung der Nazi-Verbrechen an den Roma. Am 18. Dezember ließ die Kirche die Besetzer von der Polizei räumen. Sie erklärte die Besetzungsaktion nicht nur für „falsch“, sondern auch für „unverständlich“, es drohe nach Kenntnis der EKIR nämlich keine unmittelbare Abschiebung. Die Verantwortlichen in der EKIR begründen die Räumung u.a. damit, daß durch die Besetzungsaktion „der Bleiberechtsfrage Schaden zugefügt“ worden sei. Zudem sei die Besetzungsaktion gefährlich. Die Gründe, die die Kirche für die Räumung aufführt, sind zynisch: Zum einen seien einige der Roma krank — daß sie normalerweise in schlechteren Unterkünften leben müssen als im Landeskirchenamt, scheint der Kirche nichts auszumachen. Zum zweiten drohe bei Anwesenheit so vieler Roma im Landeskirchenamt eine Provokation von außen — im Klartext: Nazis könnten sich ermuntert fühlen, das Landeskirchenamt zu belästigen. In Anbetracht solcher Belästigungen durch Roma ergreifen die Christen die Initiative, beauftragten einen Gerichtsvollzieher mit der Räumung, der wiederum die Polizei als Amtshelfer einsetzte.

Am 16. Dezember führten der Kölner Rom e.V. gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat und dem Jüdischen Forum Köln eine Pressekonferenz durch, die sich gegen die drohende Ausweisung wandte. Dort bekräftigten sie noch einmal die Gründe für ihre Forderungen:

„1. Wir erinnern noch einmal eindringlich daran, daß die Mehrheit der Romafamilien ... mit Jugoslawien nichts mehr zu haben, weil sie seit Jahrzehnten in Westeuropa umhergetrieben werden und alle ihre Kinder hier geboren wurden. Sie sind — wie es die Landesregierung noch 1990 öffentlich zugab — im Grunde Staatenlose.“

2. Selbst nach den eigenen Vorhaben der Landesregierung sollten ab 31.12.91 nur diejenigen Menschen abgeschoben werden, die ursprünglich angeblich aus Makedonien kommen und denen das sogenannte Reintegrationsprojekt in Skopje angeboten wurde. Dieses Ghettoprojekt hat sich als ein dilettantisches

inszeniertes Potemkinddorf entlarvt. Hinter den schmucken Barackenkulissen Elend, Bedrohung und absolute Perspektivlosigkeit, wie alle Berichte von Besuchern bezeugen. Eine Abschiebung der Roma ... kommt einer Abschiebung in den Bürgerkrieg gleich ...

3. Allen Roma, die nach Angaben der Landesregierung gar nicht aus Makedonien kommen, müßten erst einmal ebenfalls Projekte wenigstens angeboten werden, bevor sie nach der Logik der Landesregierung bei einem Nein abgeschoben werden können. Solche Projekte etwa in Kroatien, Serbien oder Bosnien sind auf lange Zeit absurd ...

4. Die CDU-regierten Bundesländer Baden-Württemberg und Berlin haben seit Juli '91 einen generellen Abschiebestopp nach Jugoslawien: im SPD-regierten NRW wird nicht unentwegt in dieses Bürgerkriegsland abgeschoben, sondern soll jetzt sogar für alle Roma (sofern sie nicht noch im Asylverfahren sind) Schluß sein ...

Was haben selbst der Landesregierung wohlgesonnene Kommentatoren in Skopje entdeckt? „Eine Insel des Komforts“ im Meer des Elends, einen „Fremdkörper im Slum“! In der Tat: das Angebot ist so seriös und überzeugend, als wollte man Menschen, die sich mit Mühe von der tosenden See auf festes Land gerettet haben, dazu überreden, auf einen lecken Dampfer mit Schlagseite, dem die Kohle ausgeht, zurückzukehren ...

Die Landesregierung mutet den Roma die Rückkehr in Verhältnisse zu, für deren Entwicklung und damit für die Chancen ihres Projektes sie noch nicht einmal auf zwei Monate hinaus Verantwortung übernehmen kann ...

In diesem Szenario sich überstürzender Ereignisse und Katastrophen stellt sich Staatsminister Clement hin und verkündet blauäugig: Das Projekt sei „klug, vernünftig und seriös“, und er hat die Chuzpe, den Roma Arbeitsplätze zu garantieren (!), in einem Land, in dem schon im September 30% der Mehrheits- und 80% der Romabevölkerung ohne feste Arbeit waren ... (Inzwischen kehren bereits Familien aus Skopje zurück, die im Oktober dorthin ausgeflogen worden sind, d. Red.)

Warum das Projekt trotzdem verteidigt wird ... Die NRW-Landesregierung gewinnt ein humanistisches Image für die vor einem Jahr beschlossene Abschiebung — nach ihrem Wortbruch. Die makedonische Regierung hofft auf Investitionshilfen aus der BRD, wenn sie das Roma-Problem NRW zu lösen hilft. Die Caritas hat, auch wenn das Projekt scheitert, schon jetzt gewonnen: mit Landesmitteln finanzierte Büros und Mitarbeiter als Stützpunkte katholischer Politik in einem zu 98% nicht-katholischen Land.“ — (uld)

Aktion gegen Asylpolitik am Tag der „Nächstenliebe“

München. Das Antifaschistische Komitee — Stoppt die Schwarzbraune Sammlungsbewegung führte am 24.12.1991 mit Transparent, Tafeln und Flugblättern eine Aktion gegen die Asylpolitik in der Bundesrepublik durch. In einer Presseerklärung heißt es: „Wir wollen insbesondere auf die Vorgänge in der Blumenschule eingehen. Wir empfinden es als Skandal, daß es die CSU/CDU mit ihrer Hetze von der ‚multikriminellen Gesellschaft‘ geschafft hat, in den Köpfen der Menschen Gedanken festzusetzen, daß Asylbewerber als Gefahr für ihre Kinder anzusehen sind, daß sie, wie in diesem Fall, als potentielle Triebkräfte gesehen werden. Die Mordeschüler haben sich ebenso geäußert. Wir empfinden es als einen Skandal, daß deshalb Wachleute eingestellt werden und nicht etwa zum Schutz der Asylbewerber ...“ — (dil)

Gewerkschaft HBV veranstaltet Fest gegen Rassismus

München. Das Fest am 20.12. in einem Münchner Jugendfreizeithaus war verbunden mit vier inhaltlichen Beiträgen und Szenarien, in denen HBV-Jugendliche ganz gut rassistische Vorurteile und das Verhalten der Vertreter des Staatsapparates aufdeckten. Der Sprecher des Kurdistan-Komitees bezog sich auf die Entwicklung in der BRD, in der die Opfer zu Tätern gemacht werden. Die Vertreterin des Bayerischen Flüchtlingsrates, L. Schlumberger-Dogu, schilderte die Auswirkungen der neuesten Flüchtlingspolitik. Der Beitrag der Vertreterin vom HBV-Ortsvorstand und der Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, D. Rüdenburg, bezog sich auf die Deregulierung und Ausländerhetze in den Münchner Berufsschulen. Der Vorsitzende der Ortsverwaltung HBV München, Chr. Höhn, rief in seinem Beitrag dazu auf, alles zu tun, um in den Betrieben und Gewerkschaften Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu bekämpfen. — (dar)

Prozeßwelle gegen Abschiebungsgegner

Hamburg. Am 6.1.92 findet ein Prozeß statt, der sich gegen öffentliche Proteste gegen die Asylpolitik in der Bürgerschaft am 24.4.1991 richtet. An jenem Tag war dort auf CDU-Antrag über das Asylrecht und das von Politikern häufig benutzte Gespenst der „Asylantenflut“ diskutiert worden. Eine Gruppe protestierte während der Debatte gegen die Abschiebepolitik Hamburgs, rief Parolen und entrollte Transparente mit der Aufschrift „Asylrecht ist Menschenrecht“, „keine Abschiebung der Familie Simsek“. Alle Beteiligten erhielten Strafbefehle über 15 bis 100 Tagessätze, gegen einen Teilnehmer wird jetzt der erste Prozeß geführt.

— (Komitee gegen den imperialistischen Krieg)

„Asylorganisationsgesetz“: Perfekte Menschenschieberei

Stuttgart. Am 12.12.91 verabschiedete der baden-württembergische Landtag mit den Stimmen der CDU, FDP und SPD ein „Asylorganisationsgesetz“, das die von den gleichen Parteien am 10. Oktober in Bonn ausgehandelten Verschärfungen des Asylrechts umsetzen soll. Die zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber (ZaSt) in Karlsruhe soll künftig vor allem als „zentrale Steuerungs- und Verteilungsinstitution“ fungieren, wo die Asylbewerber „vorsortiert“ (Schlee) werden. Diejenigen, deren Anträge „offensichtlich unbegründet“ sein sollen, werden an vier „Asylbezirksstellen“ weitergeleitet. Dort werden jeweils auch gleich Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, eine Ausländerbehörde des Landes sowie eine auswärtige Kammer des nächsten Verwaltungsgerichtes untergebracht. Diese Kammern führen Schnellverfahren mit Einzelrichtern durch. Nach dem „Parteienkompromiß“ sind dagegen keine Rechtsmittel mehr möglich. Nach Ablehnung des Asylantrags erfolgt innerhalb einer Woche die Abschiebung. Jene Asylbewerber, deren Anträge in Karlsruhe nicht als „offensichtlich unbegründet“ „eingeschätzt“ werden, werden an zwei Bezirksstellen in Karlsruhe selbst (Außenstelle der ZaSt) und Göppingen gebracht. Von dort werden sie dann nach einer Anhörung durch das Bundesamt entweder in Sammelager des Landes oder in die Gemeinden verschickt. Das „Asylorganisationsgesetz“ organisiert die völlige Entrechtung und gesellschaftliche Isolierung der Flüchtlinge und soll deren Unterstützung durch Asyl- und Solidaritätsgruppen verhindern. — (rac)

Tagung zu Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

Hannover. Am 15.12.91 veranstaltete das Ethno-Medizinische Zentrum (EMZ) eine Tagung „Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ im Pavillon, zu der ca. 300 Leute aus Gruppen, Initiativen und Behörden aus Niedersachsen kamen, die mit Rassismus konfrontiert werden. Die Ärzte stellten fest, daß Umstellung der Essgewohnheiten, des Zeitgefühls und des Lebensrhythmus für Flüchtlinge Streßfaktoren sind. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit machen krank. Ca. 40% der ausländischen Patienten leiden unter psychosomatischen Krankheiten. In einer Resolution fordern die Teilnehmer der Tagung ein Einwanderungsgesetz und eine Ausländerpolitik, die Chancengleichheit garantiert. Zum Abbau psychischer Belastungen sei eine gesicherte Unterstützung für Beratungsstellen notwendig. — (anr)

Druck auf Flüchtlinge durch Streichung der Sozialhilfe

Essen. Obwohl führende Repräsentanten der Stadt eine Plakataktion „Solidarität mit Ausländern und Flüchtlingen“ unterstützt haben, setzt die Stadtverwaltung ihre Politik gegen Asylbewerber fort. U.a. wurde Flüchtlingen die in Essen noch bar ausgezahlte Sozialhilfe gestrichen, um sie zu zwingen, Umverteilungsbescheiden in andere Städte nachzukommen. Dabei scheut die Stadt auch keine Verschiebungen in die ehemalige DDR, obwohl das OVG Münster zumindest Umverteilungen nach Sachsen ausdrücklich aussetzte. In einem Offenen Brief fordert das Bündnis „Pro Asyl — Essen gegen Rassismus“, die Nichtzahlung von Sozialhilfe nicht länger als Druckmittel einzusetzen. — (wof)



Düsseldorf. Nach sechs Monaten lösten die Roma aus Nordrhein-Westfalen das Protestlager unter der Rheinbrücke vor dem Landtag auf und verbrannten die Überreste des Lagers wegen des drohenden Rheinhochwassers. Obwohl die Roma inzwischen Unterstützung für das Bleiberecht aus der SPD und den Kirchen erhalten, will die Landesregierung im Januar mit Abschiebungen beginnen. — (uld, Bild: at/mz)

Bürger beobachten die Geheimdienste

Aktionsbündnis in Bayern wehrt sich gegen zunehmende Bespitzelung

München. Unter Trägerschaft der SPD Bayern, der Grünen Bayern, der ÖTV Bayern, der Fraktion der Grünen im Bayer. Landtag, der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen, der Humanistischen

Union Landesverband Bayern, Richter und Staatsanwälte in der ÖTV u.a. hat sich in München ein Aktionsbündnis „Bürger beobachten die Geheimdienste“ gebildet. Nachfolgend veröffentlichen wir aus der verbreiteten Erklärung.

Wir sind ein überparteilicher Zusammenschluß von Einzelpersonen und Vertretern verschiedener Gruppierungen in Bayern, die bisher schon in dem „Aktionsbündnis gegen den Unterbindungsgewahrsam“ und „Wer schützt uns vor dem Staatsschutz“ zusammengearbeitet haben. Wir haben uns vorgenommen, BürgerInnen beizustehen, deren Grund- und Menschenrechte durch Übergriffe der Geheimdienste verletzt werden.

Die klassischen Geheimdienste sind der Verfassungsschutz, der Militärische Abschirmdienst und der Bundesnachrichtendienst. Wie ein Geheimdienst arbeiten aber auch bestimmte Spezialabteilungen — wie der Staatsschutz und andere abgeschottete Polizeieinheiten —, wenn sie sich geheimdienstlicher Methoden bedienen. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie verdeckt und unerkannt arbeiten, es darauf anlegen, nicht erkannt zu werden, unter falschem Namen und mit falschen Papieren auftreten, BürgerInnen abhören, sie beobachten, fotografieren und filmen, sich sogenannter V-Leute und verdeckter Ermittler bedienen.



Die Macht der geheimdienstlichen Tätigkeit ist beträchtlich. Sie hat noch erheblich zugenommen, seitdem es die elektronische Datenverarbeitung gibt. In Ihren vernetzten Daten finden sich Informationen über Millionen BürgerInnen. Man schätzt, daß mindestens 10

Prozent der Wohnbevölkerung aus den alten Bundesländern (also in Bayern mehr als 1 Million Menschen) allein in den Polizeicomputern erfasst sind, zu denen die Geheimdienste Zugriff haben.

... Alle Geheimdienst-Skandale der westdeutschen Nachkriegsgeschichte — wie das Celler Loch, die Traube-Ahlf-Affäre oder die kriminellen Manipulationen im Schmücker-Prozeß bis hin zum jüngst bekannt gewordenen BND-Panzerskandal, sind nicht durch die vorgesehenen gesetzlichen Kontrollinstanzen aufgedeckt worden, sondern durch Zufälle, Indiskretionen und eine funktionierende Öffentlichkeitsarbeit.

Ein Stück dieser Öffentlichkeit wollen wir organisieren und mit unserer Arbeit Bürgerinnen und Bürgern helfen, den Alltag der Geheimdienste durchsichtiger zu machen ...

Wir treffen uns einmal im Monat. Jeder Bürger und jede Bürgerin, die glauben, daß sie Objekte geheimdienstlicher Tätigkeiten sind, können sich schriftlich an uns wenden.

Anschrift: SPD Bürgerbüro, Gietlstr. 18, 8000 München 90. — (ecg)

„Im Zweifel für die Unfreiheit“

Geldstrafe im Fahnenflucht-Prozeß

Flensburg. Während des Golfkrieges verbreitete die Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner und der Jugendclub COURAGE in Plakaten und Flugblättern einen Aufruf folgenden Inhaltes: „Verweigert den Kriegsdienst, verlaßt die Armee! Laßt euch nicht zum Kanonenfutter für eine verfehlte Politik machen — denn ihr werdet es sein, die als erste für Großmachtambitionen den Kopf hinhalten müssen. Wenn ihr den Befehl bekommt, in einen Krieg irgendwo auf der Welt zu gehen, dann sagt NEIN und begeht Fahnenflucht! Das heißt gemäß Artikel 4 Absatz 3 unseres Grundgesetzes: Auch ein Soldat kann den Kriegsdienst verweigern — jederzeit!“ Der Landessprecher der DFG und zugleich presserechtlich Verantwortlicher dieses Aufrufs, Dr. Ralf Cüppers, wurde jetzt angeklagt, öffentlich zu einer strafbaren Handlung aufgerufen zu haben. Das Gericht verurteilt ihn zu einer Geldstrafe von 3000 DM.

Das Interesse an diesem Prozeß war relativ groß. Mit einer Veranstaltung in der St. Nikolai-Kirche, an der auch zwei Soldaten in Uniform teilnahmen, einer Flugblatt- und Plakataktion und einer Unterschriftensammlung unter den in Frage gestellten Aufruf wurde für den Prozeßtermin mobilisiert. Die Unterzeichner des Aufrufs erklärten zu-

gleich, „auch bei künftig vorgesehenen rechtswidrigen Einsätzen von Bundeswehrsoldaten außerhalb des vom Grundgesetz vorgesehenen Rahmens z.B. im innerjugoslawischen Bürgerkrieg ähnlich lautende Aufrufe“ veröffentlichen zu wollen. Zum ersten Prozeßtag erschienen fast 30 Zuhörer, mehr als der Verhandlungsraum aufnehmen konnte.

Die Staatsanwaltschaft hielt den Tatbestand des § 111 StGB allein mit der Erwähnung des Begriffes „Fahnenflucht“ für gegeben. Ausführungen des Verteidigers über die Verfassungswidrigkeit des Bundeswehreininsatzes am Golf interessierten den Richter ebenso wenig wie die Hinweise, daß Soldaten und MAD den Aufruf völlig richtig, als Aufruf zur sofortigen Verweigerung des Kriegsdienstes, verstanden hatten. R. Cüppers erklärte, daß während des Golfkrieges mehrfach US-Soldaten desertiert seien, weil sie nicht die Möglichkeit hatten, legal den Kriegsdienst zu verweigern. Fahnenflucht sei für ihn als Pazifist der letzte Ausweg, um sich einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu entziehen. Für den Richter war die Erwähnung des Grundgesetzes nur ein Täuschungsmanöver. Jedermann wisse, was Fahnenflucht sei — der Angeklagte müsse dies erst recht wissen. Gegen das Urteil wurde inzwischen Berufung eingelegt. — (ans)

Gegen Einheitsfleisch

Widerstand für Erhalt des kommunalen Schlachthofs

Augsburg. Der Kommunalreferent der Stadt Augsburg prüft derzeit, ob die Firma Südfleisch GmbH eine private Großschlachtereibau darf. Auf einer von der ÖTV organisierten Versammlung sprachen sich das Personal des Schlachthofs und selbständige Metzger für den Erhalt und die Verbesserung des kommunalen Schlachthofs aus. Befürchtet wird eine zunehmende Monopolisierung. Was hat z.B. ein selbständiger Metzger davon, wenn er zwar feste Schlachtzeiten garantiert bekommt, aber nur zu ungünstigen Zeiten das Südfleisch-Gebäude nutzen kann? Der Innungsoberrichter antwortet: „Das läßt sich ein Metzger zehnmal gefallen, beim elften Mal sucht er sich sein Vieh nicht mehr selbst aus, sondern kauft das Fleisch bei der Großfirma.“

Die Verbraucherinnen und Verbraucher werden dadurch zunehmend Schnellmastfleisch erhalten. Schon jetzt besteht das Rindfleisch zu 55 Prozent aus Bullenfleisch. Bauern, die die unnatürliche Tieraufzucht ablehnen, kommen unter noch stärkeren Druck. Außerdem müssen sie die langen Transporte zu den wenigen Fleischkonzernen bezahlen. „Marox, Moxel und Konsorten machen Gewinne wie noch nie, die Kommunen spätzen sich ab, und was übrigbleibt, ist Einheitsfleisch“, protestierte der Vorsitzende der Landes-AG

für das Schlacht- und Viehhofwesen. Es hat sich eine Interessengemeinschaft Schlachthof (IGS) gebildet aus den drei Fleischerinnungen Stadt Augsburg, Augsburg-Land und Aichach-Friedberg sowie dem Bayerischen Großschlachterverband und 16 Betrieben. Sie legten ein Programm vor zur Überführung der bislang städtischen Einrichtung in einen kommunalen Eigenbetrieb. Vor allem kritisieren sie die derzeitige Subventionierung der Großbetriebe durch die Stadt: Bei der Großviehschlachtung wurde 1990 ein Minus von 461 Tsd. Mark eingefahren, obwohl 70 Prozent der Kunden Großbetriebe sind, allen voran die Südfleisch. Großschlachter bekommen von der Stadt Rabatt, 1990 etwa 600 Tsd. Mark. Da deren Fleisch überwiegend nach Italien geht, subventioniert die Stadt den Fleischexport. Die kleineren Betriebe müssen dafür auch noch bluten: Sie führen die meisten Schweineschlachtungen aus, bei denen der Schlachthof 1990 ein Plus von fast 370 Tsd. Mark machte.

Die Kritik richtet sich auch an die Staatsregierung. Seit Juli 1986 werden nur noch private und genossenschaftliche Einrichtungen gefördert. 25 von 81 kommunalen Schlachthöfen haben seitdem aufgeben müssen. Die SPD will im Landtag einen Antrag einbringen, der diese Entwicklung aufhält. — (baf)

Stahl: Kapitalisten wollen „Trendwende“

Der IG Metall-Vorstand scheut einen Streik im Tarifkonflikt mit den Stahlkapitalisten

Essen. Die Situation in der Stahlindustrie spitzt sich weiter zu. Am 19. 12. brach die IG Metall die Tarifverhandlungen ab. Am 20. 12. beantragte die Tarifkommission einstimmig beim Vorstand das Scheitern der Verhandlungen. Der Grund: Nach zwei Monaten Verhandlung legten die Kapi-

talisten zwar erstmals ein tarifwirksames Angebot vor; an ihrem Provokationskurs änderte es nichts. Rückwirkend ab 1. 11. wollen die Kapitalisten acht Monate lang 3 % zahlen, danach auf der Basis des alten Tarif 4,1 %. Auf zwölf Monate macht dieses Angebot gerade 3,37 % aus.

Die Kapitalisten haben in den letzten Wochen keinen Zweifel daran gelassen, daß sie 1992 eine „Trendwende“ in Richtung deutlicher Lohnsenkung durchsetzen wollen. Die Stahlindustrie soll den Anfang machen. Ihr neuer Verhandlungsführer, Schmidhals, nannte als Zielvorstellung von Anfang an höchstens „eine vier vor dem Komma“. Rückendeckung erhielt er dabei vom Präsidenten der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Murmann (1). Die eigentlich so einfache Übernahme des letzten Metallabschlusses — die Stahltarifverhandlungen liegen seit mehreren Jahren ein halbes Jahr hinter denen der Metallindustrie — ist den Kapitalisten zu viel, weil sie in der gegenwärtigen Situation als Signal verstanden würde, daß auch die Tarifabschlüsse 1992 so hoch liegen können, wie 1991.

Nachdem auch ein angeblich von den Arbeitsdirektoren lancierter Vermittlungsvorschlag vom Tisch ist (2), sind die Widersprüche schärfer denn je. Zwar trat z.B. der Thyssen-Vorstand an den Gesamtbetriebsrat heran und bot als „Gegenleistung“ für einen niedrigen

Abschluß betriebliche Einmalzahlungen. Doch auch dies liegt ganz auf der Linie von Gesamtmetall: Der Präsident der Arbeitgeberverbände in NRW, Kirchhoff, und der neue Gesamtmetall-Präsident Gottschol erklärten vor kurzem, Tarifabschlüsse „auf niedrigstem Niveau“ hätten auch den Zweck, „den Betrieben mehr Freiraum für eigene außerbetriebliche Leistungen zu lassen“ (3).

Dennoch scheut der IG Metall-Vorstand die Auseinandersetzung. Der Vorstand, der über den Antrag auf Scheitern der Verhandlungen und Urabstimmung beschließen muß, will erst am 14. 1. 1992 tagen. Diese Verzögerung stieß in der Tarifkommission auf heftige Kritik. Der anwesende Tarifexperte des Vorstands, Zwickel, äußerte daraufhin Hoffnungen, es könnte doch noch ein verhandlungsfähiges Angebot der Kapitalisten kommen. Außerdem müsse erst die Diskussion in der Metallindustrie intensiviert werden, da es sich bei Stahl um einen „Stellvertreterkrieg“ handele.

Hinter der Verzögerung dürften vor allem jedoch andere Gründe stehen: Offensichtlich hat sich der IG Metall-Vor-

stand von der bürgerlichen Propaganda für Lohnverzicht stark beeindrucken lassen. Nach Pressemeldungen geht er inzwischen selbst davon aus, daß die Abschlüsse 1992 — und damit wohl auch der Stahlabschluß — niedriger liegen müßten als 1991 (4). Zudem gibt es in der IG Metall Kräfte, die einen „traditionellen“ Streik, wie er bei Stahl anstünde, für nicht mehr zeitgemäß halten.

Angesichts zunehmender Steuerplünderung und steigender Lebenshaltungskosten würde dagegen selbst die Übernahme des Metallabschlusses für die Stahlindustrie die Reallöhne kaum sichern. Umso dringlicher wäre eine schnelle Entscheidung über die Einleitung von Urabstimmung und Streik, schon um die mit den Warnstreiks begonnene Mobilisierung der Stahlbelegschaften nicht ins Stocken zu bringen. Bei der gegenwärtig noch guten Stahlkonjunktur hätte die IG Metall durchaus Chancen, die Absichten der Kapitalisten zu durchkreuzen.

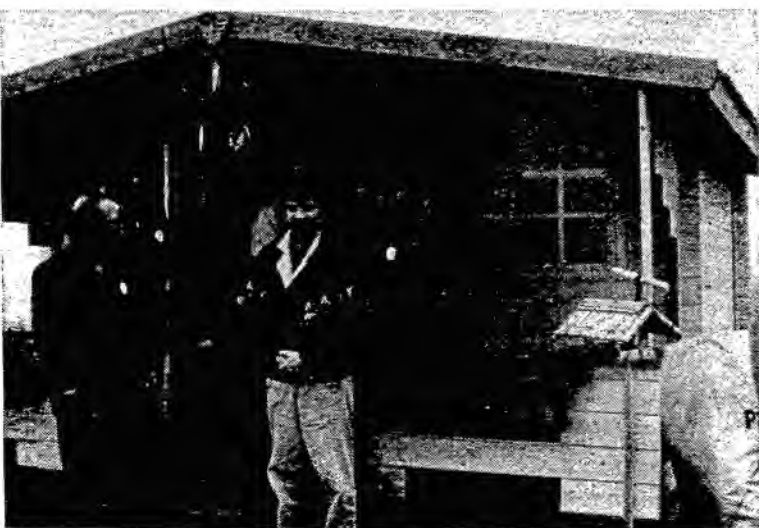
Quellen: (1) „NRZ“, 25. 11.; (2) „Handelsblatt“, 2. 12.; (3) „NRZ“, 5. 12.; (4) „Handelsblatt“ 21. 11. 1991 — (wof)

Krupp hat Hoesch-Aktienmehrheit erreicht

Essen. Am 20. 12. 1991 teilte Krupp-Chef Crome mit, daß Krupp zu seinem Paket von 24,9 % der Hoesch-Aktien weitere 26 % aufgekauft hat. Damit scheint der Coup gelungen, unabhängig von den Aktien, die die WestLB in der Hand hat. Prompt beginnt auch in der IG Metall der Widerstand Ablehnung zu bröckeln. Betriebsräte der Krupp Stahl AG ließen verlauten, die Fusion sei zumindest im Stahlbereich sinnvoll. Dies entspricht Äußerungen aus der Landesregierung. Das von Crome bisher vorgelegte Fusionskonzept erfüllt jedoch auch die minimalen Anforderungen der IG Metall in keiner Weise: Der Rationalisierungsumfang liegt nicht konkret fest, Standortgarantien gibt es ebenso wenig wie die Garantie der bei Hoesch noch im Konzern bestehenden Montanmitbestimmung. — (wof)

Unterschriften wegen Wege- und Umkleidezeit

Stuttgart. Zum 1. 1. 92 hat die Stadt die Dienstvereinbarung über die Wege- und Umkleidezeit (12 Minuten täglich) für die städtischen Krankenhausangestellten gekündigt. Die ÖTV hatte in den letzten Lohnverhandlungen die Forderung des Dienstherren in diesem Punkt nachgegeben und auf die Wege- und Umkleidezeit verzichtet, aber Besitzstandswahrung für bestehende Regelungen vereinbart. 1300 Krankenhausbeschäftigte forderten mit ihrer Unterschrift, daß die Stadt diese 12 Min. weiterhin gewährt. Die Unterschriften wurden dem Krankenhausaussschuß des Gemeinderats übergeben. Da die Stadt dazu nicht bereit ist, muß die Angelegenheit über den Rechtsweg geklärt werden. — (evo)



Bremen. Die Mercedes-Benz-Vertrauenskörperleitung Bremen teilte am 19. 12. 91 mit, daß die Beschäftigten die Mahnwache für den Erhalt des AEG-Olympia-Werkes Roffhausen unterstützen werden. Die Blockhütte vor der Stuttgarter Konzernzentrale sollte laut Anordnung der Stadtverwaltung längst geräumt sein. Der Wilhelmshavener Oberstadtdirektor hat nun ein erneutes Gespräch mit der Stuttgarter Verwaltung am 6. 1. 92 erwirkt. — (rec)

Arbeitsmarkt gespalten, für viele wächst die Not

Hamburg. Im Gefolge der Annexion der DDR steigen in Hamburg die Beschäftigungszahlen, und zwar vor allem im Bereich höherbezahlter Tätigkeiten. Die Arbeitslosigkeit ist in den Niedriglohnbereichen überdurchschnittlich hoch. Das zeigt sich nicht nur, aber v.a. in der hohen Quote ausländischer Arbeiter ohne Arbeit: 15,9 % gegenüber 9,5 % (Dez. 90). In den Niedriglohnbereichen ist auch die Arbeitsmarktkonzurrenz am schärfsten. Eine wachsende Zahl von Menschen ist sog. unsteten Beschäftigungsverhältnissen mit Niedrigstlöhnen und ohne sozialrechtlichen Schutz unterworfen: inzwischen ca. 160 000 allein in Hamburg! In dieser Zahl sind die rechtlosen und weit unter Tarif bezahlten ausländischen Wanderarbeiter wahrscheinlich nicht einmal enthalten. Die harten Anforderungen der Kapitalisten an die Arbeitskraft drücken ganze Menschengruppen aus dem Arbeitsprozeß: Die Arbeitslosenquote bei Schwerbehinderten und bei den Menschen über 55 Jahren ist unverändert hoch, sie stellen auch, zusammen mit Un- und Angelernten, die Hauptgruppen unter den heute immer noch über 21 000 Langzeitarbeitslosen.

37,9 % der beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen erhalten weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Dabei steigt die Zahl derjenigen, die nur die niedrigere Arbeitslosenhilfe bekommen (Anteil an den Leistungsempfängern 1980: 22,1 %; 1990: 46,9 %). Die Arbeitslosenhilfe ist in Hamburg von durchschnittlich 923 DM 1983 auf 909,78 DM 1989 absolut gesunken! Auch die Entwicklung des Arbeitslosengeldes gleicht den Kaufkraftverlust bei weitem nicht aus. — (scc)

IG Metall-Vertrauenskörper stellen Tarifforderungen auf

Augsburg. Die Vertrauenskörper in den Augsburger Metallbetrieben haben hohe Forderungen von um die 10 Prozent aufgestellt. Bisher sind uns nur zwei Strukturforderungen bekannt von MAN B&W (10 Prozent, mind. 250 DM) und Böwe (150 DM + 4,5 Prozent). Nach der Forderung von MAN B&W kämen 45 Prozent der Beschäftigten in den Genuß des Mindestbetrags, die Umverteilung innerhalb der Lohnhierarchie wäre aber relativ bescheiden, da das Volumen mit 10,2 Prozent nur knapp über der Prozentforderung liegt. Die Forderung von Böwe wäre mit einem Volumen von 9,6 Prozent quantitativ billiger für die Kapitalisten, qualitativ aber brisant, da sie unten mehr bringt (im Durchschnitt 358 DM mehr auf den Effektivlohn für Arbeiter = 10,8 Prozent) und oben stark dämpft (405 DM mehr für Angestellte = 8,2 Prozent). — (pef)

Bayer-Coordination: Verfassungsklage erfolgreich

Köln. Das Bundesverfassungsgericht hat am 18. 12. einer Verfassungsbeschwerde der „Coordination gegen Bayer-Gefahren“ in wesentlichen Punkten stattgegeben. Zwei Urteile von Kölner Gerichten, des Landgerichts und des Oberlandesgerichts Köln, aus den Jahren 1987 und 1988 sind damit aufgehoben. In ihren damaligen Urteilen hatten die Kölner Richter dem Bayer-Konzern zuliebe eine drastische Einschränkung der Meinungsfreiheit vorgenommen: Kritiken der Bayer-Coordination, in denen sich diese auf Zeitungsberichte gestützt hatte, waren als unzulässige Tatsachenbehauptungen verurteilt und verboten worden. Diese grobe Einschränkung von Kritik an den Machenschaften von Konzernen hat das Bundesverfassungsgericht nun wieder aufgehoben. In der Presseerklärung der Bayer-Coordination heißt es: „Das Urteil ist ein großer politischer Erfolg und von besonderer Tragweite. Es schützt die gesamte ... Ökologiebewegung.“ — (rül)

IG Metall Würzburg: Mindestforderung

Würzburg. Die Vertreterversammlung hat für die Tarifrunde 1992 folgende Forderungen beschlossen: 10 % mindestens 250 DM, 150 DM für alle Auszubildenden, Durchsetzung eines vollen 13. Monatseinkommens. Des weiteren soll sich die IG Metall dafür einsetzen, daß die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für die Arbeiterinnen verhindert wird. In Vorbereitung des nächsten Gewerkschaftstags wurde diskutiert, daß zwischen Warnstreik und Streik nach Urabstimmung weitere Arbeitskämpfe beschlossen werden müßten. Bezahlte Warnstreiks, die länger als eine Stunde dauern, Schwerpunktstreiks gezielt auf bestimmte Betriebe oder Betriebsabteilungen. — (cls)

Arbeitsmarkt-Deregulierung

Aus den „Presseinformationen“ des Arbeitsamtes Karlsruhe

Karlsruhe. Anhand der *Presseinformation* des Arbeitsamtes soll die Spaltung und Differenzierung des Arbeitsmarktes dokumentiert werden. — (rub)

Auffrischung des Arbeitsmarktes

Von 1989 bis Juni 1991 kamen über 12 000 Leute aus Osteuropa in den Bezirk des Arbeitsamtes Karlsruhe, davon rund 4 800 aus der DDR (4. 7. 90, 6. 6. 91). Bis auf 300 hatten im Januar 1991 die ehemaligen DDR-Bürger Arbeit gefunden, wenn auch oft nicht in ihren Berufen. Von den Leuten aus Polen, Rumänien und der UdSSR war im Januar 1991 jeder dritte arbeitslos gemeldet (12,5 % aller Gemeldeten in Karlsruhe). (24. 1. 91) Zur Vermittlung springt die Kirche ein: „Rumäniendeutsche informieren sich über den Arbeitsmarkt“ (7. 12. 90). „40 Deutsche aus dem Bezirk Mediasch/Siebenbürgen haben einen neuen Weg beschritten. Zehn Tage waren sie auf Einladung der evangelischen Kirche in Karlsruhe.“ Diese Schlepperorganisation organisierte Werbesprache beim Wohnungsamts, Arbeitsamt.

Den Ausländer anfordern ...

Kaum war die neue Regelung über die dreimonatige Beschäftigung von Nicht-EG-Bürgern ab Januar '91 veröffentlicht, stapelten sich 3 000 Anfragen beim Karlsruher Arbeitsamt: „Das Verfahren ist so einfach ... Arbeitgeber, die einen ausländischen Arbeitnehmer für maximal drei Monate beschäftigen wollen, fordern diese beim Arbeitsamt einfach an.“ (17. 9. 91) „Diese Forderungen kommen vor allem aus der Landwirtschaft, wo Helfer für die Erdbeer- und Spargelernte gesucht werden, aber auch aus dem Hotel- und Gaststättenbereich sowie der Baubranche ... Durch die Einbeziehung der ausländischen Arbeitsverwaltungen soll verhindert werden, daß Arbeitnehmer ihren Jahresurlaub dazu verwenden, um in Deutschland harte D-Mark zu erwirtschaften.“

„Zeitarbeit ist attraktiv“

40 Zeitarbeitsunternehmen mit 1 000 Beschäftigten gibt es in Karlsruhe. Außerdem gibt es die Zeitarbeitsvermittlung des Arbeitsamtes „job und servis“. (24. 5. 91) Diese vermittelte 1990 ca. 11 000 Aushilfsjobs, davon 80 % unter vier Wochen. „Ob als Aushilfe für Büro, Verkauf, Produktion, Lager, Versand, im Hotel-/Gaststättenbereich oder als Fahrer — überall gibt es Jobs für einige Tage, Wochen oder Monate.“ (30. 8. 91) Vermittelt werden maximal drei Monate „Schüler, Studenten, Gelegenheitsarbeiter oder Ferienarbeiter“.

Das Arbeitsamt fördert die gewerbliche Zeitarbeit (24. 5. 91): „Den Unternehmen gibt Zeitarbeit die Möglichkeit, bei kurzfristigen personellen Engpässen und Auftragsspitzen flexibel zu reagie-

ren. Aber auch Arbeitnehmern, die kein klassisches Arbeitsverhältnis eingehen wollen, eröffnet sie eine interessante Verdienstsquelle und neue soziale und berufliche Kontakte ... gerade für junge Leute, die beispielsweise im Elektrobereich die Möglichkeit haben, in verhältnismäßig kurzer Zeit mehrere Firmen wie Siemens, Bosch und ABB kennenzulernen — und dort noch dazulernen und auf sich aufmerksam machen können ... Die Bedeutung der Zeitarbeit für den Arbeitsmarkt zeigt sich besonders daran, daß sie auch Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose, Ältere, Teilzeitarbeitsuchende und sogar Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen bietet.“

„Vom Aufschwung vergessen“

„Jeder fünfte Arbeitslose ist bereits 55 Jahre alt, noch vor fünf Jahren gehörte nur jeder achte und vor acht Jahren nur jeder zehnte zu dieser Altersklasse. Über 40 Prozent der Arbeitslosen sind mindestens 45 Jahre alt. Eindeutig ist auch der Zusammenhang zwischen Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit ... Mehr als die Hälfte der älteren Arbeitslosen sind seit mindestens einem Jahr ohne Beschäftigung. Hinzu kommt, daß auch fast die Hälfte der 55-jährigen und älteren Arbeitnehmer gesundheitlich beeinträchtigt sind.“ (19. 9. 91) Ende August 1991 waren 11 978 Leute (12 %) in Karlsruhe arbeitslos gemeldet, darunter waren 4 102 mindestens 50 Jahre alt. Insgesamt waren 2 899 Leute länger als ein Jahr arbeitslos, 1 474 von ihnen waren über 55, 2 032 über 50 Jahre alt.

Das Arbeitsamt ergriff 1990 Maßnahmen (12. 10. 90): „Seit Jahresbeginn werden in einer bei den Arbeitsförderungsstellen Karlsruhe durchgeführten und vom Karlsruher Arbeitsamt finanzierten Maßnahme sogenannte Langzeitarbeitslose wieder fit gemacht fürs Berufsleben.“ Mit 22 Leuten wurde 1990 gestartet, heute sind es bereits über 250. „Ins Projekt wurden nur Personen aufgenommen, die seit mindestens zwei Jahren arbeitslos sind. Die meisten sind bereits über 50 Jahre alt, zum Teil noch mit gesundheitlichen Problemen belastet oder ohne abgeschlossene Ausbildung. Außergewöhnlich an dem Projekt ist, daß das Arbeitsamt nicht nur Leistungen für die Teilnehmer zahlt, sondern den Arbeitsförderungsstellen auch einen Zuschuß für Ausstattungsinvestitionen zahlt.“ „Die 22 Teilnehmer ... werden individuell nach ihrer Leistungsfähigkeit ... im Altenheim als Hausmeistergehilfe, beim Sport- und Bäderamt, im Hol- und Bringdienst des Städtischen Klinikums, beim Verkehrsverein oder bei der Koordinierungsstelle für Aus- und Übersiedler zusätzlich eingesetzt.“



Stuttgart. Zur Verabschiedung des Haushalts protestierten auf der Gemeinderatsitzung am 13. 12. mehr als 80 Kinder, deren Eltern und einige Erzieherinnen. Trotz Personalnotstands in den Kitas gibt es für 1992 keine einzige Fachkraftstelle mehr. Dagegen wurde mehrheitlich die Durchführung der Leichtathletik-WM '93 beschlossen, wofür allein der Bau eines Daches über das Neckarstadion 35 Mio. DM kostet. — (ccs)

Aus Ländern und Gemeinden

Kommunale Forderungen zur Überlassung von Militärfächen

München. In einer Pressekonferenz hat die Stadt ihre Forderungen an den Bund deutlich gemacht: 1. Die Flächen für Erschließung, notwendige Infrastruktureinrichtungen (z.B. Straßenbahn) und Grünausstattung sind kostenfrei zu überlassen. Diese Flächen sind notwendige Grundvoraussetzung für eine Überplanung der betreffenden Bereiche. 2. Von dem für Wohnnutzungen geeigneten Bereich ist ein hoher Anteil, mindestens jedoch 50 %, für den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu einem Preis zu überlassen, der die Finanzierung nach den geltenden Richtlinien ermöglicht. Diese Verpflichtung trifft den Bund bereits aus seiner Verantwortung für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus nach § 89 des II. Wohnungsbaugesetzes. Dies entspricht auch der Beschlußlage des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages vom Juni dieses Jahres. 3. Auf einem Teil der verbleibenden Wohnbauflächen sollten der Bund und der Freistaat die Chance zur Schaffung von Staatsbedienstetenwohnungen und Studentenwohnungen nutzen ... 5. Die freiwerdenden Bundeswehrflächen werden frei von Altlasten abgegeben. — (dil)

Innenministerium beschneidet Rechte der Personalvertretung

Karlsruhe. Im Oktober 1991 hatte der Personalrat der Polizeidirektion Heidelberg Abgeordnete aller Fraktionen zu einer Personalversammlung mit dem Thema „funktionsgerechte Bewertung des Polizeiberufes“ eingeladen. Eine vom Innenministerium beantragte einstweilige Verfügung, die dem Personalrat verbieten sollte, Politiker einzuladen, wurde damals vom Verwaltungsgericht Karlsruhe — „aus formalen Rechtsgründen“ — abgelehnt. Jetzt hat diese Gerichtsbehörde dem Dienstherrn in vollem Umfang recht gegeben: Die Teilnahme von Abgeordneten sei unzulässig gewesen, Personalversammlungen dürften keine „Foren parteipolitischer Auseinandersetzung“ werden. Quelle: Wochenenddienst Baden-Württemberg 50/91 — (evc)

Grüne zur Reform der niedersächsischen Gemeindeordnung

Hannover. Folgende Forderungen an die zur Zeit tagende Enquete-Kommission zur Reform der niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) sind bei den Grünen Niedersachsen in der Diskussion: „— Zugehörigkeit zu Ratsausschüssen mit Rede- und Antragsrecht. Dabei müssen mindestens so viele Ausschusssitze herauskommen, wie im Durchschnitt auf die anderen Ratsmitglieder auch entfallen. — Das Recht jedes Ratsmitgliedes, in den Ausschüssen gehört zu werden, in die sein Ratsantrag verwiesen worden ist. — Ratsöffentlichkeit des Verwaltungsausschusses in allen Gemeinden; — Fragerecht nicht des Rates als Ganzes, sondern jedes einzelnen Ratsmitgliedes; — Akteneinsichtsrecht jedes Ratsmitgliedes; — Akteneinsichtsrecht und Fragerecht auch in Bezug auf Zweckverbände und Gesellschaften, wenn diese ganz in kommunaler Hand liegen ... Daneben ist auch die Benachteiligung kleiner Fraktionen aufzuheben ... Es ist deshalb zu fordern, daß ... ein Grundmandat auch in Gesellschaften und Zweckverbänden eingerichtet wird.“ Quelle: Zeitschrift der Grünen Niedersachsen, 12/91 — (rec)

Gegen Unterrichtsausfall: Sponsoren für Lehrer gesucht

Flensburg. Wenn es nach der sozialdemokratischen Landesregierung in Schleswig-Holstein geht, werden künftig nicht nur Straßen privatwirtschaftlich gebaut und finanziert, sondern auch Lehrer von Sponsoren finanziert. In Schleswig-Holstein fallen wegen Lehrermangels 3000 Sportstunden pro Woche aus. An den Grundschulen waren es im Schuljahr 1990/1991 9,6 Prozent, an den Hauptschulen 8,9 Prozent, an den Realschulen 2,3 Prozent und an den Gymnasien 7,7 Prozent der Sportstunden. Ein Ministeriumssprecher meinte gegenüber der Presse, Sponsoren aus der Wirtschaft könnten Übungsleiter bezahlen, die in den Schulen dann Sportstunden anbieten. In der Gemeinde Appen stehen bereits Lehrkräfte, die Grundschüler betreuen, wenn Unterrichtsstunden ausfallen, auf der Gehaltsliste der Firma Saab. An einer anderen Schule haben sich kürzlich die Eltern zusammengetan und einen Halbtagslehrer „gekauft“, der ihren Nachwuchs in Physik unterrichtet, weil das Kultusministerium nicht in der Lage ist, innerhalb eines Jahres einen Ersatz für den ausgefallenen Lehrer zu beschaffen. 25 bis 30 DM pro Monat extra kostet die Physikbildung, die in den Räumen der Schule stattfinden darf. Es ist doch immer wieder interessant, welche Blüten die sozialdemokratische Bildungspolitik hervorreibt: auf der einen Seite die von der Reaktion bekämpften Gesamtschulen, innerlich von der Fäulnis halbherziger Kompromisse zerfressen, auf der anderen Seite privatwirtschaftlich geförderte Elitebildung. — (ans)

„Deutsche Liga“ zieht nach Berlin

Köln. Bereits der Gründungskongreß der „Deutschen Liga“ am 3. Oktober beschloß, die Bundesgeschäftsstelle der „Deutschen Liga“ nach Berlin zu verlegen. Jetzt kündigte Franz Glasauer für den Vorstand an, daß geeignete Räumlichkeiten im Ostteil der Stadt gefunden seien und ab Januar 1992 die Arbeit dort aufgenommen werde. In den Geschäftsräumen des RGV-Verlages in Landshut verbleiben Redaktion und Vertrieb der „Deutschen Rundschau“. Gleichzeitig läuft die Konstituierung weiterer Landesverbände: Am 13. 10. wurde in Heidenheim der Landesverband Baden-Württemberg gegründet. Gleichberechtigte Vorsitzende wurden Jürgen Schüttinger, Kurt Nieweim und Walter Schüttelz. Der Landesverband NRW wurde am 26. 10. in Köln gegründet. Vorsitzender wurde Markus Beisicht (Köln). Seine Stellvertreter sind Katharina Behrend, Rainer Vogel und Otto Lange. Der Landesverband Bayern wurde am 16. 11. gegründet. Vorsitzender wurde Franz Glasauer. Stellvertreter sind Peter Recknagel, Reiner Born und Werner Eichinger. Die Gründung in Hamburg ist ebenfalls erfolgt, wer hier personell im Vorstand ist, wurde noch nicht bekanntgegeben. Landesverbandsgründungen in Schleswig-Holstein und Berlin sollen im Januar 1992 stattfinden. Für die Wahlteilnahme an der Landtagswahl in Baden-Württemberg sind bereits 43 Kandidaten aufgestellt worden, über die endgültige Teilnahme entscheidet der Vorstand am 21. Dezember.

Quelle: Pressemitteilung der „Deutschen Liga“ — (u.b.)

Neuer Hamburger Mietenspiegel

Haus- und Grundeigentümer setzen sich bei der Berechnung des Mietenspiegels durch

Hamburg. Hamburgs Bausenator hat Ende November den neuen Hamburger Mietenspiegel veröffentlicht. Die darin festgesetzten Kalt-Mieten steigen gegenüber dem Mietenspiegel aus dem Jahr 1989 um durchschnittlich 10 %. Bedeutsam ist der Mietenspiegel für alle Mieter auf dem privaten Wohnungsmarkt (also keine Sozialwohnungen). So kann beispielsweise ein Vermieter, der die Miete ein Jahr nicht erhöht hat, die Miete jetzt auf den im Mietenspiegel bezifferten Wert plus 20 % erhöhen. Zweidrittel aller Mieterhöhungen auf dem sogenannten freien Wohnungsmarkt werden mit dem Mietenspiegel begründet. Zwar ist der Mietenspiegel nicht bindend, dennoch beziehen sich die Gerichte in Mietprozessen auf den Mietenspiegel in ihren Urteilen. (1)

Um die in dem Mietenspiegel festgesetzten Mieten hat es zwischen Mieterorganisationen, dem Haus- und Grundeigentümerverband und dem Bausenator Wagner eine heftige Auseinandersetzung gegeben. Grund der Auseinandersetzung war die Berechnungsmethode des für den Mietenspiegel entscheidenden Mittelwertes. Der Mittelwert oder auch Durchschnitt läßt sich mit verschiedenen mathematischen Methoden berechnen. Die Mieterorganisationen wollten die Berechnung nach der Median-Methode, die in diesem Fall einen kleineren Mittelwert, also eine geringere Miete, ergeben hätte. Der Haus- und Grundeigentümerverband drohte daraufhin, falls diese Methode angewandt wird, mit einer Verfassungsklage. Er selbst favorisierte die Methode des arithmetischen Mittels und setzte sich damit durch. M. Kopff, Sprecher des Mietervereins zu Hamburg, kritisierte das Verhalten der Baubehörde und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Mieter: „Durch ihren Kniefall vor

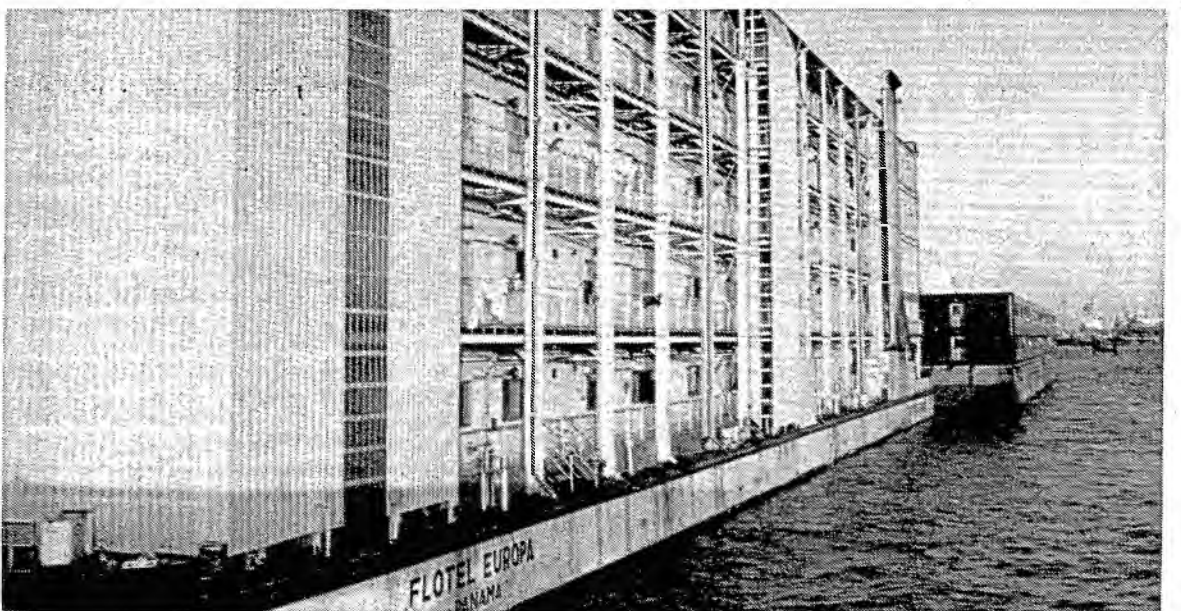
dem organisierten Eigennutz beschert die Baubehörde Hamburgs Mietern unnötig hohe Mietsteigerungen.“ (2)

In der Statistik wird die Errechnung eines Durchschnitts oder eines Mittelwertes benutzt, um sich eine Orientierungshilfe aus einem Wust von Zahlen zu ermöglichen. Die Methoden sind dabei verschieden, weil das Zahlenmaterial unterschiedlich ist. Beispielhaft wollen wir das hier verdeutlichen. Wir sehen dabei von Häufigkeiten und Streuungsberechnung ab. Kassiert also beispielsweise ein Hauseigentümer Mieten von fünf Haushalten in der Höhe von 430,—, 431,—, 432,—, 433,— DM und aus einer neuvermieteten Wohnung 600,— DM, so ist das arithmetische Mittel (Summe der Miete geteilt durch die Anzahl der Mieten): 2326 DM geteilt durch 5 = 465,20 DM. Jetzt muß man aber feststellen, daß dieser Wert in diesem Beispiel gar nicht existiert; keiner zahlt eine Miete von 465,20 DM. Zudem kommen wesentliche Tatsachen durch den Mittelwert nicht zum Ausdruck, nämlich erstens die Tatsache, daß vier Haushalte unter dem Durchschnitt liegen und zweitens der Durchschnitt nur deshalb so hoch, weil ein Haushalt durch die Neuanmietung eine so hohe Miete zahlen muß. Der Hauseigentümer kann die Miete im Rahmen der sonstigen Mietregelungen auf diesen Wert erhöhen, weil er durch die teurere Neuvermietung einer Wohnung den Durchschnitt gegenüber den vier billigeren Wohnungen stark beeinflusst hat. Gehen bei der Berechnung des Durchschnitts mit dem arithmetischen Mittel die einzelnen Mieten wertmäßig in die Berechnung ein, so wird bei der Median- oder auch der Zentralwert-Methode nur die Stellung bzw. Lage der einzelnen Mieten berücksichtigt. Der Median bzw. Zentralwert ist dabei der

Wert, der die nach der Größe der einzelnen Mieten geordnete Folge halbiert, er hat genauso viele Werte „über sich“ wie „unter sich“. In unserem Beispiel haben wir also die Folge 600, 433, 432, 431, 430 DM. Der Median (bei ungerader Anzahl der Werte) berechnet sich wie folgt: Anzahl der Werte plus 1 geteilt durch 2; also (5 plus 1)/2 = 3. Danach ist der dritte Wert in der obigen Zahlenfolge der Median, nämlich 432 DM. Man sieht sofort, daß dieser Wert erheblich unter dem Durchschnitt, der mittels des arithmetischen Mittels berechnet wurde, liegt. Die Ursache liegt wie gesagt darin begründet, daß die Median-Methode den Wert der einzelnen Mieten nicht berücksichtigt, sondern nur deren Stellung in einer der Größe nach geordneten Folge, somit fällt die Wohnung mit der Miete von 600 DM wertmäßig auch nicht weiter ins Gewicht.

Hinter diesem scheinbaren mathematischen Konflikt steckt eine politische Ursache. Die durch vielfältige Faktoren (u.a. der Ostexpansion) entstandene Versorgungskrise löste atemberaubende Mietsteigerungen bei Neuvermietungen aus. Diese teureren Mieten sind in das Zahlenmaterial für die Berechnung des Mietenspiegels eingeflossen, so daß sich so eine starke Diskrepanz zwischen dem Median und dem arithmetischen Mittel ergibt. Z.B. ergibt sich für die 80000 Wohnungen mit 66 bis 90,99 Quadratmeter, die vor 1918 gebaut wurden, eine Steigerung des durchschnittlichen Quadratmeter-Preises nach der Median-Methode von bisher 7,56 DM auf 8,38 DM oder um 10,8 %. Nach dem arithmetischen Mittel steigt der Preis von bisher 7,56 DM auf 8,87 DM oder um 17,3 %. (3)

Quellenhinweis: (1) Staatliche Pressestelle v. 26. 11. 1991; (2) HA, 27. 11. 91; (3) HA, 7. 11. 91 — (sig)



Die Altbauwohnungen sollen über die durchschnittlichen 10 % steigen. Die Haus- und Grundeigentümer können dies durchsetzen, weil mit der Annexion der DDR ein weiteres Absinken des Wohnstandards einhergegangen ist: Wenn Menschen auf Schiffen hausen müssen (Bild: „Wohnschiff Flotel“) und ein Wohnwagen-Vermieter vom Senat 435 DM Wohnungsmiete für die Unterbringung wohnungssuchender Familien kassiert, können Hauseigentümer für die letzte Bruchbude viel Geld verlangen. — (Bild: res)

Aufruf zur Städtesolidarität mit Zakho in Kurdistan

Konstanzer Initiative will Beitrag zum wirtschaftlichen und demokratischen Aufbau leisten

Konstanz. Nach dem Golfkrieg hat sich ein Teil der damals in einem Aktionskomitee zusammengeschlossenen Kriegsgegner in einer Gruppe zusammengeschlossen, die sich den programmatischen Namen „Aus dem Golfkrieg lernen“ gegeben hat. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Leute von der Konstanzer Universität und aus dem Umkreis der

Grünen. Diese Gruppe ruft jetzt in Konstanz zu einer Spendenkampagne auf mit dem Ziel, einen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufbau und zur Entwicklung demokratischer Strukturen im irakischen Teil von Kurdistan zu leisten. Wir dokumentieren Passagen aus ihrem Spendenaufruf. — (woi/jüg)

Nachdem wir bereits im April/Mai eine größere Spendenaktion für die Kurdistanhilfe organisiert und im Juni mit einer Kurdistan-Solidaritätswoche über die Situation und Kultur in diesem Land informiert haben, wollen wir nunmehr unsere Hilfe einer bestimmten kurdischen Stadt im Nord-Irak (Südkurdistan) zugute kommen lassen: der Stadt Zakho, die wie Konstanz eine Grenzstadt mit etwa 70000 Einwohner ist und wie Konstanz ein altes Zentrum von Handel und Verkehr ist.

Durch in Konstanz lebende Flüchtlingsfamilien aus dem Gebiet von Zakho haben wir erste Kontakte zum örtlichen Komitee der „Kurdistan Front“ geknüpft, die nun nach dem Rückzug der irakischen Armee aus diesem Gebiet Stadt und Region ganz unter ihrer Kon-

trolle haben. (Zakho liegt innerhalb der alliierten Schutzzone.)

In Zusammenarbeit mit diesem Komitee, der „Curdish Relief Association“ und „medico International“, „Gesellschaft für bedrohte Völker“ sollen die in Konstanz und Umgebung gesammelten Gelder zunächst zu der akut notwendigen „Winterhilfe“ für die am meisten gefährdeten Flüchtlinge verwendet werden: für jene, die in primitiven Zelten oder aus Schutt gebauten Hütten kaum eine Chance haben, den Winter zu überstehen.

Wir bitten Sie sehr herzlich und sehr dringend: Helfen Sie uns mit einer großzügigen Spende!

Kurdistan und die Kurden brauchen jedoch nicht nur Geld und materielle Hilfe: Sie brauchen vor allem unser

Interesse, unsere politische Anerkennung und Solidarität! Dazu können Sie beitragen, indem Sie sich über die Entwicklung unseres Projektes informieren und indem Sie dieses Projekt auf eine möglichst breite, von vielen Menschen, Gruppen, Parteien und Institutionen in Konstanz und Umgebung getragene Grundlage stellen ...

Von Ihrer Unterstützung und von Ihrem Interesse hängt es ab, ob wir die Beziehungen zu Zakho zu einer Projektpartnerschaft und Städtesolidarität ausbauen können, wie sie in jüngster Zeit zwischen einigen Städten in der Bundesrepublik und in Kurdistan entstanden sind.

Wir sind am Gespräch mit Ihnen, noch mehr an Ihrer Mitarbeit interessiert.

Fragen zur Entwicklung in einem Gebiet, das ein Sechstel der Erde umfaßt

Die Sowjetunion — ihre Hymne pries sie als unzerstörbare Union freier Republiken — gibt es nicht mehr. „Die Linie der Zerstückelung und Auflösung des Landes“ — so lautete Gorbatschows bitteres Fazit in seiner letzten Präsidenten-Rede im Moskauer Fernsehen — „hat sich durchgesetzt.“ (1) Was half da noch alles Klagen darüber, „daß Entscheidungen von solchem Ausmaß auf der Grundlage einer Willenserklärung des Volkes getroffen werden müssen“? (2) Recht hat er, der Ex-Präsident der UdSSR, aber die Macht, diese staatsstreichartige Entwicklung zu verhindern, besaß er schon lange nicht mehr. Sprach man 1917 über die Oktoberrevolution als von „zehn Tagen, die die Welt erschütterten“, so scheinen 1991 die unmittelbar Betroffenen vom Ende des ersten und mächtigsten Staates der Arbeiter und Bauern in der Welt nicht sonderlich berührt zu sein. Das ist das eigentlich Erstaunliche an diesen dramatischen Ereignissen, die das weltpolitische Kräfteverhältnis in diesem Jahrhundert abermals nachhaltig beeinflussen, zumal sie gegenwärtig und wohl auch für die überschaubare Zukunft bei weitem mehr Fragen aufwerfen denn Antworten bereithalten.

Eine solche Frage ist zum Beispiel, was die Massen, die im Oktober 1917 und in den schwierigen Jahren der Intervention und des Bürgerkrieges (die sozialistische) Idee von einem besseren Leben zur materiellen revolutionären Gewalt werden ließen, deren Opferbereitschaft im Kampf gegen die faschistischen deutschen Eroberer ohne Beispiel war, derart abgestumpft hat, daß sie sich heute mit der Rolle von Statisten auf der politischen Bühne begnügen. Ist dies eine Folge der langen Existenz jenes totalitären bürokratischen Kommandosystems, das beseitigt zu haben sich Gorbatschow als historisches Verdienst anrechnet? Was muß dann noch geschehen, damit diese Lähmung des Volkes überwunden wird? Ist ein Jelzin, ein Krawtschuk und wie die neuen Herren in Moskau, Kiew, Minsk, Alma-Ata und anderswo derzeit heißen, wirklich an einem mündigen Staatsvolk interessiert, das souverän seine Rechte wahrnimmt? Strebt nicht der eine oder andere eine „Starke-Mann-Lösung“ an, an die das russische Volk seit eh und je gewöhnt ist? Was geht da überhaupt in jenem einst monolithisch gefügt scheinenden Vielvölkerreich, das ein amerikanischer Präsident einst das „Reich des Bösen“ nannte, vor sich?

Die Nachrichten sind noch immer nur lückenhaft und ergeben keinesfalls ein aussagekräftiges Bild. Moskau — das ist schon längst nicht mehr „der Kremel“, das ist bei weitem nicht Jelzins „weißes Haus“ allein, nicht oder noch nicht die zweifellos rasch erstarkende Mafia oder der schon geraume Zeit existierende Klub der (Rubel-)Millionäre. Moskau ist auch nicht St. Petersburg, ist schon gar nicht Rußland. In vielen Teilen des Riesenlandes verfährt man nach der gol-

denen Lebensregel: „Moskau und der Zar sind weit.“ Man läßt die Dinge an sich herankommen, wie man es immer getan hat. Irgendwie wird man schon überleben.

Gorbatschow war 1985 mit dem Anspruch angetreten, den Sozialismus aus seinen erstarrten Strukturen zu reißen und ihm eine neue Dynamik zu verleihen, ohne die das Gesellschaftssystem nicht überleben konnte. „Perestroika“ hieß das Zauberwort, doch oft genug nur halbherzig angegangen und nicht vom Berge versetzenden Glauben der Massen getragen, vermochte es nur, die morsch gewordenen Grundpfeiler des alten Systems zum Einsturz zu bringen. Der Bauplan für eine demokratische, aber nichtkapitalistische Entwicklung fehlte. So scheint jetzt wenigstens diese Frage beantwortet: Der kontrollierte sozialistische Umbau der Gesellschaft ist gescheitert. Offen bleibt die Frage, ob — wie es die hohnlachenden Gegner des Sozialismus nun nicht müde werden zu behaupten — dieser moskaugeprägte Sozialismus tatsächlich nicht reformierbar war oder ob auch Gorbatschow mit seiner Perestroika nur zu spät kam und deshalb folgerichtig vom Leben bestraft wurde.

Erleben wir nun aber den unkontrollierten Zerfall einer Weltmacht in mehr oder minder lebensfähige und ihre politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit dauerhaft behaupten könnende Einzelstaaten oder den (gesteuerten) Versuch, die gewaltige Erb-

masse nur neu zu gruppieren? Welche Gestalt, welches Gewicht gewinnt die sogenannte Gemeinschaft Unabhängiger Staaten mit ihrem entscheidenden slawischen Kern? Werden ihre Organe mehr als nur „Elferäte“ in der karnevalistischen Bedeutung des Wortes werden? Die Vereinbarungen von Alma-Ata sind das eine, ihre praktische Umsetzung scheint eine ganz andere und keinesfalls leichte Sache, wie z.B. die Gespräche der elf Verteidigungsminister zeigten. Da war plötzlich auf ukrainischer, moldauischer und aserbaidschanischer Seite nicht mehr die Rede von einheitlichen Streitkräften mit einheitlichem Kommando, und auch der russische Kompromißvorschlag, dann wenigstens gemeinsame Streitkräfte und Kommandostrukturen zu schaffen, fand keine Gegenliebe. Kasachstan liebäugelt mit dem Status einer Auch-Atommacht, die Ukraine will die Schwarzmeerflotte ihrer Hoheit übertragen wissen usw. usf. All dies bildet Zündstoff für Jahre.

Nicht anders ist es im Bereich der Wirtschaft. Jelzins planlose Ukase, die der zerrütteten russischen Wirtschaft quasi über Nacht die Marktwirtschaft überstülpen sollen, stoßen z.B. in Kiew auf heftige Ablehnung. Natürlich kann man per Dekret die Kolchosen auflösen. Die Voraussetzungen für eine effektiver funktionierende Landwirtschaft hat man damit aber noch lange nicht geschaffen. Und so könnte man fortfahren. Keine Äußerung Jelzins läßt erkennen, wie er die Schwierigkeiten, die die Einführung

der Marktwirtschaft in einem Land wie Rußland mit sich bringen muß, meistern will. Aus dem Crash-Kurs, den Bonn in den neuen Bundesländern fährt, leitet er womöglich ab, daß dies so auch für Rußland machbar ist. Er übersieht dabei das — wenn auch unvollkommene, so doch vorhandene und Massenrevolten verhin-dernde — soziale Netz, das ihm bei aller westlichen Hilfe nicht zur Verfügung steht.

Über die Motive für diese Hast, die Rußlands starker Mann an den Tag legt, kann man nur spekulieren. Vielleicht hat ihn das Dekret, mit dem ihm die Zerschlagung der KPdSU gelang, zu weiteren Verbotsdekreten angeregt ... Eine weitere Fehlrechnung?

Jedenfalls eine weitere Frage, die sich dem aufmerksamen Beobachter stellt: Hat sich die mitgliederstärkste und älteste kommunistische Partei der Welt tatsächlich „per Dekret“ in die Geschichte entlassen lassen? Wo und wer sind die linken politischen Kräfte, die für die demokratischen und sozialen Interessen der breiten Massen eintreten? Wer sind ihre Gegner, und wie sind sie politisch organisiert? Welche Rolle spielen die Gewerkschaften? All dies sind Fragen, auf die derzeit kaum schlüssige Antworten möglich sind, weil keine gesicherten Erkenntnisse darüber vorliegen, welche politischen oder gewerkschaftlichen Strukturen sich wo in dem Riesenreich herausbilden. Von den ehemals das Land regierenden Strukturen scheint nur die KPdSU verschwunden. Der Staats-

und Wirtschaftsapparat existiert noch. Seine Anpassungswillig- und -fähigkeit bleibt abzuwarten, seine Verwendbarkeit und Effizienz unter marktwirtschaftlichen Bedingungen dürfte von Region zu Region schwanken. Aber die meisten sind wohl nicht zu ersetzen; denn anders als in der DDR gibt es eben nicht ausreichend „Wessis“, die einfach das Kommando übernehmen.

Intakt scheint auch noch das Militär, das sich bis jetzt abwartend verhält. Wie es agieren wird, wenn seine grundlegenden sozialen Interessen verletzt werden sollten, bleibt offen.

Eine Aussage scheint allerdings möglich: Die massenhafte Desillusionierung wird — wie in den neuen Bundesländern — eine massenhafte Entpolitisierung zur Folge haben. Demagogen und Heilsverkünder aller Couleur können im Trüben fischen und reiche Beute machen. Die linken Kräfte dagegen werden es schwer haben; denn sie müssen für die Fehler ihrer selbstgerechten Vorgänger büßen. Die Aussichten für die Demokratie in Rußland und seinen Anhängseln sind nicht rosig. Im übrigen wird der Brechtsatz gelten: Erst kommt das Fressen, dann die Moral! Wer möchte es den Hungernden und Frierenden verargen, seien sie Russen oder Kasachen, Tschechen oder Kalmüken und wie die Völker alle heißen. Der Westen kann (und will) nur begrenzt helfen. Sein Interesse liegt in der Verhinderung unkontrollierbarer oder gar explosiver Entwicklungen, die aus dem ehemaligen Riesenreich in den Westen überschwap-pen könnten. Demokratische und marktwirtschaftliche Strukturen in Rußland und seinen Anrainern böten die besten Voraussetzungen für eine Einflußnahme.

Eines muß dem Westen aber klar sein: Das entstehende russische, ukrainische usw. Kapital möchte zwar westliches Know-how und andere Unterstützung. Aber es möchte — und wird — sich nicht beherrschen lassen. Jeder Versuch dazu verwandelt Partner in erbitterte Konkurrenten im Kampf um Absatzmärkte und Einflußsphären. Wohin solche Entwicklungen führen können, wissen wir aus der Geschichte. Bleiben wir deshalb — im eigenen Interesse — aufmerksame Beobachter des Geschehens auf jenem Sechstel der Erde, das einstmal die Hoffnungen des fortschrittlichen Teils der Menschheit trug, damit wir uns artikulieren können, wann immer es unsere und der anderen Völker Lebensinteressen gebieten.



Bergarbeitersiedlung in Prokopyevsk

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme erreichen ein großes Ausmaß

Spiegel, 18. 11. 91:

Für den Winter hat die Staatssicherheit Hungeraufstände, Pogrome gegen Privathändler und einen Massensturm auf staatliche Warenlager vorausgesagt. Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew kündigte an, „daß es schon zu Neujahr in vielen Gegenden der Sowjetunion zu einer Hungersnot kommt. Wenn nicht rechtzeitig geholfen wird, ist das Volk dort bereit, jede Diktatur zu akzeptieren.“ ... Die Auflösung des Staates habe ein gefährliches Ausmaß erreicht und werde die Beziehungen zwischen den Menschen zerreißend, kommentierte Gorbatschow die Schwierigkeiten seines früheren Gegenspielers ...

Time, 52/91:

Die Russen verstehen möglicherweise nicht die Idee des neuen Commonwealth, das von Präsident Jelzin geschaffen wird, aber sie können mit ihren eigenen Augen sehen, wie ihre täglichen Lebensumstände durch die seit sechs Jahren anhaltenden politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen zertrümmert wurden ... Die gegenwärtige Nahrungsmittelkrise unterscheidet sich von den früheren in einem wesentlichen Aspekt: Das sowjetische Agrarsystem, das die ländlichen Gebiete in gewaltige Nahrungsfabriken für die städtischen Zentren verwandelte, ist völlig zusammengebrochen. Die Nahrungsmittel bleiben nach der Ernte auf dem Land

Pressedokumentation: Hungersnöte, Bürgerkrieg — was wird aus der UdSSR?

... Die großen städtischen Zentren wie Moskau, St. Petersburg und Jekaterinburg (vormals Swerdlowsk — Red.) im Ural sind am stärksten betroffen.

Auch die Rote Armee ist von Not und Unsicherheit betroffen

Spiegel, 7. 10. 91:

In den Kasernen zwischen Kaliningrad und Wladiwostok fühlt sich das Offizierskorps nach dem Putsch-Abenteuer seiner Parteigeneralität verraten und mißbraucht ... sehen sich die miserabel bezahlten Unterführer und Offiziere auch noch zu Mitputschisten gestempelt, denen bald das soziale Abseits droht ... Doch Russenführer Boris Jelzin weiß, daß auch eine demoralisierte Armee noch gefährlich werden kann. Wie immer eigenmächtig vortpreschend, verfügte der Präsident per Ukas den „sozialen Schutz aller Armee-Angehörigen“, um die Unzufriedenheit zu dämpfen. Aber wie er 200.000 obdachlosen Offiziersfamilien Wohnraum verschaffen, die aus Osteuropa heimkehrenden Besatzungstruppen auffangen und den Entlassenen Arbeit geben will, bleibt vorerst schleierhaft.

Sächsische Zeitung, 12. 12. 91:

Die wachsende Unzufriedenheit in der Armee rührt jedoch nicht nur aus den

Personalentscheidungen im Ministerium. Vielmehr sind es soziale und materielle Unsicherheit, die unter den Soldaten und vor allem Offizieren „Väterchen Frust“ regieren läßt. Zum einen weiß heute kaum jemand, in welcher Armee, in welchem Standort und unter wessen Befehlsgewalt er künftig dienen wird. Zum anderen lassen Angst um den Arbeitsplatz, offene Fragen bei Alters- und Rentenversorgung sowie nahezu tragischer Wohnraumangel ein unwägbares Sicherheitsrisiko entstehen.

Süddeutsche Zeitung, 19. 12. 91:

Von der früheren Sowjetunion und ihrer Zentralmacht bleiben aber brisante Überreste — vor allem die zutiefst verunsicherte und sozial unversorgte Armee und deren Atomwaffen stellen ein kaum zu überschauendes Gefahrenpotential dar.

Der Zerfall der Sowjetunion steigert das Chaos. Der einzig halbwegs noch intakte Apparat ist die Armee.

Die Welt, 11. 12. 91:

Der Gründungsvertrag ... erklärt ... die Unionsorgane der UdSSR ausdrücklich für aufgelöst und die sowjetischen Rechtsvorschriften für nicht mehr anwendbar auf den Territorien der drei Staaten. Zwar haben die drei Präsi-

den zu erkennen gegeben, daß ein gemeinsames Oberkommando geschaffen werden soll, doch nicht, wann und wie das geschehen wird ... Jedenfalls ist das sowjetische Militärrecht wie das militärische, polizeiliche und zivile Organisationsrecht der Sowjetunion in den drei slawischen Republiken formal außer Kraft gesetzt. Das heißt, es besteht keine Rechtssicherheit über die Befehls- und Kommandogewalt ...

Sächsische Zeitung, 13. 12. 91:

Jelzin mußte die Außerkraftsetzung der alten Uniongesetze in Rußland, wie sie der Brester Vertrag vorsieht, wieder zurücknehmen. Offensichtlich war das am Sonntag bekanntgewordene Abkommen in mancher Hinsicht wenig durchdacht, eben eine der Hau-Ruck-Aktionen, für die Jelzin bekannt ist. Man kann einfach nicht sämtliche Organe der Sowjetunion von heute auf morgen per Dekret abschaffen, ohne daß auch nur im entferntesten feststeht, was aus den Zigtausenden Beschäftigten wird und wie die „Koordinierungskommissionen“ aussehen werden, die an deren Stelle treten sollen. Die Mitarbeiter der Unionsbehörden und -ämter, der Miliz, der Armee, des Zolls usw. sind in den drei Tagen des „Verbotes“ genauso wie sonst zur Arbeit gegangen, als hätte es den Jelzinschen Ukas nicht gegeben.

Tagesspiegel, 19. 12. 91:

Übersehen worden ist bisher unter anderem, daß mit dem Wegfall gewisser Unionsministerien oder mit ihrer „Russifizierung“ — eine dritte Lösung wurde bisher nicht erörtert — die kommunalen Strukturen ganzer Industriestädte zusammenbrechen werden: Sie wurden bislang von einem oder einigen wenigen Großbetrieben dominiert und finanziert, die jetzt herrenlos bleiben und damit bisheriger Subventionen verlustig gehen. Der Haushalt der Russischen Republik, bisher wegen völliger Ungewißheit über die Preisentwicklung nicht einmal für das erste Quartal 1992 konzipiert, kann diese Lücke nicht füllen.

Newsweek, Sondernummer zum 6. 1. 92:

Ohne sich viel um eine Beratung mit den anderen Republiken zu bemühen, will Jelzin die Freigabe der Preise zum 2. Januar betreiben. Russische Offizielle ergänzten diese Schocktherapie mit einer weiteren Schockmeldung, als sie ankündigten, der Haushalt würde ausgeglichen sein. Es ist nicht klar, was dann für die anderen Republiken übrig bleibt — die unter anderem erheblich mehr werden zahlen müssen für das russische Öl. Die Ukraine hat mittlerweile Jelzins Ankündigung gegenüber Baker, es werde eine einheitliche Währung geben, bestritten ... Wenn die wirtschaftliche Lage sich nicht schnell bessert, werden die demokratischen Regierungen unter Druck des Militärs geraten.

Neue Zürcher Zeitung, 13. 12. 91:

Die sowjetischen Streitkräfte sind, ne-

ben dem keineswegs aufgelösten KGB, das letzte intakte Unionsinstrument. Die Union ist verschwunden, die Unionsarmee aber besteht weiter und muß als Machtfaktor von jeder neuen politischen Führung ernst genommen werden. Als zentral gesteuerte und hierarchisch gegliederte Formation paßt sie zu der neugegründeten Gemeinschaft unabhängiger Staaten wie die Faust aufs Auge.

Versuche, die Rote Armee zu zertrümmern. Widerstand aus der Armee.

Frankfurter Allgemeine, 4. 10. 91: Inzwischen ... ist der neue Verteidigungsminister Jewgenij Schaposchnikow, der sich als damaliger Chef der Luftwaffe von den Putschisten ausdrücklich distanziert hatte, mit Nachdruck dabei, die militärische Führung zu „säubern“. ... Verteidigungsminister Schaposchnikow, der wie sein Erster Stellvertreter Gratschew vor „separaten Militärs“ gewarnt und von einem „gefährlichen Trend“ gesprochen hatte, stellte eine weitere Verringerung der Personalstärke von rund 70000 Mann auf drei Millionen in Aussicht ...

... ist Rußland ... dabei, eigene Streitkräfte in Form einer Nationalgarde zu schaffen, die sich vornehmlich aus bisherigen Truppen des KGB und des Innenministeriums rekrutieren und gleich in der Anfangsphase mindestens acht Brigaden von je 10000 Mann zählen soll. Vor diesem Hintergrund hielt es nun die Analytische Abteilung des KGB unter dem früheren Innenminister Bakatin für angezeigt, nicht nur vor der angeblichen Gefahr eines neuerlichen Aufbegehrens in den Reihen der Militärs zu warnen, sondern vor einer Entwicklung „wie in Jugoslawien“.

Frankfurter Allgemeine, 24. 10. 91: Das Parlament (der Ukraine — Red.) hatte schon unmittelbar nach dem Putsch im August und der Proklamation der staatlichen Unabhängigkeit alle Truppen der Sowjetarmee auf dem Gebiet der Republik formell seiner „Jurisdiktion“ unterstellt. ... An ukrainische Offiziere in der Sowjetarmee wurde inzwischen der Appell gerichtet, in die Republik zurückzukehren. Wehrpflichtige sollen vom Herbst an nicht mehr

außerhalb der Ukraine eingezogen werden.

Neue Zürcher Zeitung, 14. 12. 91: Der ukrainische Präsident ... hat sich ... per Dekret zum Oberbefehlshaber aller in der Ukraine stationierten Streitkräfte ernannt.

Tagesspiegel, 19. 12. 91: ... hat Krawtschuks Verteidigungsminister, Marschall Konstantin Morosow, im offenen Gegensatz zum Oberbefehlshaber Krawtschuk soeben erklärt, daß die in der Ukraine stationierten Streitkräfte noch für eine geraume, juristisch sorglich auszustattende Übergangszeit vom Verteidigungsministerium und dem Generalstab der UdSSR befehligt werden würden. Morosow warnte gar die ukrainischen Offiziere in anderen Teilen der Union vor „unbedachten Schritten“ — im Namen eines UdSSR-Oberkommandos also, das es nach Ansicht des Brester Trios und speziell Krawtschuks ab sofort nicht mehr gibt.

Wer kommandiert die Gewehre? Die zukünftige Rolle der Armee.

Frankfurter Allgemeine, 12. 12. 91: Tass meldete, Manilow (Generalleutnant und Sprecher des Verteidigungsministeriums — Red.) habe darauf hingewiesen, daß die Stabilität und das politische Nichteinmischen der Streitkräfte die Garantie für die nationale Sicherheit aller Staaten sei, die zur Union gehörten. Der sowjetische Verteidigungsminister Schaposchnikow bekundete ... seine Unterstützung für die Politik Jelzins ... Der russische Informationsminister Poltoranin sagte, das Militär begrüße das Abkommen über die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“, fügte aber an: „Die Armee ist der Unsicherheit und Demütigung überdrüssig. Sie wünscht sich die Wiederherstellung ihrer Würde. Die Position der Offiziere im Zusammenhang mit den Lebensbedingungen und ihrer Zukunft ist derzeit sehr labil.“

Sächsische Zeitung, 12. 12. 91: Jugoslawien lebt derzeit im kleinen Maßstab vor, was eine Verselbständigung oder gar Teilung der Streitkräfte

an politischen Folgen in der UdSSR mit sich bringen könnte.

Die Welt, 20. 12. 91: Die Rote Armee sichert ihre Rolle ab. Der Übergang zwischen den verbliebenen Sowjetrepubliken über die Auflösung der Union und die Gründung der in Minsk vereinbarten Gemeinschaft unabhängiger Staaten ging ... eine Einigung über das Fortbestehen gemeinsamer politischer und militärischer Organe zur Führung der Streitkräfte, deren Ausrüstung, Unterhalt und Versorgung voraus ... Zu diesem Zweck war eine geheime Krisenkonferenz zusammengetreten, auf die Verteidigungsminister Schaposchnikow, Generalstabschef Samsonow und die Oberbefehlshaber der fünf Teilstreitkräfte (strategische Raketruppen, Heer, Marine, Luftstreitkräfte und Luftverteidigung) drängten.

Die Militärführung soll bei dieser Gelegenheit den Politikern erklärt haben, daß sie der Umwandlung der Union in eine lose Gemeinschaft unabhängiger Staaten folgen könne, wenn die für die Sicherheit notwendigen Voraussetzungen gegeben wären. Die Grundbedingung für eine friedliche und geordnete Umwandlung sei die zentrale Koordination und Kontrollierbarkeit der Streitkräfte unter politischen, finanziellen und materiellen Bedingungen, die eine wirksame Führungsfähigkeit und Operationsfreiheit sowie die Erhaltung der Disziplin der Truppen erlaubten. Zu diesem Zweck müßte eine Reihe von Voraussetzungen gegeben sein: 1. die zentrale Kontrolle über die gemeinsamen Streitkräfte und eine Klammer zwischen den regionalen Streitkräften der einzelnen Republiken; 2. die Erhaltung der strategischen Streitkräfte unter zentraler gemeinsamer politischer und militärischer Kontrolle ... 3. eine Gewährleistung der fortwährenden modernen Bewaffnung und Ausrüstung ... auf der Basis einer funktionsfähigen industriellen Unterstützung und Rüstung einschließlich der Logistik; 4. eine ausreichende Infrastruktur für alle Streitkräfte einschließlich gemeinsamer Großprogramme für Kasernen und Militärwohnungen; 5. ausreichende finanzielle Versorgung und soziale Dienste für die Soldaten und deren Angehörigen, so

weit es sich um Berufssoldaten handelt; 6. die Garantie hinreichender finanzieller Ausstattung der Streitkräfte über längere Zeit unabhängig von den übrigen zivilen und volkswirtschaftlichen Programmen der einzelnen Staaten ...

Die Militärs sollen bei dieser Gelegenheit argumentiert haben, daß die einzige Alternative zu ihrem Programm für die Erhaltung und Sicherung der Streitkräfte ein vollkommener Zerfall mit den Risiken bewaffneter Anarchie wären und daß in einem solchen Zustand der Bürgerkrieg auch in den einzelnen Staaten der bisherigen Sowjetunion drohe. Dies könnten die Streitkräfte aber nicht zulassen. Dagegen würde die gesicherte Erhaltung einer einheitlichen Gesamtführung der künftigen Gemeinschaft Halt geben. Auf diese Weise könnte auch die Vorherrschaft eines einzelnen Staates über die anderen (zum Beispiel Rußlands, das als einziges dafür in Frage käme) verhindert werden ... Ein solcher Rahmen müsse aber auch deshalb erhalten bleiben, weil nur so ... die äußere Sicherheit des Gebietes gemeinsam geschützt werden könnte.

Newsweek, Sondernummer zum 6. 1. 92: (Frage an Jelzin): Untersteht Ihnen also der Kommandeur der Streitkräfte? (Jelzins Antwort): Nächste Frage bitte.

Die Welt, 30. 12. 91: In der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sind vor dem heutigen Gipfeltreffen ihrer elf Staatschefs in Minsk Unstimmigkeiten in der Wirtschafts- und Militärpolitik offen zutage getreten ... Die (Ukraine) hält an der Gründung einer eigenen Armee fest und hat bereits die ersten Rekruten vereidigt ... Angesichts dieser Unstimmigkeiten hat auch der russische Präsident Jelzin den Aufbau eines russischen Verteidigungsministeriums und einer russischen Streitmacht von zunächst rund 40000 Soldaten beschlossen. Damit werden bisherige Pläne einer „vereinten Streitmacht“ zunehmend in Frage gestellt.

Und die Nato? Sie will die ehemalige UdSSR nicht „sich selbst“ überlassen.

Die Welt, 20. 12. 91: Auf eine dramatische Verschlechterung

der sozialen Lage in der zerfallenden Sowjetunion hat der amerikanische Außenminister James Baker gestern in Brüssel seine Nato-Kollegen hingewiesen ... Die Schlußfolgerung Bakers lautete: „Sie brauchen unsere Hilfe, und wir sollten sie geben ...“ ... In diesem Sinne sollen die zuständigen Organe des Bündnisses Pläne erarbeiten, „um seine einzigartige Sachkenntnis und Fähigkeit verfügbar zu machen und um bei der dringend erforderlichen Beförderung und Verteilung humanitärer Hilfsgüter zu helfen“.

ebenda, Kommentar: Die Logistik, die Kunst, Hilfe zu den bedürftigen Empfängern zu bringen, ist nicht das Wichtigste. Hierbei könnte die Nato mit einem globalen Manöver à la Golf durchaus zu Diensten sein.

Frankfurter Allgemeine, 23. 12. 91:

Die Nato bietet ihren Mitgliedern nicht nur Schutz vor äußerer Gefahr, sondern die Gewähr friedlichen Interessenausgleichs untereinander. Daran sind die Polen und Ungarn, Litauen, Lettland und Estland sowie Weißrußland und die Ukraine interessiert — und mit ihnen auch die jetzigen Nato-Mitglieder. Kame es zu einer Erweiterung, so erhielten die beiden sicherheitspolitischen Prinzipien der Allianz, nämlich die Einheit des strategischen Raumes und das Postulat gleicher Sicherheit für alle Mitglieder, neuen Sinn und neue Bedeutung — allerdings würde das auch Aussehen und Wesen der Nato verändern.

Aus einem Bündnis, das Westeuropa mit amerikanischer Unterstützung befähigt hat, sich als „Erker der euro-asiatischen Landmasse“ (Mitterrand) zu behaupten, würde dann unter Einschuß eines demokratischen Rußland ein Bündnis, das die nördliche Halbkugel von Vancouver bis Wladiwostok umspannte. Sein Schwerkraft und seine Bedeutung lägen primär nicht im Schutz vor äußerer Gefahr, sondern darin, die Teile eines untergegangenen Großreichs und seiner einstigen „Satelliten“ zu stabilisieren. Überließe man diese Staaten sich selbst, so würden sie nach dem Wegfall des kommunistischen Zwangskorsetts eine Zone der Instabilität und Kriegsgefahr bilden.

— (scc, rül)

Von den 300000 Arbeitsplätzen der Metall- und Elektroindustrie in 1988 ist Anfang 1992 noch gerade ein Drittel verblieben. Zum Ende der Sanierungsphase in zwei oder drei Jahren werden in Ostberlin und Brandenburg gerade noch 70000 Arbeitsplätze in dieser Branche vorhanden sein. Das wären weniger, als allein Westberlin gegenwärtig mit 106000 Arbeitsplätzen in diesem Beschäftigungssektor aufweist. Werden also Ostberlin und Brandenburg entindustrialisiert?

Es scheint fast so angesichts des Zahlenmaterials, das die IG Metall im Dezember der Öffentlichkeit präsentierte. Die Zahl der Arbeitslosen in beiden Bundesländern betrug demnach 356226 im Oktober 1991. Zusammen mit den Teilnehmern an sogenannten „arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen“ kommt die IG Metall auf 923000 Männer und Frauen. Noch aussagekräftiger ist der Beschäftigungsrückgang in den jeweiligen Gebieten Brandenburgs und in Ostberlin (siehe auch Übersicht 1) und der Rückgang gegliedert nach den verschiedenen Branchen der Metall- und Elektroindustrie in Brandenburg (siehe auch Übersicht 2). Diese Übersichten weisen einen Beschäftigungsrückgang je nach Branche zwischen 47,5 % und 80,1 % aus. Mit Recht wird dieser Vorgang als

Werden Berlin und Brandenburg entindustrialisiert?

Als alarmierend bezeichnete der IG-Metall-Bezirksleiter von Berlin-Brandenburg, Horst Wagner, im Dezember die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Für die Metall- und Elektroindustrie in beiden Bundesländern konstatiert die IG Metall einen „Abbau von Arbeitsplätzen, der alle Befürchtungen übertrifft“.

Entindustrialisierung bezeichnet. Verantwortlich für die Abwicklung ist die Bundesregierung. Beauftragt mit der Durchführung ist die Treuhandgesellschaft. Das Management stellen die westdeutschen Konzerne.

Die gewerkschaftliche Gegenwehr hat vor allem darin bestanden, sogenannte Übergangsregelungen in Form der Kurzarbeiterregelungen, ABM-Maßnahmen, Beschäftigungs- und Weiterbildungsgesellschaften durchzusetzen. Die erreichten Regelungen haben zwar zum Teil Schlimmeres verhindert oder aufgeschoben. Dennoch ist diese Gegenwehr nicht einfach weiter fortführbar. Die Übergangsregelungen laufen aus oder sind mit Ablauf des Jahres 1991

bereits ausgelaufen. Gegenwärtig konzentriert die IG Metall ihre Bemühungen einerseits darauf, die Gesellschaftsform der Treuhand in eine Holding umzuwandeln, um die gewerkschaftliche Mitbestimmung durchzusetzen, und andererseits darauf, die Betriebsräte und Gewerkschafter in den Betrieben zu motivieren, initiativ zu werden für Produktinnovationen, neue Marketingstrategien usw. Die Belegschaften sollen alles in die eigenen Hände nehmen und unter Marktbedingungen selbst gestalten. Die Bemühungen der IG Metall beinhalten jedoch sehr zweifelhafte Perspektiven. Vor allem deshalb, weil das Eigentum an den Produktionsmitteln im wesentlichen nicht angetastet werden soll. Im

kapitalistischen Wettbewerb stehende, miteinander konkurrierende, mit den Interessen der jeweiligen Konzernherren verbundene Belegschaften — dies ist eigentlich keine geeignete gewerkschaftliche Perspektive, sondern im wahrsten Sinne des Wortes ruinöser Wettbewerb für die arbeitende Bevölkerung.

Ungeachtet der Bemühungen der IG Metall um den Erhalt der Industriestandorte vollzieht sich in der ehemaligen DDR im Schatten der Entindustrialisierung eine teilweise vereinzelte Neuan siedlung von Industrieprojekten. Im Gegensatz zu den Erwartungen der arbeitenden Bevölkerung der früheren DDR jedoch haben diese Ansiedlungen

nicht das Geringste mit dem Erhalt der alten industriellen und damit auch sozialen Strukturen zu tun. Vielmehr handelt es sich um sogenannte „Projekte auf der grünen Wiese“. Die Initiativen der Automobilkonzerne, z.B. in Brandenburg in bezug auf ein LKW-Montage werk bei Berlin-Ludwigfelde, von VW in Mosel bei Zwickau/Sachsen oder von Opel in Eisenach/Thüringen, lassen den Typ dieser neuen Industrie deutlich werden. Die Kennzeichen sind:

Sogenannte „lean production“ oder schlanke Produktion, verhältnismäßig wenig Beschäftigte, sehr geringe Fertigungstiefe, so gut wie keine Beziehungen zur ortsansässigen Industrie oder Zulieferern, stattdessen Anlieferung fertiger Komponenten aus anderen Teilen Europas oder der Welt, neuartige Produktionsstrukturen und Arbeitsorganisation hauptsächlich durch Anwendung von „Gruppenarbeit“.

Diese Projekte wirken als absolute Fremdkörper in der Industriestruktur der früheren DDR. Sie halten die Vernichtung der alten Industrie- und Sozialstruktur nicht auf, sie beschleunigen sie noch. Sie bieten weder eine Perspektive für die Masse der früheren Beschäftigten noch für vom wirtschaftlichen Zusammenbruch bedrohte Regionen. Diese Projekte weisen von ihrem Erscheinungsbild und ihren Wirkungen fatale Ähnlichkeiten mit entsprechenden Kapitalinvestitionen in der Dritten Welt auf. Sie sind wie dort auch einzig darauf ausgerichtet, Teile des vorhandenen Arbeitskräftepotentials effektiv auszunutzen bei gleichzeitigem Verfall der umgebenden Region. Trotzdem werden sie werbewirksam in die Landschaft gesetzt und verkauft als Retter ganzer Regionen. Gewerkschaftliche Kritik ist leider nicht oder kaum wahrzunehmen. An Kritik mangelt es auch bei den Parteien, vor allem auch bei den sozialistischen Kräften. Man scheint hinzunehmen, was Arbeitsplätze bringt, auch wenn diese Projekte das Gegenteil einer von sozialen Gesichtspunkten geprägten Entwicklungsplanung auf regionaler oder kommunaler Ebene bedeuten.

Quellenhinweis: Tabellen und Zahlen aus Presseinformationen der IG Metall Berlin-Brandenburg vom Dez. 1991 — (br)

Übersicht 1: Beschäftigungsentwicklung 1988 bis 1. 1. 1992 der Metall- und Elektroindustrie in Berlin (ohne Westteil) und Brandenburg *

Verwaltungs- stelle	Stand 1988	Stand 30.6.91	Abbau 91 zu 88		voraussichtlich:					
					Stand 1.1.92		Abbau 1.1.92 zu 30.6.91		Abbau 92 zu 88	
			absolut	%	absolut	%	absolut	%		
Berlin (Ost)	118300	72163	46137	39	37250	34913	48	81050	68	
Cottbus	10015	8022	1993	20	4893	3128	39	5121	51	
Eberswalde	18240	12513	5727	31	5882	6631	53	12358	68	
ÆFinsterwalde	20614	12678	7936	38	6910	5768	45	13704	66	
Frankfurt/Oder	32680	24510	8170	25	14461	10049	41	18219	56	
Ludwigsfelde	23626	17720	5906	25	8236	9484	53	15390	65	
Oranienburg	35545	26367	9178	26	14675	11692	44	20870	59	
Potsdam	44277	32322	11955	27	12426	19896	62	31851	72	
Gesamt	303297	206295	97002	32	104734	101561	49	198563	65	

* Erlaßt sind nur strukturbestimmende Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten.

Übersicht 2: Beschäftigungsentwicklung 1988 bis 1.1.1992 in Brandenburg nach Branchen gegliedert *

Branchen	Stand 1988	Stand 6/91	voraussichtlich:			
			Stand 1/92		Abbau 1992 zu 1988	
			absolut	in %	absolut	in %
1 Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung	40433	28135	20677	19756	48,9	
2 Stahl- und Leichtmetallbau	4100	2814	1941	2159	52,7	
3 Maschinenbau	62336	41900	23276	38961	62,5	
4 Fahrzeugbau	15293	7870	6062	9231	60,4	
5 Elektrotechnik/Elektronik	44894	25793	10282	34612	77,1	
6 Feinmechanik und Optik	4660	2134	900	3760	80,1	
7 EBM-Waren, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spiel-/Schmuckwaren	5012	2248	1304	3708	74,0	
8 sonstige Dienstleistungen	1565	1481	822	743	47,5	

* Erlaßt sind nur strukturbestimmende Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten

Der folgende Text (leicht gekürzt) stellt die Wanderausstellung „Moderne Zeiten — gesunde Zeiten?“ vor. Sie wurde von einer Projektgruppe erstellt, die sich auf Initiative des Münchner Amtes für Industrie- und Sozialarbeit der evangelischen Kirche gebildet hatte. Die Mitglieder waren Einzelpersonen oder stammten aus den Organisationszusammenhängen FIFF (Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung), Arbeitskreis Technik, Ingenieure, Naturwissenschaftler der IG Metall (AK/TIN) sowie Förderverein Internationales Jugendgästehaus München. Finanziert und unterstützt wurde die Ausstellung von der Anstiftung, einer gemeinnützigen Forschungsgesellschaft zur Förderung zukunftsicherer sozialer, kultureller und ökonomisch/ökologischer Maßnahmen. Kontaktadresse für Interessenten an der Ausstellung ist Hans-Peter Hüscher, Amt für Industrie- und Sozialarbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Schwanthalerstraße 91, 80000 München 2, Telefon 089/531110. — (mu)

Entstehungsgeschichte

Die Ausstellung wurde gestaltet durch eine Gruppe von 14 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich 1 1/2 Jahre regelmäßig trafen. Sie haben ihre persönliche Arbeitssituation reflektiert, analysiert und sich bei wissenschaftlichen Experten informiert, um ihre Erkenntnisse dann in Form dieser Ausstellung einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Die meisten der Gruppenmitglieder haben in irgendeiner Weise mit EDV zu tun, so daß die Veränderung der Arbeitswelt durch neue Technologien breiten Raum einnimmt. Dabei geht es jedoch über den klassischen Bereich der Ergonomie hinaus z.B. um die Veränderung von Arbeitsorganisation und Kommunikation und die Auswirkung auf das Privatleben.

Die Darstellung des gewerblichen Frauenarbeitsplatzes basiert auf Interviews mit Arbeitnehmerinnen sowie auf Arbeitserfahrungen verschiedener Gruppenmitglieder im gewerblichen Bereich. Auch hier ist es uns wichtig zu zeigen, daß man die gesundheitlichen Auswirkungen von Erwerbsarbeit nicht mit dem Werkstoff hinter sich lassen kann.

Die Auswahl der Themen und Inhalte erfolgte entsprechend der aktuellen Situation der Gruppenmitglieder, d.h. die Ausstellung ist bewusst „einseitig“ und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Allgemeingültigkeit. Es gibt daher viele Themen, die wir nicht bearbeitet haben, die aber nicht weniger wichtig wären. Unserer Orientierung an den aktuellen Problemen der Gruppe liegt ein wesentliches Prinzip unserer Arbeit zugrunde:

Der betroffenenorientierte Ansatz

Wir meinen, daß von Arbeitsbelastungen betroffene Arbeitneh-

Dem „Krankfeiern“ auf der Spur

Wanderausstellung über Gesundheitsbelastungen am Arbeitsplatz

merinnen und Arbeitnehmer auch immer Experten ihrer eigenen Situation sind. Das Fachwissen sog. „Gesundheitsprofis“ soll dabei nicht in Frage gestellt werden, sondern es soll durch die Erfahrungskompetenz der Betroffenen wirksam ergänzt werden. V.a. geistige, seelische und soziale Belastungen, die meist nicht objektiv meßbar sind, aber auch andere Belastungen, deren Wirkmechanismen noch nicht hinreichend bekannt sind, können auf diese Weise aufgedeckt werden. Schließlich werden komplexe Belastungskonstellationen, die besonders bei der Entstehung sog. Stresskrankheiten beteiligt sind, von Betroffenen in ihrem Zusammenspiel wahrgenommen. Das kann durch die monokausal orientierte Arbeitsmedizin oft nicht geleistet werden. Auch spüren Betroffene die Auswirkung von Belastungen häufig bereits als Befindlichkeitsstörungen (z.B. Schlafstörungen, Kopfschmerzen), also bevor es zu manifesten Erkrankungen kommt. Daher könnte eine Beteiligung von Beschäftigten an der Gestaltung von Arbeitsplätzen viele Krankmeldungen verhindern und im Sinne einer echten Prävention wirken. Schließlich kann Verantwortungsbewußtsein für die eigene Gesundheit nicht nur bedeuten, durch eine gesunde Lebensweise in der Freizeit die eigene Arbeitsfähigkeit zu erhalten, sondern auch das Recht auf körperliche (und psychische!) Unversehrtheit am Arbeitsplatz einzufordern.

Das Anliegen der Ausstellung

Die Ausstellung will Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ermutigen, sich mit ihrer persönlichen Situation auseinanderzusetzen und die eigenen subjektiven Belastungserfahrungen ernstzunehmen. Sie möchte zum Dialog anregen zwischen Betroffenen untereinander, aber auch mit Gesundheitsexperten, Managern u.a. Hierzu sind v.a. die Eröffnungs- bzw. die Rahmenveranstaltungen geeignet.

Es geht uns darum, die Einheit zwischen „arbeitsbedingter“ und „privater“ Gesundheit aufzuzeigen, für die zwar unterschiedliche Experten zuständig sind, die aber als Einheit behandelt werden sollten. Chronische Krankheiten (z.B. Herzinfarkt, Magen-Darm-Erkrankungen), die oft hohe psychosomatische Anteile aufweisen, spielen eine zunehmende Rolle bei Krankmeldungen und Frühverrentungen. Diese Erkrankungen werden oft von der Arbeitsmedizin nicht berücksichtigt, da sie juristisch weder als Berufskrankheiten noch als arbeitsbedingt zu de-

finieren sind. Besonders angesichts der aktuellen Wiederbelebung der Diskussion um das „Krankfeiern“ von ArbeitnehmerInnen sehen wir hier einen großen Bedarf nach öffentlicher Diskussion. Die Ausstellung möchte dazu einen Beitrag leisten.

Die Diskussion, die wir mit unserer Ausstellung anregen möchten, soll aber nicht nur der Analyse von Belastungszusammenhängen gelten, sondern auch den Möglichkeiten, die eigene Situation aktiv zu verändern. Als Anstöße dazu sind die Handzettel in den Zettelkästen mit der Aufschrift „Aktion gesunde Zeiten“ gedacht, die bei den einzelnen Modulen bzw. Tafeln aufgestellt werden. Die Handzettel

Erklärung, wie es zum Herzinfarkt kommt. Üblichen Risikofaktoren (falsche Ernährung, Rauchen sowie Bewegung) sowie Faktoren aus der Arbeitswelt (z.B. Lärm, Schichtarbeit, wenig Handlungsspielraum).

6. *Das Leid mit den Berufskrankheiten.* Gegenüberstellung der anerkannten Berufskrankheiten mit den häufigsten Erkrankungen, die Frühverrentung verursachen, sowie daraus folgende Forderungen.

II. „Computer-Arbeitsplatz“

Die Tafeln (jeweils 3 gegenüber) laufen auf einen Computer zu. Dort läuft ein Programm ab, das die ergonomischen Belastungen

Moderne Zeiten — Gesunde Zeiten?

18. Juni — 12. Juli 1991

Eine Ausstellung der Projektgruppe Arbeit und Gesundheit, München.



Ort:
Münchner Volkshochschule im Anton-Fingert-Bildungszentrum, Eingang Stadthausstr. 1, Stock, Schillerstr. 42 (am Giesinger Bahnhof)
Öffnungszeiten:
Montag — Freitag 9.00 Uhr — 5.00 Uhr

können von BesucherInnen mit nach Hause genommen werden.

Inhaltsübersicht I. Einführung

1. *Auch Betroffene sind Experten.* Vorstellung aller Gruppenmitglieder mit Foto. Kurzfassung des betroffenenorientierten Ansatzes.

2. *Moderne Zeiten, Gesunde Zeiten?* WHO-Definition (Gesundheit ist nicht Abwesenheit von Krankheit, sondern ein Zustand vollkommen körperlichen, psychischen und sozialen Wohlbefindens). Vorstellung der beiden Trägerorganisationen.

3. *Warum wurde Herr W. krank?* Geschichte eines Sachbearbeiters, der durch Unter- und Überforderung seine Gesundheit verliert.

4. *Was ist eigentlich Stress?*

5. *Risiko Herzinfarkt.* Kurze

am Computer aufzeigt.

1. *Mein Arbeitsplatz und ich:* Ein EDV-Anwender beschreibt seinen Arbeitsplatz und was ihm bei der Arbeit am Bildschirm Probleme bereitet, z.B. körperliche Beschwerden und Veränderung der Kommunikation.

2. *Wir miteinander — der menschliche Input.* Fotos von Menschen, die miteinander kommunizieren und ein handgeschriebener Brief zeigen die Lebendigkeit menschlicher Kommunikation.

3. *Pictogramme und Menues — der Input des Computers.* Anhand von Pictogramm-Beispielen wird gezeigt, wie die Antwortmöglichkeiten im „Dialog“ mit dem Computer vorgegeben werden.

4. *Der Output des Computers.* Anhand von Pictogramm-Beispielen und einer leeren Hand wird gezeigt, daß das Produkt

menschlicher Arbeit am Computer nicht mehr „greifbar“ ist.

5. *Menschen im „Dialog“ mit dem Computer:* Fotos von Menschen am Computer und ein computergeschriebener Brief zeigen die Veränderung menschlicher Kommunikation durch den Computer.

6. *Der Bildschirm und wir:* 4 Personen im Alter von 10 bis 55 Jahren erzählen über ihre Erfahrungen mit Computern.

III. „Ingenieurs-Arbeitsplatz“

Zum Modul gehört ein PC mit Computerprogramm, das in einer Geschichte die Entstehung von Stress dokumentiert.

1. In der Mitte des Moduls steht eine „Karriereleiter“, an deren Stufen von unten nach oben Schilder mit kurzen Erläuterungen angebracht sind (von Überstunden über den Gruppenleiter bis zur Geschäftsleitung).

2. *Hochqualifiziert — ohne Probleme?* Anhand einer Waage werden Vor- und Nachteile hochqualifizierter Arbeit „abgewogen“.

3. *Aquarell „Die Überstunden des Ingenieurs W.“* — Verlust und Nutzen?

4. *Was tun?* Forderungen/Handlungsmöglichkeiten für Ingenieure.

5. *Gemälde „Der Termin muß gehalten werden.“* Ein Ingenieur am Bildschirm. Hinter ihm eine Spinne im Netz.

6. *Neue Technik — neue Belastungen.* Mit Foto und Kurztexen wird auf die Gesundheitsbelastung eines Ingenieurs hingewiesen.

7. *Gemälde „Jetzt gehört Papi uns.“* Frau mit Kindern am Grab ihres Mannes, eines jung verstorbenen arbeitssamen Ingenieurs.

8. *Interviews mit Elektroingenieuren,* die Auskunft geben, wie sie die Entstehung von Magen-Darm-Erkrankungen und Herzinfarkten beurteilen.

„Gewerblicher Frauenarbeitsplatz“

1. *„Ich bin immer ganz kaputt.“* Lebensgroßes Bild einer Arbeiterin geteilt, links in Hauskleidung, rechts in Arbeitskleidung.

2. *„Heute bin ich total gestreßt.“* Foto der Frau mit Einkaufstaschen. Sie erzählt, was sie noch alles tun muß.

3. *Die vielen Berufe der Frau:* Schattenriß der Frau auf montierten Klappenordner. Die verschiedenen Berufe, die eine Hausfrau ausführt, einschließlich der damit verbundenen Belastungen, können „durchgeblättert“ werden.

4. *„Keine Zeit für mich.“* Tagesablauf einer Frau, die Beruf und Familienarbeit miteinander verbinden muß.

5. *Die enteignete Lebenszeit.* Neben Fotos der Frau bei der Arbeit im Haus können durch eine Drehscheibe Beschäftigungen betrachtet werden, für die sie keine Zeit hat.

6. *Gerda Sellmeier, Montagearbeiterin beim Kabelstecken.* In einem Interview berichtet die Frau über ihre Belastungen und deren Auswirkungen bei der Arbeit. Das Interview kann durch

Knopfdruck über Band abgehört werden.

7. *Was sagt die „Wissenschaft“?* Zu im Interview genannten Belastungen wird wissenschaftliche Fachliteratur zitiert.

8. *Prismenwender mit 3 großformatigen Bildern.* Frauen am Fließband. Collage: Frauen zwischen Werbung und Realität. Große Fabrikuhr („Zeitdruck“). Dazu gehören ein Computer-Simulationsspiel (Geschicklichkeit) mit integriertem Cassette-Recorder (Fabrikgereusche).

9. *Die enteignete Lebenszeit.* Fotos von Fabrikarbeiterinnen, dazwischen als „Traum“ ein Liegestuhl am Meer.

Initiative Jugendgästehaus

1. *Vom Problem zur Utopie.* Das alternative Projekt begründet die Mitwirkung an der Ausstellung: um aus Erfahrungen anderer ArbeitnehmerInnen zu lernen, um wirklich gesunde Arbeitsplätze einzurichten.

2. *Arbeiten ohne Chef:* Ein Bäcker und ehemaliger Berufsschullehrer stellt seine Gründe dar, warum er sich für dieses alternative Projekt einsetzt.

3. *Dem Menschen angepaßt:* Eine „nur“ 1,54 m große Frau wurde wegen ihrer Größe diskriminiert und setzt sich jetzt für Arbeitsplätze ein, an denen auch nicht „normgerechte“ Menschen arbeiten können.

4. *Familien- und kindergerechte Arbeitsplätze:* Eine schwangere Frau durfte in ihrem „Zustand“ nicht an der Rezeption eines Hotels arbeiten — setzt sich deswegen für familiengerechte Arbeitsplätze ein.

Leistungen und Kosten

Das Amt/Projektgruppe übernimmt:

1. Beratung bei Methodik und Didaktik, insbesondere beim Umgang mit Kooperationspartnern

2. Beratung und Begleitung beim Aufstellen/Abbau

3. Beratung/Vorschläge für Rahmenprogramme

4. Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit

5. Bereitstellung von Plakaten und Prospektvordrucken

6. Bereitstellung von Info-Handzetteln für Zettelkästen

Der Entleiher übernimmt:

1. Erstellung des Rahmenprogramms, Kosten für Referentinnen und Referenten

2. Bereitstellung von Personen für Auf- und Abbau, wenn möglich, auch Transport

3. Eindruck in Plakate und Prospekte, bei Bedarf Nachdruck

4. Pressearbeit

5. Gewinnung von Kooperationspartnern

6. Raumbeschaffung und Miete

7. Transportkosten (für Miet-LKW)

8. Versicherung (ca. 80 DM)

9. Ausleihgebühr nach den finanziellen Möglichkeiten des Ausleihers

10. Presseauschnitte sammeln und an die Projektgruppe in München schicken.

11. Gästebuch führen

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

o 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

o Im Halbjahres-/Jahresabo (26,- bzw. 52,- DM je Einzelabo)

o Im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).

o Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

o Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank) (Unterschrift)

Ein senden an: GNN, Zölper Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

1/92

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Postfach 260 226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: Kommunales Forum Sachsen, c/o GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümler (über: GNN, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Tel.: 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonne-

ment Politische Berichte 52,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland und Osteuropa: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM, der NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrich-

ten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zölper Str. 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zölper Str. 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5

für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz